H 8040 F
ISSN 1619-1404
26. Jahrgang
Nummer 156
September | Oktober 2015
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen



Unser Titelbild zeigt tanzende Flüchtlinge in Heidenau zusammen mit UnterstützerInnen und AntifaschistInnen. Photo: Mark Mühlhaus/attenzione

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Nachrichten überschlagen sich jeden Tag aufs Neue. Menschen, die vor Krieg, Armut und Verfolgung nach Europa fliehen, verrecken zu Hunderten, zu Tausenden. Sie ertrinken im Mittelmeer, ersticken in Lastwagen auf staubigen Landstraßen oder sterben, ganz unbeachtet, bereits lange bevor sie den vermeintlich sicheren Zufluchtshafen Europa erreicht haben.

Und deutsche WutbürgerInnen haben nichts Besseres zu tun als gemeinsam mit den Neonazis zu pöbeln, den Randalierern zuzujubeln und eine rassistische und aggressive Stimmung zu produzieren. Die Neonazis feiern: Ihr Rostock heißt jetzt Heidenau. Normalität in Sachsen: Die Polizei sieht zu, die Justiz sieht weg. Gleichzeitig erlebt Deutschland mit einer Serie von Brandanschlägen rechten Terror par excellence. Nachts fliegen in Ost und West die Brandsätze und es scheint nur eine Frage der Zeit, wann wieder einmal Menschen in ihren Betten verbrennen. Und PolitikerInnen diskutieren darüber, dass SyrerInnen kommen können, doch die Menschen aus dem Balkan bitte schön zuhause bleiben sollen.

Die Medien schreiben gegen rechte Gewalt, loben die Willkommenskultur und geben praktische Hinweise, wie Geflüchtete unterstützt werden können. Das ist erfreulich. Aber ein genaues Betrachten erzeugt Unbehagen: Das dunkle Deutschland, das helle Deutschland, so sieht es das Magazin »Der Spiegel«, hier die vielen Guten, dort die wenigen Bösen. Dass der Rassismus in die Mitte der Gesellschaft reicht, hat keinen Platz in solchen Metaphern. »Spiegel Online« macht den großen Aufmacher gegen die Gewalt in Heidenau, aber nur ein paar Klicks weiter findet man schon zu den Artikeln des Kolumnen-Autors Jan Fleischhauer, der, nur wenige Tage nachdem der Mob in Heidenau getobt hat, antirassistische AktivistInnen anfeindet und vor der »Idealisierung des Fremden« warnt. Nennt sich das demokratischer Pluralismus? Darauf können wir gerne verzichten.

Viele AntifaschistInnen und AntirassistInnen fühlen sich derzeit um zwanzig Jahre zurück versetzt. Doch zumindest erreichen uns auch beeindruckende Bilder von Hilfs- und Begrüßungsaktionen an deutschen Bahnhöfen, selbstorganisiert von Engagierten aus der Zivilgesellschaft. Wo aber bleibt die Antwort auf den rechten Terror, wo bleiben die großen antifaschistischen Demonstrationen, wo bleibt ein breiter Gegenwind, den nicht nur die Antifas vor Ort zu tragen haben? Es bleibt zu hoffen, dass diejenigen, die gestern an den Bahnhöfen standen, morgen diejenigen sein werden, die der rechten Gewalt und der Ignoranz der Politik massenhaft die Stirn bieten werden.

Nazis

Sommer des Rassismus 3
Aktionskick: Heidenau 4
Unvollständige Chronik des Hasses 5
1990er revisited 6
Sächsische Spezialitäten in Freital 8
Neonazis und ihr Banküberfälle 10
V-Mann Temme 12
Keine Aufklärung 13
Zschäpes Prozessstrategie 14
»Die Rechte« in Sachsen-Anhalt 15
Zuschauen – dulden – wundern 16

Braunzone

Der lange Streit 18
Gegen Gleichberechtigung in Stuttgart 20
Ehre, Feigheit, Vaterland! 21
»Deutsche Burschenschaft« 22
Waldorfschulen mit Rechtsdrall 24

Geschichte

Lüneburger »Auschwitz-Prozess« 26

Musik

Freibrief für »Frei.Wild« 28

kurz und bündig 30

International

Dänemark nach der Wahl 32
PEGIDA auf Tschechisch 33

Rezensionen 34

Der lange Sommer des Rassismus

Die Politik reagiert auf Heidenau – mit Symbolpolitik und viel zu spät.

von Andreas Speit



^ *Bürger aus Heidenau gegen Flüchtlinge am 28. August 2015*

Tröglitz und Escheburg, Freital und Reichertshofen, Heidenau und Salzhemmendorf. Die Angriffe gegen Geflüchtete reißen in Deutschland nicht ab. In der Nacht zum 4. September wurde in Heppenheim durch einen Brand in einer Flüchtlingsunterkunft erstmals in diesem Jahr auch ein Bewohner schwer verletzt; drei weitere erlitten leichte Verletzungen. Die Ermittlungsbehörden haben noch nicht bei allen Anschlägen auf bewohnte Einrichtungen und geplante Unterkünfte die Schuldigen ausmachen können. Im Sommer des Rassismus ist eins aber schon sicher: Die TäterInnen kommen sowohl aus dem bürgerlichen Milieu als auch aus der extrem rechten Szene. Wer vom »Pack« redet, verharmlost die rassistische Realität. Sicher ist ebenso, dass dieser lange Sommer der Ressentiments die Spaltung der deutschen Gesellschaft widerspiegelt.

Verdrängte Realitäten

Es ist eine Wirklichkeit, der sich die höchsten RepräsentantInnen der CDU/SPD-Bundesregierung lange nicht stellten. Erst nach den Ausschreitungen in Heidenau schienen die sich stetig steigernden Anschläge die Regierungspolitik in Berlin erreicht zu haben. Von der Bundeskanzlerin Angela Merkel hatten viele KommentatorInnen der großen Medien viel früher eine Stellungnahme erwartet. Fünf Tage nachdem in der Kleinstadt nahe Dresden ein Mob von Neonazis und BewohnerInnen militant die Anreise von Geflüchteten verhindern wollte, kam die Kanzlerin dann doch. »Es gibt keine Toleranz gegenüber denen, die die Würde anderer Menschen in Frage stellen«, sagte sie. Vor Ort schien sie der Empfang jener »Bürgerinnen und Bürger« zu irritieren, deren Sorgen über die »Flüchtlingskrise« CDU und CSU zu der Meinung brachten, ihnen entgegenkommen zu müssen. »Volksverräterin« hatte Merkel zuvor nicht auf gemalten Plakaten gelesen und »blöde Schlampe« auch nicht gehört. »Wir sind das Pack« skandierten einige in Anspielung auf die Aussage des Bundesvizekanzlers Sigmar Gabriel, der Tage vorher bei seinem Besuch zu den »fremdenfeindlichen« Randalierern meinte: »Das ist Pack«.

Symbolpolitik statt Selbstreflexion

Der Bundeskanzlerin und ihrem Vize mögen die Besuche angesichts der besonderen Situation in der sächsischen Provinz geboten erscheinen. Andere »Anlässe« hätten sie aber unlängst nutzen können, um sich vor Ort zu den gewöhnlichen RassistInnen und den gemeinen Neonazis zu äußern. In den vergangenen acht Monaten haben die »Amadeu Antonio Stiftung« und »Pro Asyl« 253 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zählen müssen. In Escheburg bei Hamburg hätten Merkel und Gabriel sich zu dem Rassismus jenseits der extremen Rechten äußern können, war der Täter doch ein Finanzbeamter. Hätten sie, taten sie aber nicht. Über »Pack« reden fällt leichter als über eine Einwanderungs- und Asylpolitik zu sprechen, die Ressentiments schürt. Die Feststellung, dass die NPD verantwortlich für Übergriffe sei, dient auch dazu, sich der Verantwortung zu entziehen. Kein Wort der Union, dass ihre Verweigerung eines Einwanderungsgesetzes die Situation befeuert. Kein Wort der Regierung, dass sie die staatlichen Einrichtungen nicht auf die sich lange anbahnende Ankunft von Geflüchteten vorbereitet hat. Kein Wort, dass den PEGIDA- und AfD-Positionen viel zu lange und teilweise immer noch größtes Verständnis entgegengebracht worden ist. Symbolpolitik statt Selbstreflexion markierten die Besuche in Heidenau. Symbolische Akte und Bekenntnisse sind in der Politik oft dringend geboten. Ohne deutliche »Neins« und »Jas« bleiben sie aber im Symbolischem verhaftet. Wer bei dieser Debatte auf Zuspruch oder Quoten schaut, sollte schweigen.

2015 ist nicht 1992

Der Nachhall der Worte in Heidenau von Merkel und Gabriel für mehr Miteinander und deutlichere Abgrenzung gegen Rechts dürfte indes angezweifelt werden. Wenige Tage nach den Ausschreitungen erklärte die Polizei in Heidenau ein Willkommensfest des Bündnisses »Dresden Nazifrei« für unerwünscht. »Polizeilicher Notstand« hieß es. Dies kam der Erklärung eines Staatsorgans gleich, den rassistischen Mob nicht stoppen zu können und nicht gewillt zu sein, ein antirassistisches Event zu unterstützen.

Nicht erst die Durchsetzung des Festes durch einen Jurastudenten vor Gericht offenbarte, wer sich nachhaltig für Geflüchtete einsetzt – jene Engagierte aus der Zivilgesellschaft, die sich nicht auf den Staat verlassen. In den vergangenen Monaten ist denn auch die Hilfsbereitschaft für Geflüchtete gestiegen. Vielerorts setzen sich unzählige Menschen für die Ankommenden ein. Die Moderatoren Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf wurden in einem Video gegen die »Ich-bin-zwar-kein-Nazi-Idioten« deutlich: »Nennt Euch, wie ihr wollt, Ihr bleibt erbärmliche Trottel, die sich auf Kosten der Ärmsten der Armen profilieren wollen«. Der enorme Zuspruch zu den Statements von »Joko und Klaas« deutet auch an: 2015 ist nicht 1992. Seit Monaten zeigt sich in Städten und Gemeinden jedoch jene harte Zerrissenheit, die Studien zu rechten Ressentiments belegen. 44 Prozent der Befragten sind laut »Infratest dimap« gegen eine verstärkte Aufnahme von Geflüchteten. Über 50 Prozent begrüßen sie jedoch. 2015 kann aber zu 1992 werden: Dann, wenn die Politik wieder wegen des Terrors Asyl- und Einwanderungsmöglichkeiten beschränkt.

Heidenau: Aktionskick für die rechte Szene

Die extreme Rechte fühlt sich von den rassistischen Ausschreitungen in Heidenau bestärkt.

von Andreas Speit



^ Neonazi aus Heidenau gegen Flüchtlinge am 28. August 2015

Buh-Rufe für die Bundeskanzlerin Angela Merkel in Heidenau, Drohmails und Bombendrohung in der SPD-Zentrale, nachdem Vizebundeskanzler Sigmar Gabriel die sächsische Gemeinde besuchte. Die mehrtägigen Ausschreitungen gegen die Flüchtlingsunterkunft nahe Dresden haben die rechte Szene mehr als ermutigt. Von PEGIDA bis Kameradschaftsszene sind die Schuldigen für die Krawalle, die am 21. August begannen, schnell ausgemacht: die PolitikerInnen, die Medien, die Polizei und die »Asylmissbraucher«.

Nicht erst die öffentlichen Anfeindungen bei dem Besuch der Kanzlerin in Heidenau offenbarten, dass die Angriffe für alle »Ich-bin-kein-Rassist-aber«-SagerInnen und offen bekennenden extrem Rechten ein Kick für weitere Aktionen seien dürften – im Web und auf der Straße.

Die »Volksgemeinschaft« findet zusammen

In einem offenen Brief griff Roman Gleißner, stellvertretender Bundesvorsitzende von »Die Rechte«, auch gleich Kanzlervize Sigmar Gabriel an, der die RassistInnen als »Pack« bezeichnet hatte: »Sehr geehrter Herr Volks- bzw. Packminister!« schrieb er am 26. August: »Shame on you, treten Sie zurück, Sie sind unhaltbar und völlig unbrauchbar für dieses Land und seine hausgemachten Probleme im Zusammenhang mit der Massenzuwanderung und der Perspektivlosigkeit und berechtigten Angst immer größer werdender Teile der Bevölkerung.« Vereinzelt hat die Kleinstpartei bereits erneut Aktionen gegen den »Asylwahnsinn« angekündigt.

Der Brief ist längst bei dem Szeneportal »Altermedia« zu lesen. Dort wurde gleich nach den Ausschreitungen gegen die »Politikerkaste« und die »schwarzen Fremdlinge« gehetzt. Videos von den Anfeindungen gegen Merkel stehen zudem zum Anschauen bereit. Ein Kommentar vom 26. August: »Liebe Volksgemeinschaft in Heidenau! Hut ab vor Eurem Mut, Eurer Treue zum deutschen Vaterland, eurer Ehre, eurem Willen, dem Rest der Welt zu zeigen: hier geschieht Unrecht.«

Ein großes Unrecht beklagt ebenso ein Video von den Ausschreitungen nach der von der NPD am 21. August angemeldeten Demonstration in Heidenau. Flaschen klirren, Böller explodieren, »Wir sind das Volk« schallt über die abendlichen Straßen. Gelächter, Applaus, »Jawohl«- und »Hurra«-Rufe sind bei den Angriffen auf die Polizei zu hören. Am Ende wird sich über den Polizeieinsatz beschwert: »(...) also, mit Tränengas gegen Frauen und Kinder«.

Die NPD befeuert die Situation

Es ist auch eine Partei, die die Botschaft des Videos verkündet. Seit Tagen befeuerte die NPD durch die Anmeldung von Demonstrationen die Situation in Heidenau. Auf seiner Facebook-Seite erklärt der NPD-Bundesvorsitzende Frank Franz: »Politiker, die jetzt nicht alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Deutschland und Europa vor der anrollenden Völkerwanderung und Asylflut schützen, wollen keine friedliche Lösung, sondern die wohl schwerste innereuropäische Krise.« Es ginge nicht »um humanitäre Hilfe« weiß Franz, sondern »um den systematischen Austausch der europäischen Völker gegen Fremde«. ›Kurs halten‹ scheint die Parole der NPD zu sein – aber sie passt auf, nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Ein Verbotsverfahren droht der ältesten extrem rechten Partei Deutschlands immer noch. Der sächsische NPD-Landesvorsitzende Jens Baur sieht so auch alleine die »unzureichende Information der Anwohner« durch die Politik und den »aus dem Ruder laufenden Asylmissbrauch« als ursächlich für die Stimmung. Nicht ohne zu beteuern, dass seine Partei »jedwede Form von Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung« ablehne. Baur merkt an, dass die Empörung von Politik und Medien über »eine Sitzblockade auf einer Heidenauer Straße« die doppelten Standards offenbare, denn Blockaden gegen »genehmigte Veranstaltungen der Nationaldemokraten« würden begrüßt.

Vom Web auf die Straße

Bei Facebook schreibt PEGIDA Chemnitz-Erzgebirge auf der eigenen Seite zu den Übergriffen kurz aber deutlich: »Schluss mit Hass und Gewalt, geschürt von Politikern und Staat. Stoppt die Invasion und den Wahnsinn.« Etwas ausführlicher, aber ebenso einschlägig fällt ein Kommentar aus: »Hey Politiker und Ihr von der scheiß Presse. Ihr braucht nicht mit den Fingern auf die Menschen zeigen denen der Kragen platzt. Ihr habt jenen Hass geschürt. Ihr habt Gewalt und Terror auf unsere Straßen gebracht. Ihr sollt aber gewarnt sein wir wissen das Ihr die Schuld tragt und wir werden dafür sorgen das Ihr euch dessen stets erinnert. Ihr eure Strafen bekommt. Ihr seid dem Deutschen Volk nicht würdig. Ihr habt euren Eid gebrochen. Ihr habt euer Volk und unser Land verrate.« (Fehler i. O.)

Zu der Hetze gegen Flüchtlinge, die vor allem im Netz immer mehr eskaliert, ist nun das Vorbild auf der Straße hinzugekommen. Es ist davon auszugehen, dass die rassistischen Aktionen in Heidenau in der nächsten Zeit Neonazis als Anregung dienen.

Eine »Deutschlandreise« voller Menschenhass

Alle zwei Wochen wird eine Asylunterkunft angezündet.

von Sören Frerks

Von Januar bis August gab es mindestens 24 Brandanschläge auf geplante oder bewohnte Flüchtlingsunterkünfte – quer über das Land verteilt.

Osten

In Leipzig warf ein Vermummter am 26. August kurz nach Mitternacht einen Molotow-Cocktail in ein Wohnhaus, das am selben Tag von Flüchtlingen bezogen werden sollte. An der Fassade war »Wir sagen nein!« zu lesen. In der Nacht zuvor wurden vor einer Unterkunft im sächsischen Döbeln zwei Mülltonnen angezündet. Das Sicherheitspersonal entdeckte das Feuer und sah ein Auto davonfahren. In Lunzenau schleuderten am 31. Juli 2015 Unbekannte drei Brandsätze auf ein noch leerstehendes Haus, die Hecke fing Feuer, Fenster barsten und die Fassade wurde beschädigt; zwei Tage zuvor war das Gebäude bereits unter Wasser gesetzt worden. In Meißen brannte am 28. Juni eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Drei Wochen vor dem Anschlag klebten an der Haustür Zettel mit rassistischen Parolen; die Polizei verweigerte eine Anzeigenaufnahme. Am 3. Juni warfen drei Neonazis einen Molotow-Cocktail auf die Turnhalle der Asylunterkunft in Hoyerswerda. Ein Wachmann konnte den Brand löschen und die BewohnerInnen blieben unverletzt. In Freital wurde zu Hitlers Geburtstag, am 20. April, in letzter Minute ein Brandanschlag verhindert; das Sicherheitspersonal stoppte die zwei Täter direkt vor dem Gebäude. Schon am 13. Februar gab es in Freiberg einen Sprengstoffanschlag auf dem Gang eines Wohnblocks, bei dem sieben Flüchtlinge verletzt wurden. Die Polizei ermittelt wegen versuchten Totschlags.

Im Brandenburg brannten in der Nacht auf den 16. Mai Müllcontainer vor einer geplanten Unterkunft in Zossen. Eine Zivilstreife entdeckte das Feuer bevor es auf das Haus übergriff und stellte zwei mutmaßliche Neonazis; in ihrem Auto fanden sie Brandbeschleuniger und Propagandamaterial. In Nauen brannte am Morgen des 25. August eine Sporthalle vollständig ab, die als Notunterkunft genutzt werden sollte.



^ *Nauen*

In Tröglitz (Sachsen-Anhalt) stand am 4. April der gesamte Dachstuhl eines Hauses in Flammen, in dem 40 Flüchtlinge unterkommen sollten. Die TäterInnen wurden bis dato nicht gefasst.

Gerade einmal einen Monat, nachdem in Berlin-Marzahn ein Containerbau für 400 Asylsuchende eröffnet hatte, verübten am 20. August mehrere TäterInnen einen Anschlag. Sie schleuderten neun brennende Holzlatten über den Zaun und flüchteten, nachdem sie entdeckt wurden. Ein Bewohner konnte das Feuer löschen und wenig später nahm die Polizei drei Verdächtige fest.

Westen

Auf dem Hof einer Schule in Coesfeld in Nordrhein-Westfalen brannte am 24. Februar ein Zelt des Deutschen Roten Kreuzes, das die dort untergebrachten Flüchtlinge versorgt. Ein halbes Jahr später, am 22. August wurden dann die Jalousien von zwei neu errichteten Wohncontainern in Espelkamp angezündet. An beiden Orten konnte das Feuer schnell gelöscht werden; die Polizei ermittelt.

Norden

In Escheburg war es der Nachbar, der am 9. Februar das gegenüberliegende Haus anzündete – einen Tag, bevor Flüchtlinge in das Örtchen in Schleswig-Holstein einziehen sollten. Am 29. Juni brannte es dann in einem Neubau in Lübeck. AnwohnerInnen bemerkten das Feuer und alarmierten die Feuerwehr, die Schlimmeres verhindern konnte. In der Nähe wurden Aufkleber mit der Parole »Asylantenheim? Nein Danke!« gefunden; der Staatsschutz ermittelt.

Drei mutmaßliche Neonazis aus dem niedersächsischen Salzhemmendorf sitzen indes wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft. Sie sollen in der Nacht zum 28. August einen Molotow-Cocktail in ein von 31 Flüchtlingen bewohntes Haus geworfen haben. Der Brand konnte gelöscht werden, sodass es zum Glück keine Verletzten gab.

Süden

In Remchingen in Baden-Württemberg legten Unbekannte in der Nacht zum 18. Juli Feuer in einem leerstehenden Haus, das für Flüchtlinge genutzt werden sollte. Es wurde so schwer beschädigt, dass wohl allein der Abriss bleibt. Das gleiche geschah am 24. August in Weissach im Tal, wo nun eine neue Unterkunft gebaut werden soll.

Im bayerischen Neustadt an der Waldnaab legten Unbekannte am 21. August Feuer in einem Wohnhaus. Einer der 19 BewohnerInnen beobachtete, wie zwei Männer durch ein Fenster sprangen und verschwanden.

Am 18. Juli brannte in Waldaschaff ein Müllcontainer in der Garage eines Hauses von 30 Flüchtlingen. Ein Nachbar entdeckte das Feuer noch rechtzeitig; ob es Brandstiftung war, ist unklar. Zwei Tage zuvor wurde im Reichertshofen ein ehemaliger Gasthof angezündet, wobei ein Sachschaden von 150.000 Euro entstand. Bereits am 13. April wurde in Hepberg ein noch unbewohnter Container mit Grillanzünder schwer beschädigt und am 7. Mai gab es einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingshaus in Wallersdorf. Die Täter warfen einen Molotow-Cocktail gegen die Fassade, der glücklicherweise nur Rußspuren hinterließ. Kurz zuvor wurden in der Nähe mehrere Personen in einem PKW gesehen.

Eine Nacht vorher beobachtet ein Zeuge in Limburgerhof (Rheinland-Pfalz) ein Auto, das mit quietschenden Reifen von einer Asylunterkunft davonfuhr. Auf dem Dach des im Bau befindlichen Gebäudes wurden Bitumenrollen angezündet.

Drei Feuer in der ersten Septemberwoche

In Witten brannte am Morgen des 3. September ein Gästehaus, das für die Unterbringung schwer traumatisierter Asylsuchender saniert wurde. Nachts darauf sprang im hessischen Heppenheim ein Bewohner aus dem zweiten Stock eines brennenden Hauses und verletzte sich schwer; eine technische Brandursache wird ausgeschlossen. Und in Dortmund gab es in der Nacht zum 6. September einen Anschlag auf eine ehemalige Schule, die umgebaut werden soll. Wie im benachbarten Witten geht die Polizei von Brandstiftung aus.



^ *Tröglitz*

Zurück in die Neunzigerjahre

Geschichte wiederholt sich immer zweimal, als Drama und als Farce – oder wie Flüchtlinge wieder zur »Völkerwanderung«, zu Angriffszielen und Zahlen werden.

von Sören Frerks

Mit Migration und Offenheit tut sich das politische Alltagsgeschäft in Deutschland schwer, außer es geht um Tourismus, Erasmus-Programme oder die »Fachkräfte-Offensive«. Dann werden millionenteure Förderungen und Werbeprogramme erlassen, um Wirtschaft und internationale Wettbewerbsfähigkeit anzukurbeln. Eine ökonomische Logik, die umgekehrt gegen diejenigen gerichtet wird, die eben nicht in die Nutzenkalkulation der westlichen Glitzerwelt passen. Gegen Kriegs- und Hungerflüchtlinge rüstet sich jeder auf seine Weise.

Alle gegen das ›Fremde‹

Ungarn baut an der Außengrenze der Europäischen Union einen 175 Kilometer langen Zaun, der dem Bollwerk um die spanischen Exklaven Ceuta und Mellila in Nordafrika in nichts nachstehen soll. Die EU-Kommission betont in ihrer charakteristischen Janusköpfigkeit die Werte von Freizügigkeit und europäischer Solidarität, um gleichzeitig alles daran zu setzen, die Flüchtlinge in der Peripherie zu halten – denn für sie als »Nicht-EU-BürgerInnen« gelten die hochgehaltenen ›Ideale‹ mitnichten. CSU-Politiker wie Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer bedienen ihre Rechtsaußenklientel mit wiederholten Parolen gegen »massenhaften Asylmissbrauch«. Sein Generalsekretär Andreas Scheuer sieht eine »neuzeitliche Völkerwanderung« und der Landesinnenminister Joachim Hermann schwärmt wie selbstverständlich über »wunderbare Neger«. Bei allem grundgesetzlichen Aufnahmezwang will man sich politisch dennoch vergewissern, wer hier das ›Fremde‹ und Problem zugleich ist. Eine Strategie, die bittere Früchte trägt und der national-konservativen »Alternative für Deutschland« (AfD) die Aufmerksamkeit stiehlt. So können sich die RechtspopulistInnen gegenwärtig nur durch vulgäre Totalausfälle mediales Gehör verschaffen, wie beispielsweise ihr stellvertretender Bundessprecher Alexander Gauland. Ihm zu Folge hätten Brandanschläge wie in Nauen (siehe Beitrag in diesem Heft) verhindert werden können, »wären die Bürger einbezogen worden«.
Dass die Wand rechts der CDU/CSU im Kampf um die Gunst der wohlstandschauvinistischen und prekär-reaktionären WutbürgerInnen immer weiter versetzt wird, ist kein Geheimnis. Aus dem Sagbaren wird im nächsten Schritt das Gangbare, was nicht zuletzt die zahllosen AnwohnerInnenproteste der letzten Jahre überall in der Bundesrepublik zeigen. Und Neonazis zünden mittlerweile im Zweiwochentakt Häuser an. Die gegenwärtigen Angriffe auf Flüchtlinge sind also kein neuer Höhepunkt, sondern nur noch eine weitere Stufe der Eskalation rassistischer Straf- und Gewalttaten (s. drr Nr. 146, 148, 152).

Die Zeichen der Zeit

Es ist die alte Leier von der Mitte der Gesellschaft, die den ethnozentristisch-rassistischen Kern in sich trägt, auch wenn sich die ganz unterschiedlichen ProtagonistInnen des Alltags fleißig von Neonazis und Gewalt distanzieren. Als im April dieses Jahres in Tröglitz ein Wohnblock in Flammen aufging, war das Entsetzen groß. Zuvor schon kam es in dem Dorf zu Hakenkreuzschmierereien und Aufmärschen von Neonazis und AnwohnerInnen; KommunalpolitikerInnen erhielten Morddrohungen, woraufhin CDU-Bürgermeister Markus Nieth zurücktrat. Doch worüber

niemand erschrocken war, waren die Worte Nieths selbst. Noch im Dezember letzten Jahres verfing er sich in einem harmonisierenden Bürgerbrief in fragwürdigen Aussagen: »Wir möchten eigentlich keine Asylanten hier in Tröglitz haben. (…) Ich möchte Ihnen deutlich machen, dass ich hier nicht von ›heile heile Multikulti‹ rede, daran glauben wohl nur noch Menschen, deren Wohnhäuser weit weg von Asylantenheimen stehen, wir nicht. (…) Liebe Tröglitzer, geben Sie ›den Fremden‹ eine Chance, schon um unseretwillen, denn sonst verliert Tröglitz womöglich!«
In Escheburg, im Dreiländereck von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen war es kein Neonazi, sondern ein Finanzbeamter, der das Nachbarhaus anzündete, um zu verhindern, dass dort sechs Flüchtlinge einziehen. Im Prozess vor dem Landgericht Lübeck beteuerte er, es sei eine Kurzschlussreaktion gewesen, nachdem es am Morgen des Tattags ein Wortgefecht zwischen AnwohnerInnen und Kommunalverwaltung gab. Während sich der Angeklagte als Beschützer von Familie, Kind und Scholle gerierte, sah die Staatsanwaltschaft in der Brandstiftung eine »fremdenfeindliche Tat«, und die Richterin betonte den wohlstandschauvinistischen Charakter: »Hier sollte die Idylle derjenigen verteidigt werden, die das Glück haben, dass es ihnen gut geht.« Am Ende wurde der 39-jährige Familienvater zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Indes waren sich andere NachbarInnen sicher, dass sie von der Unterbringung der Flüchtlinge überrumpelt wurden, und der Gemeinderat war überrascht von der Wut und Aggression im sonst so beschaulichen Ort.
Vor dem Brandanschlag im Juli im bayerischen Reichertshofen gab es bereits Streit um die geplante Unterbringung von Flüchtlingen in dem Städtchen. Seit April liefen EinwohnerInnen Sturm gegen das Vorhaben, Schilder mit Aufschriften wie »Wir brauchen keine 131 Asylanten« wurden aufgestellt; die NPD verteilte Flugblätter. Doch nachdem der frühere Gasthof gebrannt hat, geben sich nun viele verwundert und wünschen sich wohl nur eines: Dass die Täter von außerhalb kommen, damit das idyllische Bild nicht bröckelt.
In Salzhemmendorf bei Hannover zeigt sich die Verquickung von Rassismus und jahrelangem Wegschauen par excellence. Der dortige Anschlag Ende August war für die BewohnerInnen eines Flüchtlingsheimes lebensbedrohlich. Dennis L., einer der drei mutmaßlichen Täter, soll den Brandsatz durch ein Fenster geworfen haben. Auf dessen Facebook-Seite wird sein Innenleben deutlich: Fotos, auf denen er mit Waffen und im Landser-Shirt mit der Aufschrift »Terroristen mit E-Gitarre« posiert, Links zum Sänger der rechten Hooligan-Band »Kategorie C« und zu HAMGIDA, der Hamelner Version von PEGIDA. Er fiel bereits wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Zeigens des Hitlergrußes auf. Dennoch war er Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, ebenso wie der mutmaßliche Mittäter Sascha D., der bereits vor fünf Jahren eine Brandstiftung begangen hatte. Nachdem sich der Bürgermeister und die Feuerwehrleitung von den Beschuldigten distanziert hatten, trat nur wenig später der Jugendwart zurück; auch er hatte bei Facebook HAMGIDA sowie die NPD verlinkt. Die kleine Stadt hat ein Neonaziproblem und dennoch will die Polizei von einer extrem rechten Szene nichts wissen.
Wie unterschiedlich die Aussagen an welchen Orten auch immer sind, die AkteurInnen sind sich in zwei Punkten gleich und zwar in ihrem politischen Versagen und dem fehlenden Bewusstsein für den Kern des Problems; nämlich dass sie selbst das ›Fremde‹ unterscheiden und damit zum Erhalt des Rassismus beitragen.

Die Statistik lügt! Und nun?

Während Neonazis und WutbürgerInnen Taten sprechen lassen und die ›neuen‹ Brandanschläge in Hoyerswerda und Lübeck zu Symbolen eines wiedererstarkenden Rassismus werden, wiederholt sich auf der politischen Bühne das immer gleiche Drama. Erster Akt: Die Bundesregierung veröffentlicht Zahlen zu rechten Straf- und Gewalttaten sowie Protesten gegen Flüchtlinge und Asylunterkünfte in der Regel erst auf Anfrage der Oppositionsparteien. Zweiter Akt: Flüchtlingsorganisationen und Opferberatungsstellen kritisieren die Statistik als lückenhaft, PolitikerInnen und Medien sind empört und warnen vor der steigenden Bedrohung. Dritter Akt: Das Warten auf die nächsten Anfragen und Zahlen beginnt und die Nachrichten über Angriffe auf Asylsuchende nehmen von Tag zu Tag zu. Dieses Ritual hat sich seit nunmehr drei Jahren eingespielt.
Bei genauerer Betrachtung offenbaren sich erhebliche Abstimmungsprobleme zwischen den Behörden. Nach Medienrecherchen registrierten die Länder im Jahr 2014 insgesamt fast 230 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte während der Bund von etwa 200 spricht. Die aktuellen Zahlen verstärken dieses Bild nochmals: Von 11 Brandanschlägen und einer Sprengstoffexplosion zwischen Januar und Juni 2015 werden in den Antworten der Bundesregierung auf zwei Kleine Anfragen der Partei »DIE LINKE« die Angriffe in Lübeck und Wallersdorf nicht aufgeführt.
Doch ganz gleich, ob die Statistiken verzerrt sind oder nicht, letztlich kommt es auf die politische Bedeutung an, die man ihnen zumisst und darauf, welche Konsequenzen gezogen werden. Denn Fakt ist: Die Zahl der Straf- und Gewalttaten gegen Asylunterkünfte hat sich von 2012 bis 2014 mindestens verachtfacht – Tendenz rapide steigend. 202 Vorfälle zählte das Bundesinnenministerium allein im ersten Halbjahr 2015.
Genug Anlässe und zwei Jahre Zeit zu handeln. Zwar betonten Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen im Juni letzten Jahres höchstselbst, dass Neonazis immer mehr auf Anti-Flüchtlings-Hetze setzen und die Zahl »fremdenfeindlicher Gewalttaten« um 20 Prozent auf 473 Angriffe zunahm, passiert ist daraufhin allerdings nichts. Statt für einen wirkungsvollen Schutz von Asylsuchenden zu sorgen, nimmt das Schauspiel seinen Lauf und das bis heute.

›Überforderung‹ mit Ansage

Dass der Bund und Landesregierungen wie in Sachsen und Bayern kein Mittel gegen rassistische Proteste, Gewalt und Mordversuche finden, hat nicht nur mit politischem Unvermögen zu tun. Es ist vielmehr die Fortsetzung einer desaströsen Asylpolitik, der ein funktionierendes Aufnahme- und Einwanderungskonzept fehlt. Bis Oktober 2014 brauchte es, dass bei einem »Flüchtlingsgipfel« die Unterbringung von Asylsuchenden auf das bundespolitische Tableau gehievt wurde und das nicht etwa durch die Bundesregierung, sondern initiiert von »Bündnis 90/Die Grünen«. Dabei war Ende 2013 klar, dass die Antragszahlen im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent auf 127.000 gestiegen waren.
Und zur Erinnerung: Die ersten WutbürgerInnen gingen noch früher auf die Barrikaden, wie im Juni 2012 im Leipziger Stadtteil Wahren und sechs Monate später in Freiburg-Haid. Die Neonaziszene reagierte ebenfalls. So demonstrierte die NPD im Oktober 2012 in Essen-Frintrop gegen Flüchtlinge und am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, zog sie mit einem Fackelmarsch durch Wolgast.
Schon damals war also Handlungsbedarf erkennbar, so denn der Willen vorhanden gewesen wäre. Stattdessen zeigten viele Kommunen entweder ihr Unvermögen, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen oder den Unwillen, sie überhaupt aufzunehmen. Andere LokalpolitikerInnen schlugen sich gar auf die Seite der FlüchtlingsgegnerInnen. Wörter wie Sozialverträglichkeit, Belastungsgrenze, Kriminalität, Verteilungsgerechtigkeit und Kostenstreit füllten die Schlagzeilen. Doch die Bundesregierung übte sich in Zurückhaltung und Fehleinschätzungen.
Erst diesen August musste de Maizière die Prognose für 2015 auf 800.000 Asylsuchende fast verdoppeln. Natürlich nicht, ohne festzustellen, dass dies auf »Dauer zu viel« ist und im gleichen Atemzug neue Grenzkontrollen und indirekt eine Verschärfung des Dublin-Abkommens anzudrohen. Unerwähnt bleibt, dass das oberste Ziel der EU-Staaten immer noch ist, Flüchtlinge abzuschrecken und abzuschieben.
Nur zu gern würde man diesem Drama, das zur Farce des Humanismus wird, resigniert den Rücken zukehren. Doch es geht wie in den 1990er Jahren um das Überleben von Menschen, auf der Flucht und in deutschen Asylunterkünften.

Sächsische Spezialitäten in Freital

Nachdem PEGIDA in Dresden den Zenit überschritten hatte, sind zuletzt die rassistischen Krawalle von Heidenau und die Aufmärsche gegen die Flüchtlingsunterkunft in Freital zum bestimmenden Thema geworden. Eine Reise in die rassistische Geschichte und Gegenwart im »Tal der Arbeit«.

von Danilo Starosta

Mehr als 700 Menschen arbeiten noch im letzten großen Industriebetrieb, der »Hütte«, die es seit 1855 in Freital gibt, und deren Geschichte gleichsam die Geschichte der Stadt erzählen kann. Auch die menschenverachtenden und grauenvollen Zeiten gehören dazu, die von Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Freital und Strafarbeit im ›Arbeiter- und Bauernstaat‹. Diese Vergangenheit ist nur wenig aufgearbeitet, ebenso sind die Schicksale der DDR-VertragsarbeiterInnen, zumeist aus Vietnam, den meisten unbekannt. Auf der »Hütte« wurden sie von den deutschen Kumpel ›Fidschis‹, ›Gubbies‹ oder ›Mossies‹ gerufen.
Viele von ihnen wohnten in zugewiesenen Wohnheimen und Baracken. Sie wurden segregiert, getrennt von der weißen Bevölkerung untergebracht und hatten im Alltag der Sachsen im »Tal der Arbeit« – so die vollmundige Selbstbezeichnung der ›Einheimischen‹ – keinen Platz. Und nicht nur das: schwangere Vertragsarbeiterinnen wurden zurück in ihre Herkunftsländer geschickt und Mütter nicht-weißer Kinder galten als »Schlampen« und wurden ganz im überlieferten nationalsozialistischen Jargon am Stamm- und Küchentisch der Rassenschande bezichtigt. Die Schmählieder waren für sie allgegenwärtig.
Nach der ›Wende‹ wurde das Wohnheim der VertragsarbeiterInnen »Am langen Rain« eilig geschlossen. Als der DDR-Sozialismus in der Kreisstadt Geschichte war, konnten es die neuen BRD-BürgerInnen gar nicht erwarten, dass die bisherigen KollegInnen endlich verschwanden. Der erste neue Besitzer des Gebäudes stellte den VertragsarbeiterInnen eilig Gas und Strom ab. In denselben Jahren steckte die Bevölkerung im 80 Kilometer entfernten Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen deren Häuser in Brand. Geholfen haben den verstoßenen, angefeindeten und bedrohten Menschen in Freital trotz aller Anfeindungen nur wenige Mutige.

Von 1990 ins Jahr 2015

25 Jahre später scheint sich die Geschichte an diesem Ort in ähnlicher Weise zu wiederholen. Seit Frühjahr mehren sich die Berichte über Demonstrationen und Angriffe gegen Asylsuchende in Freital.
Am 6. März 2015 kam es zum ersten PEGIDA-»Abendspaziergang«, angemeldet von der BürgerInneninitiative »Freital steht auf. Nein zum Hotelheim«, und von Beginn an gab es Gewalt und Straftaten. Mehrfach versuchen TeilnehmerInnen zur Asylunterkunft zu gelangen und drohten offen mit Brandschatzung. Neonaziparolen wurden skandiert und Hitlergrüße gezeigt; es kam zu Angriffen auf Flüchtlinge, GegendemonstrantInnen und JournalistInnen. Über Monate sollte sich dieses Szenario jeden Freitag wiederholen. Nachdem am 22. Juni öffentlich wurde, dass die Freitaler Asylunterkunft als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt wird, eskalierte die Lage gänzlich. In der Nacht darauf veranstalteten Neonazis mit Autos eine Jagd auf abreisende AntifaschistInnen. An einer Tankstelle schlugen sie schließlich mit Baseballschlägern die Scheiben des verfolgten Fahrzeugs ein, dessen Insassen nur durch Glück davonfahren konnten. Drei Tage in Folge wurden Flüchtlinge, UnterstützerInnen und die vor Ort anwesende Polizei angegriffen.

Nachdem eine BürgerInnenversamlung im März wegen Sicherheitsbedenken abgesagt werden musste, und bei einer zweiten Veranstaltung mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Juni mehrere hundert FlüchtlingsgegnerInnen vor dem städtischen Kulturhaus protestierten, kam es am 6. Juli zum politischen Vollversagen. Auf der nächsten Versammlung brachen sich rassistische Parolen, Volksverhetzung und Gewaltandrohungen Bahn. BesucherInnen, die die Flüchtlinge unterstützen wollten, wurde das Mikrofon aus der Hand geschlagen. Der Schirmherr des Abends, Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) und die Polizei ließen den BürgerInnenmob gewähren; darunter hatten sich auch das PEGIDA-Führungsduo Lutz Bachmann und Tatjana Festerling sowie der NPD-Stadtrat Dirk Abraham gemischt.

Keine Randerscheinung

›Besorgte Bürger‹ nennen sie sich selbst, die Protagonisten des Protests wie Dirk Jährling, René Seyfried und Mario Wagner. Doch sie sind einschlägig bekannt als organisierte Neonazis und NPD-Anhänger. Die Facebook-Gruppen »Frigida – unsere Stadt bleibt sauber – Freital ist frei« und »Freital wehrt sich. Nein zum Hotelheim« sind die treibende Kraft des sich bürgerlich gerierenden Mobs. Ihre Nähe zu PEGIDA zeigt nicht nur der vom Exportschlager abgewandelte Initiativenname FRIGIDA. In der Spitze mobilisierten sie 1.500 AnhängerInnen, im Durchschnitt waren es einige Hundert. Zur Oberbürgermeisterwahl im Juni 2015 wurde ihr Sprecher Seyfried dann auch von knapp 9 Prozent der FreitalerInnen gewählt. Der Hass gegen alles ›Fremde‹ ist wie in der Nachbarstadt Dresden und vielen anderen Orten der Bundesrepublik also kein Randphänomen.
Deutlich militanter gibt sich die »Bürgerwehr 360 FTL«, die nach einer lokalen Buslinie und dem Nummernschild von Freital benannt ist. Die Gruppe patrouilliert mit T-Shirts uniformiert durch Freital und verfolgt Nicht-Weiße in der Öffentlichkeit. Sie fotografieren Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen und verfassen Fahndungsaufrufe in Anti-Antifa-Manier. Auf ihrer Facebook-Seite schreiben sie: »In der letzten Woche haben wir mal verstärkt die Linie E unter die Lupe genommen. (…) Nicht nur Abends, sondern auch mal tagsüber haben wir Präsenz gezeigt.« Die Polizei ermittelt gegen die Neonazi-Bürgerwehr wegen der oben erwähnten Verfolgungsjagd.
Hinzu kommt der »Widerstand Freital«, der sich vor allem aus dem JN-Umfeld und gewaltaffinen Fußballfans des Drittligisten Dynamo Dresden zusammensetzt. Sie arbeiten eng mit dem »Heimatschutz Meißen« und der Dresdner »Kameradschaft Leuben« zusammen. Ihre nationalrevolutionäre Ausrichtung artikuliert sich vor allem in Gewalt auf der Straße. So waren sie am 24. Juni an einem NPD-Aufmarsch gegen eine »Zeltstadt« für Asylsuchende in Dresden beteiligt und gingen im Anschluss daran zum Angriff auf AntifaschistInnen über, bei dem drei Menschen verletzt wurden.

Der ganz normale Wahnsinn

Die rassistischen Angriffe finden ihren Spiegel in den Kommentaren der sozialen Netzwerke. Ihr gemeinsamer Nenner ist der Hass auf alles »Fremde«. Ihre gemeinsame Ideologie ist die einer völkischen Überlegenheit. Ihre Taten sind in ihren Worten bereits verkündet, die der Blog »Perlen aus Freital« dokumentiert: »Kanaken umfahren«, »das Dreckspack nach Dachau und Auschwitz«, »Züge füllen und direkt in die Gaskammer«, »Dreckschweine alle an einen Baum hängen«, »mit einer Stahlrute schlagen, bis der Schädel blutet«, »Asylenatenpack einfach anzünden«, »Massenlager, billige Energie aus dem Heizwerk«. Die Menschenverachtung in den Kommentaren ist unverhohlen und zugleich Anstachelung für die Neonazis in Freital, Heidenau und Dresden. Zwar werden sie von der Politik offiziell geächtet, in Wirklichkeit haben sie aber wenig zu be-







^ *BürgerInnen und Neonazis kann man in Freital nicht auseinanderhalten am 31. Juli 2015*

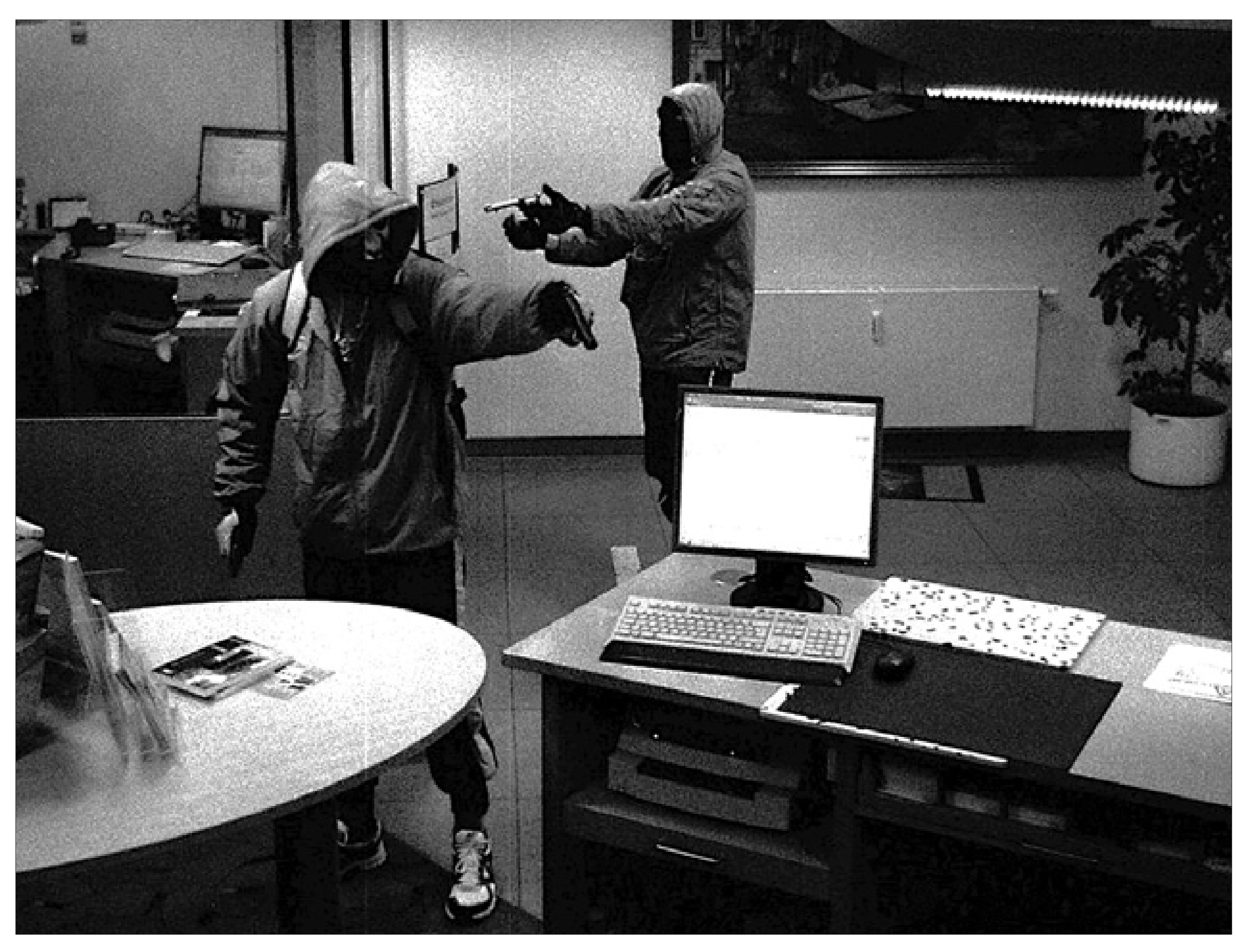
fürchten. Seit mehr als 25 Jahren wählt man in Sachsen konservativ. Die nach Einschätzung bundesweiter Medien als Rechtsauslegerin ihrer Partei zu verstehende sächsische CDU stellt seit 1990 ununterbrochen die Regierung. Von 2004 bis 2014 war die NPD im Landtag von Sachsen vertreten, und hier war die UnterstützerInnenbasis des »Nationalsozialistischen Untergrunds«.

Leiser Widerstand

Die wenigen Mutigen gab es vor 25 Jahren und es gibt sie heute noch in Freital. Damals standen sie an der Seite der VertragsarbeiterInnen, heute solidarisieren sie sich mit den Flüchtlingen und werden selbst zum Ziel von Anfeindungen und Angriffen. »Pro Asyl«-AktivistInnen leben in Freital gefährlich. In der Nacht zum 27. Juli wurde das Auto des Vorsitzenden der Stadtratsfraktion der Partei »DIE LINKE« Ziel eines Sprengstoffanschlags; die Polizei ermittelt. Zuvor hatte er sich mehrfach gegen die Neonaziaufmärsche in der Stadt ausgesprochen. Hinzu kommen Drohungen gegen weitere AntifaschistInnen, zerstochene Autoreifen und gesprengte Briefkästen. Anzeigen bleiben aus, weil viele Betroffene Racheakte und Vergeltungen fürchten. Das organisierte Engagement ist in der Minderheit und das kritisch-bürgerliche Milieu fehlt. »Die Grünen« haben ein Mandat im Stadtrat und bilden gemeinsam mit der SPD eine Fraktion von fünf Kreisräten. Beide Parteien und »DIE LINKE« kamen bei den Kommunalwahlen 2014 zusammen auf 27,6 Prozent – fast schon ein Wahlerfolg 2014 im konservativen Freital.

Der antifaschistische und antirassistische Widerstand ist unter Beschuss und das hat ebenso eine Geschichte. Es fehlt an einer gewachsenen Zivilgesellschaft. Der Umbruch der ›Wende‹ traf wie in vielen ostdeutschen Städten auch in Freital die bürokratischen Apparate, denn das bürgerliche Milieu der Stadt war schon immer eines, das sich vor allem aus Angestellten und BeamtInnen bildete. Mit dem Wegfall der Verwaltung Mitte der Neunzigerjahre, die sich bis dahin aus der Stellung der Stadt als Kreissitz speiste, zerfiel Freitals BürgerInnenschaft. Der städtische Zusammenhang existierte nach dem doppelten Verlust der Verwaltung und kleinen Bürgerlichkeit nicht mehr. Das Gemeinwesen konzentrierte sich wieder zurück in die zahllosen Gemeinden und Ortslagen, die gefühlten und die tatsächlichen dörflichen Siedlungen, die sich in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts zusammengeschlossen hatten. Durch die Transformation zur BRD wurden die bis dahin bestehende SED- und Kommunalverwaltungen abgewickelt, etwa der Rat des Kreises und die Kreisleitung der Staatspartei. Hinzu kam die ökonomische Transformation von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, mit der 1990 ein massiver Arbeitsplatzabbau begann. Zahlreiche volkseigene Betriebe wurden eingestampft. Mit ihnen gingen die Verwaltungseliten der Betriebe, ihre Buchhaltungsangestellten, die Handels- und PlanungsingenieurInnen; der so genannte Mittelbau, das mittlere Management verschwand. Auch Menschen mit alternativen Lebensentwürfen und Kunstschaffende wanderten schnell ab, meist nach Dresden und oft noch viel weiter weg.

Ganz gleich ob liberale Bürgerlichkeit oder linke kritische Geister, sie fehlen schon lange in Freital. So bleibt die Stimme des Widerstandes leise und ohne die Unterstützung von AntifaschistInnen aus Dresden wäre sie überhaupt nicht zu hören. Und die Kumpel aus dem Stahlwerk? 100.000 Tonnen Stahl kochen sie jährlich in der »Hütte«, die in aller Welt verkauft werden. Bisher ist von ihnen, den letzten ›echten Arbeitern‹ nichts zu merken. Oder doch: ein paar von ihnen laufen mit bei den Aufmärschen gegen die Asylunterkunft und wurden von den wenigen KollegInnen erkannt, die auf der anderen Seite bei den Flüchtlingen stehen. Noch fehlen die öffentlichen Stellungnahmen der Werksleitung und der IG Metall. Es überwiegt scheinbar der Schrecken über die rechte Volksfront.



^ *NSU-Mitglieder bei einem Bankraub in Arnstadt, Bild von einer Überwachungskamera*

»Gelder für die Widerstandsbewegung«

Raubüberfälle gehörten in den vergangenen Jahrzehnten zu den zentralen Bestandteilen rechtsterroristischer Aktivitäten. Das setzte sich beim »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) fort.

von Robert Andreasch

Der NSU-Prozess neigt sich dem Ende der vom Gericht geplanten Beweisaufnahme zu. Der vorsitzende Richter Manfred Götzl hatte zu Beginn noch darüber nachgedacht, die Behandlung der Raubstraftaten des NSU einzuschränken. Zum Glück ist das nicht passiert, denn so tritt derzeit öffentlich zu Tage, mit welcher Brutalität die untergetauchten Neonazis Geld für sich und die Szene beschafften.

Zum Töten bereit

Noch im ersten Jahr des Abtauchens, 1998, begingen NSU-Mitglieder ihren ersten Überfall – auf einen EDEKA-Markt in Chemnitz-Kappel. Fünf Kilometer entfernt lebten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe in einer Wohnung in der Altchemnitzer Straße 12; vermutlich kamen die TäterInnen mit dem Bus. Ein Mann forderte am Abend des 18. Dezember 1998 mit seiner Waffe die Herausgabe der Kassenbestände (ca. 30.000 DM), ein Zweiter sicherte die Situation ab. Schließlich flüchteten sie zusammen mit einer draußen postierten Person unbekannten Geschlechts. Als ein 16-Jähriger sie verfolgte, schoss die dritte Person sofort auf den Jungen. Ob es sich um Beate Zschäpe oder ein anderes NSU-Mitglied handelte, konnte nie ermittelt werden. In jedem Fall belegt das Vorgehen, dass die Beteiligten von Anfang an zum Töten bereit waren. Das dürfte auch den UnterstützerInnen bekannt gewesen sein, denn Böhnhardt und Mundlos machten in der Chemnitzer Szene, in der sie sich damals relativ offen bewegten, aus dem Überfall kein Geheimnis.

Die lange Reihe der NSU-Banküberfälle

Zehn Monate später, am 6. Oktober 1999, erbeuteten zwei NSU-Täter in einer Chemnitzer Postfiliale knapp 6.000 DM. Ende des Monats überfielen sie eine weitere Filiale in der selben Stadt. Sie sprangen über den Bedientresen und bedrohten die Angestellten mit Waffen. Mit fast 70.000 DM flohen sie mit einem Motorrad vom Tatort – ihren Fluchtweg hatten sie zuvor in einem Stadtplan markiert. Ein Jahr später griffen zwei NSU-Mitglieder wieder eine Postfiliale in Chemnitz an und erbeuteten dabei fast 40.000 DM. Für den Zeitraum dieses Überfalls hatte André Eminger ein Wohnmobil in Chemnitz angemietet.
Zwischen Juli 2001 und September 2011 folgten zehn der insgesamt 14 Überfälle, die dem NSU zugerechnet werden; korrespondierend zu einigen Taten wurden später Stadtpläne gefunden, auf denen die Tatorte und der Fluchtweg, häufig per Fahrrad angetreten, markiert waren. Zudem waren häufiger für den Zeitraum der Überfälle Wohnmobile angemietet – auf den Namen André Eminger oder Holger Gerlach.
Im Juli 2001 überfielen zwei bewaffnete Männer eine Postfiliale in Zwickau. Die aggressiven Täter griffen KundInnen mit Pfefferspray an und flohen schließlich mit 75.000 DM Beute. Ihr brutales Vorgehen wiederholten sie im September 2002 in derselben Stadt und raubten über 48.000 Euro. Im nächsten Jahr überfielen zwei Männer eine Sparkasse in Chemnitz, schlugen einer Angestellten, die den Tresor nicht öffnen konnte, mit einer Pistole auf den Kopf. Am 14. Mai 2004 erbeuteten dieselben

Täter in Chemnitz über 30.000 Euro. Nur wenige Tage später drangen zwei bewaffnete Männer in eine Sparkassen-Filiale in der Chemnitzer Sandstraße ein und erzwangen die Herausgabe von über 70.000 Euro. Am 22. November 2005 versuchten es die Täter in derselben Bank noch einmal; diesmal drohten sie mit der Zündung einer Handgranate. Als der Filialleiter Alarm auslöste, flohen die Täter ohne Beute vom Tatort. Am 5. Oktober 2006 überfiel eine bewaffnete männliche Person, mutmaßlich Uwe Böhnhardt, eine Sparkassenfiliale in Zwickau-Eckersbach. Der Täter schlug einer Angestellten einen Tischventilator auf den Kopf, rangelte mit einem Kunden, schoss mehrfach und verletzte einen Angestellten durch einen Bauchschuss schwer. Gleich geschossen haben auch die zwei vermummten Männer, die im November 2006 in eine Sparkassenfiliale in Stralsund eindrangen und mit 85.000 Euro flüchteten. Im Januar 2007 suchten die Täter dieselbe Filiale erneut heim; einer erzwang durch einen Schuss in die Decke die Öffnung des Tresors: 170.000 Euro Beute. Der vorletzte Bankraub des NSU-Netzwerks fand am 7. September 2011 in Arnstadt statt. Ein »TOP Gebäude«, hatten die Neonazis auf einem Stadtplan über die Filiale vermerkt. Als sich die Kassiererin in der Bank weigerte, die Kassentür zu öffnen, schlug ihr einer der Täter mehrfach einen Telefonhörer auf den Kopf. Die Täter flohen, nachdem sie 3.000 Euro Bargeld in Scheinen aus der Kasse genommen hatten. Der letzte bekannt gewordene Raub war der Überfall auf die Wartburg-Sparkasse in Eisenach am 4. November 2011, dem Tag der Selbstenttarnung des NSU. Als der Filialleiter die Öffnung des Tresors verzögerte, schlug ihm einer der Täter mit seiner Waffe auf den Kopf. Mit erbeuteten 72.000 Euro flüchteten die Männer mit Fahrrädern vom Tatort.

Überfälle seit den 1970ern

V-Leute hatten den Behörden von den ersten Straftaten des NSU-Kerntrios berichtet, die Brutalität hätte zudem ebenfalls auf Neonazis hinweisen können. Vor allem aber waren die NSUlerInnen nicht die ersten NeofaschistInnen, die (serienweise) Raubstraftaten begingen. Ende der 1970er Jahre beispielsweise führten die nationalrevolutionären »Nuclei Armati Rivoluzionari« (NAR) in Italien Raubüberfälle durch, um Waffen und Geld zu beschaffen. In Deutschland plante zu dieser Zeit die Braunschweiger Gruppe von Paul Otte und Hans Dieter Lepzien Banküberfälle. Bei der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) um Michael Kühnen blieb es nicht nur bei Planungen: Eine »Werwolf«-Gruppe und ANS-Aktivisten attackierten im Dezember 1977 eine Zweigstelle der Hamburger Sparkasse (Beute: 66.000 DM). Mit Überfällen auf Banken, Gaststätten, Bundeswehrsoldaten sowie einen Bauunternehmer in Köln beschafften die Neonazis Geld und Waffen für terroristische Aktionen.

Mindestens zwei Mitglieder der »Wehrsportgruppe Ruhrgebiet« (WSGR) überfielen im April 1979 eine Volksbankfiliale im Bochumer Schlachthof (Beute: 54.000 DM). Frank Schubert von der »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands« (VSBD) drang im Oktober 1980 in eine Bank in Zwingenberg ein (34.000 DM). Andere Mitglieder der VSBD attackierten im September 1981 als »Kommando Schubert« eine Bank in Rennerod (Beute: 73.000 DM). Und als »Kommando Omega« starteten VSBD-Mitglieder um Friedhelm Busse im Oktober 1981 von München aus zu einem erneuten Bankraub nach Rennerod, wurden jedoch kurz nach der Abfahrt von der Polizei gestellt. 1982 erbeutete die rechtsterroristische »Hepp-Kexel-Gruppe« bei Überfällen in Erlangen, Hungen, Ortenberg, Neunkirchen und Nidda insgesamt 630.000 DM.

Markus Mössle (»Kameradschaft Ulm«, NPD und FAP) raubte zwischen Dezember 1984 und Januar 1985, mit einer Maschinenpistole bewaffnet, drei Banken und einen Sexshop aus und erbeutete mehr als 100.000 DM. 50.000 DM sollen in das »Nationale Zentrum« von Ernst Tag im rheinland-pfälzischen Weidenthal geflossen sein. Mössle wurde später zu über 16 Jahren Haft verurteilt. Im Dezember 1993 überfielen Alexander Neidlein (heute NPD-Vorsitzender in Baden-Württemberg) und zwei »Kameraden« ein Postamt in Lübeck und erbeuteten 8.500 DM.

Der Überfall als »besonderes Kampfmittel«

Kriminelle Geldbeschaffungsaktionen von Neonazis gehören als sogenannte »Logistiktaten« zu den zentralen Elementen des Rechtsterrors. Geld soll sowohl für den eigenen Lebensunterhalt und den terroristischen »Kampf«, als auch für die Bewegung beschafft werden. Die Überfälle bedeuten ferner, dem »Feind« (wenn auch meistens vermummt) gewissermaßen offen gegenüberzutreten. Neonazis aus dem »Thüringer Heimatschutz« waren mit dem Schweizer Armeehandbuch »Der totale Widerstand« von Major von Dach befasst, in dem ein eigenes Kapitel über die »Beschaffung und Verwaltung von Geldern für die Widerstandsbewegung« informiert. Als Geldquellen werden darin »Überfall und Plünderung von Bahnschaltern, Postämtern, Banken und verstaatlichter Verkaufsläden« empfohlen und geraten: »Habe hierbei keine Hemmungen, denn du schädigst ja nicht Mitbürger, sondern den ‹Pseudo-Staat›.« Die von der NSDAP/AO und anderen ab 1991 vertriebene Terroranleitung »Eine Bewegung in Waffen« legt der deutschen Neonaziszene »Enteignungen« in der »Vorbereitungsphase des Kleinkriegs« nahe: »In der Mehrzahl handelt es sich dabei um Banküberfälle etc., die den Einsatzgruppen einen gewissen finanziellen Spielraum zu verschaffen haben. Auch ‹Besorgungsaktionen› von Waffen, Sprengstoff und anderem Gerät fallen unter den Begriff der Enteignung«. Ein Überfall wird als »besonderes Kampfmittel« definiert, da er gleichzeitig eine »materielle Schädigung« und »moralische Beeinträchtigung« des »Feindes« darstelle. Das Begehen von Raubtaten wird zudem mit einer »kämpferischen« Identität aufgeladen: »Im Gegensatz zu Sabotage, Enteignungen, Geiselnahmen und Attentaten, wo der Werwolf aus dem Verdeckten heraus operiert, stellt er sich seinem Widersacher hier zum bewaffneten Kampf.«

Subkulturelle Anregungen: Die Turner Diaries

Anregungen für das Angreifen aus dem »Untergrund« gab der amerikanische Neonazi William Pierce (»Andrew Mac Donald«) den deutschen Neonazis in gewissermaßen subkultureller Verpackung: In seinem fiktiven Roman »The Turner Diaries«, den Ralf Wohlleben, André Eminger und andere aus dem NSU-Netzwerk nachweislich besessen haben, begeht die Zelle der Romanfigur Earl Turner eine Reihe von Überfällen zur Versorgung der eigenen Strukturen: »4. November 1991: Wieder Suppe und Brot heute Abend und davon nicht viel (...) wenn die Zahlung in den nächsten paar Tagen nicht durchkommt, werden wir wieder auf bewaffnete Raubüberfälle zurückgreifen müssen.« Als Robert Jay Matthews im September 1983 in den USA die in diesem Roman nur fiktional geschilderte »Organisation« unter dem Namen »The Order – Brüder schweigen« real gründete, raubten die Beteiligten Banken aus, um das erbeutete Geld wieder in die »Bewegung« stecken zu können. »The Order« entwickelte dabei übrigens eine regelrechte Manie, Beweisstücke und Tatwaffen der bisherigen Überfälle trotz der Belastungsgefahr aufzubewahren. Zugänglicher als militärische Handbücher waren für Neonazis auch die Publikationen des militanten »Blood & Honour«-Netzwerks: Im sogenannten »Field Manual« schilderte der Autor Erik Blücher (»Max Hammer«) unter anderem die Taten des Deutsch-Schweizer Neonazis John Wolfgang Alexander Ausonius (geb. Zaugg), der als »Laserman« 1991 und 1992 in Stockholm zehn Mordanschläge auf zufällig ausgewählte MigrantInnen verübte und bis zu seiner Festnahme 1992 mindestens 20 Banken zur Eigenfinanzierung überfallen hatte. Ausonius war nach den Taten jedes Mal auf einem Fahrrad geflohen.

Die Behörden tappen im Dunkeln

Der Wille und die Bereitschaft, gewalttätig vorzugehen, der Wunsch, Schaden anzurichten, geht bei Neonazis einher mit der Absicht, sich selbst der eigenen Radikalität zu versichern. Auch kriminelle Aktionen von Neonazis sind so gesehen Konsequenz ihrer Ideologie und Menschenverachtung. Dennoch wurden die Neonazis des NSU nach ihren Raubstraftaten von den Behörden nie zu dem Kreis der Verdächtigen gerechnet. Auch William Pierce ließ seine Romanfigur in den Turner-Tagebüchern schreiben, ein Raubmord sei »verständlicherweise nicht mit uns in Zusammenhang gebracht worden«. »Überfälle dieser Art« seien, »selbst wenn es dabei zu Toten kommt, doch heutzutage an der Tagesordnung. Ihnen wird kaum mehr Beachtung geschenkt als einem simplen Verkehrsunfall«.

»Wir wissen alle, dass dieser Mann lügt«

Der ehemalige Verfassungsschützer Andreas Temme steht im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die erste Anhörung Temmes zeigte jedoch einmal mehr, dass von seinen Aussagen kaum ein Erkenntnisgewinn zum Mord an Halit Yozgat zu erwarten ist.

von Sarah Müller



Der damalige Mitarbeiter des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfVH) Andreas Temme hielt sich unbestritten in großer zeitlicher Nähe zur Tat am Tatort auf, als Halit Yozgat am 6. April 2006 in seinem Internetcafé in Kassel erschossen wurde. Erst über die Verbindungsdaten des genutzten Computers hatten die ermittelnden Behörden Temme zwei Wochen nach dem Mord als den fehlenden sechsten Zeugen identifiziert, der sich nicht von selbst auf einen ZeugInnenaufruf der Polizei gemeldet hatte. Damit stand er zunächst als Beschuldigter unter Mordverdacht. Im Rahmen der Ermittlungen wurden in seinem Elternhaus Abschriften aus »Mein Kampf« und ein Buch über Serienmörder sowie Waffen gefunden, die er als Sportschütze legal besitzen durfte. Weil ihm keine Beteiligung an der Tat nachgewiesen werden konnte, wurde das Verfahren im Januar 2007 eingestellt. Temme hält bis heute an seiner Aussage fest, er habe sich zufällig und privat im Internetcafé aufgehalten und von dem Mord an Halit Yozgat nichts mitbekommen.

Alles Zufall

Der in Wiesbaden tagende Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) hatte Andreas Temme kurzfristig zum Auftakt der ZeugInnenbefragungen vorgeladen, nachdem im Februar Abhörprotokolle eines Telefongesprächs zwischen Temme und seinem zuständigen Geheimschutzbeauftragten Gerald Hess durch die Presse an die Öffentlichkeit gelangt waren. Die Befragung von Temme und Hess im PUA, am 11. Mai 2015, fand ausschließlich auf der Grundlage dieses aufgezeichneten Telefongespräches statt, da der Ausschuss noch keine Einsicht in die entsprechenden Akten hatte. In diesem Gespräch findet sich auch der vieldiskutierte Ausspruch von Hess, »Ich sag' ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert, bitte nicht vorbeifahren«, der erneut die Frage aufwarf, ob Temme vor der Tat etwas über den geplanten Mord gewusst hat. Mit dem Gespräch konfrontiert, verharrte er – wenig überraschend – in seiner mittlerweile erprobten Haltung, er sei Opfer einer unglücklichen Verkettung von Zufällen geworden.

Temmes Begründung für seinen Aufenthalt im Internetcafé, er habe vor seiner Frau verheimlichen wollen, dass er in einem Flirtportal aktiv war, bleibt nicht zuletzt unschlüssig, weil er nachweislich auch mit seinem privaten Computer in dem Portal gechattet hatte. Seinen Account kündigte er sechs Tage nach dem Mord. Auch dass der in Observation geschulte Geheimdienstler und geübte Sportschütze die Schüsse im Café nicht wahrgenommen haben will, ist wenig glaubwürdig. Die naheliegende Vermutung, Temme könnte sich dienstlich am Tatort aufgehalten haben, lässt sich nicht belegen. Einen Zusammenhang zwischen Temmes Anwesenheit am Tatort und seinen beruflichen Aufgaben als V-Mann-Führer beim LfVH stellt sich jedoch über zwei Telefonate her, die er am Tattag mit seiner rechten Quelle Benjamin Gärtner – Deckname »Gemüse« – führte. Gärtner rief am Mittag des Tattages auf Temmes Handy an, der ihn vor Dienstschluss zurückrief. Das zweite Gespräch dauerte elf Minuten. – ungewöhnlich lange für eine Verabredung zur monatlichen Geldübergabe, was laut Temme der gesamte Inhalt des Telefonates war. Unmittelbar nachdem der Mordverdacht auf Temme fiel, bemühte sich das LfVH redlich um Temmes Person. Er wurde zweimal ins Landesamt nach Wiesbaden bestellt und verabredete sich mit seiner direkten Vorgesetzten, Iris Pilling, zu einem konspirativen Treffen auf einer Autobahnraststätte. Alles angeblich nur, um über sein privates Befinden und seine anstehende Suspendierung zu sprechen, wie Temme versichert.

Quellenschutz vor Aufklärung

Temme gibt in seinen Aussagen an, Gärtner habe als Quelle allgemein keinen sonderlich hohen Informationswert gehabt. Damit sei ausgeschlossen, dass Gärtner ihm Hinweise auf das Tatgeschehen gegeben habe. Es stellt sich die Frage, was dann das LfVH dazu bewogen hat, dem Quellenschutz eine so hohe Priorität einzuräumen, dass die Mordermittlungen der Polizei im April 2006 massiv behindert wurden. Die Vernehmung Gärtners durch die ermittelnde Polizeibehörde wurde vom damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier untersagt. Dieser Entscheidung lag nach seiner Erklärung im NSU-Bundesuntersuchungsausschuss 2012 die Erwägung zugrunde, dass durch eine Zeugenbefragung des V-Manns die »Sicherheitsinteressen des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland unvertretbar beeinträchtigt würden«. Auch die Aussagegenehmigung Temmes unterliegt der Einschränkung, dass er zu seinen Quellen keine Angaben machen darf.

Im LfVH genießt der Schutz der eigenen MitarbeiterInnen sowie der Quellenschutz der V-Leute höchste Priorität. Daher ist von seinem ehemaligen Mitarbeiter Andreas Temme kein Beitrag zur Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat zu erwarten. Weder in den Untersuchungsausschüssen noch im NSU-Prozess hatte er bisher für seine unglaubwürdigen Erinnerungslücken Konsequenzen zu befürchten, weil die Sicherheitsbehörden ihm mit der Unterstützung der hessischen Landesregierung den Rücken stärken. Obwohl Temme durch seine weiter ungeklärte Anwesenheit am Tatort des letzten rassistischen Mordes der sogenannten Ceska-Serie eine zentrale Figur im NSU-Komplex bleibt, ist kaum zu erwarten, dass er die volle Wahrheit über seine Rolle aussagen wird. Ismail Yozgat, der Vater des Mordopfers Halit Yozgat, hat dazu nach einer Aussage Temmes im NSU-Prozess in München alles Richtige gesagt: »Wir wissen alle, dass dieser Mann lügt.«

Informationen zur Beobachtung des NSU-Untersuchungsausschusses in Hessen unter: http://hessen.nsu-watch.info/

Brandenburgs Innenministerium behindert Aufklärung

Zwischen 1998 und 2001, als sich das »NSU-Trio« in Chemnitz aufhielt, wurde es von »Blood & Honour« Sachsen unterstützt: Wohnungen und falsche Personalpapiere wurden besorgt. Nach Aussagen eines »Blood & Honour«-Mitglieds fehlten genau in dieser Zeit auch 20.000 DM. Wurde das Geld zum Aufbau der NSU-Infrastruktur genutzt?

von Alexander Hoffmann

Nach damaligen Meldungen des V-Mannes Carsten Szczepanski diskutierten die drei Untergetauchten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt mit dem »Blood & Honour«-Mitglied Antje Probst darüber, ob diese Zschäpe ihren Ausweis zur Verfügung stellen könnte; Jan Werner soll versucht haben, eine Schusswaffe zu besorgen. Schon zu einem frühen Zeitpunkt soll dabei erwähnt worden sein, die Pistole solle für »weitere« Überfälle genutzt werden. Damit wäre klar, dass bereits zu diesem frühen Zeitpunkt sowohl Zschäpe als auch die UnterstützerInnen von »Blood & Honour« (B&H) wussten, dass schwere Straftaten begangen wurden und weitere geplant waren.

Wieder einmal Gedächtnislücken

Nun geht es darum, dieses Geschehen in den NSU-Prozess am Oberlandesgericht München prozessordnungsgemäß »einzuführen«. Dies gestaltete sich von Anfang an schwierig: Zunächst sollte der V-Mann Szczepanski gar keine Aussagegenehmigung seines ehemaligen Dienstherren, des Innenministeriums Brandenburg, erhalten; später wurde diese sehr eingeschränkt erteilt. Doch Szczepanski konnte sich an nichts erinnern. »Wenn das in den Deckblattmeldungen so steht, dann werde ich das wohl so gesagt haben«, lautete sinngemäß die häufigste Antwort des Zeugen, insbesondere bei Nachfragen zu belastenden Meldungen.

In der Folge hörte das Gericht die zwei Führungsbeamten des früheren V-Mannes an, die sich regelmäßig mit ihm trafen und alle seine Meldungen niedergeschrieben und weitergeleitet hatten. Einer der V-Mann-Führer hat mittlerweile Karriere gemacht: Gordian Meyer-Plath ist heute Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen. Für den VS Brandenburg betreute er 1997 bis 1998 Szczepanski. Drei der sechs Meldungen des V-Mannes zum »Trio« hat Meyer-Plath entgegengenommen, so auch die letzte. Nach diesem letzten Gespräch lieferte Szczepanski keine Informationen zu den drei Untergetauchten mehr.

Doch die Vernehmung des heutigen VS-Leiters war wie zu erwarten eine Enttäuschung. Er hatte zwar eine Aussagegenehmigung, aber ebenfalls keine konkrete Erinnerung. Nein, er könne nicht einmal trennen, welche Erkenntnisse er aus seiner Befragung beim Untersuchungsausschuss des Bundestages, aus den Verfassungsschutz-Akten oder aus seiner Erinnerung habe. Ja, die Szene habe damals über terroristische Aktionen diskutiert, aber wer und wo, könne er nicht sagen. Und wenn dies in den Meldungen Szczepanskis stehe, »wird der das so gesagt haben«, so seine Antwort.

V-Mann mitten in »Blood&Honour«

Szczepanski war damals in Haft, gleichwohl war er an der Produktion eines bundesweit und international verbreiteten Fanzines beteiligt. Er hatte persönliche Kontakte zu den Chefs von B&H England, die in die Verschickung von Briefbomben verwickelt waren; er kannte Marcel Schilf persönlich, der über die Division Skandinavien Aufrufe zur Bildung bewaffneter Gruppen verbreitete. Und auch zu den führenden Kadern des deutschen B&H-Ablegers bestanden Kontakte. In seinem Fanzine verbreitete Szczepanski selbst Aufrufe zur »Leaderless Resistance« und gab an, er habe die Ausgaben vor Veröffentlichung seinem Führungsbeamten vorgelegt. Dies bestritt Meyer-Plath allerdings.

Unterlagen gesperrt

Zuletzt wurde am 1. und 29. Juli 2015 der zweite V-Mann-Führer, der unter dem Namen R. Görlitz auftrat, vernommen. Dieser hatte Szczepanski von 1994 bis mindestens 1999 betreut und versuchte sich ebenso vor jeder konkreten Aussage zu drücken. Er bestätigte den Inhalt der dem Gericht bekannten Deckblattmeldungen über Szczepanskis Angaben in der Regel nur kurz mit den Worten: »Wenn ich das so aufgeschrieben habe«. Ansonsten gab er zu Protokoll, sich an praktisch nichts zu erinnern; nicht an die Namen maßgeblicher B&H-Kader, nicht an Informationen zur Waffenbesorgung oder über die Auflösung der B&H-Sektion Sachsen und nicht einmal an die Nummer, unter der der V-Mann Szczepanski geführt wurde. Dabei blieb er, obwohl ihn der Vorsitzende Richter wegen dieser ›Gedächtnislücken‹ schwer ins Verhör nahm.

Die zweite Vernehmung lief aus dem Ruder, weil der Zeuge ständig in einem von ihm mitgebrachten Stapel von Unterlagen blätterte und dies die Neugier der Prozessbeteiligten hervorrief. Dem Wunsch, diese Unterlagen dem Gericht zu übergeben, widersprach allerdings sein vermutlich vom Bundesland Brandenburg bezahlter Zeugenbeistand unter Hinweis auf »Geheimhaltung«. Letztlich wurden die Unterlagen in einen Umschlag gepackt und sollten darin verbleiben, bis das Brandenburgische Innenministerium erklärt, ob diese geheim seien. Während der Sommerpause erließ das Ministerium dann auch erwartungsgemäß eine Sperrerklärung: Das Bekanntwerden des Inhaltes der von dem Zeugen zu seiner Vorbereitung auf die Zeugenaussage mitgeführten Akten würde dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten.

Die Nebenklage wird versuchen, diese Unterlagen, wie überhaupt auch die gesamte Szczepanski betreffende Akte, beizuziehen. Doch eine solche Sperrerklärung wird letztlich nur politisch anzugreifen sein. Dass das Brandenburgische Innenministerium meint, Aktenbestandteile, die der Zeuge zur Vorbereitung auf seine Aussage erhalten hat, könnten das Wohl des Staates gefährden, während die Bundesregierung nach außen hin so tut, als hätte die Aufklärung der NSU-Verbrechen Priorität, stellt nicht zum ersten Mal den Aufklärungswillen der staatlichen Behörden in Frage.

Berichte dazu unter www.nsu-nebenklage.de, Alexander Hoffmann ist Rechtsanwalt und Vertreter einer Nebenklägerin.

Schweigen als Prozessstrategie

Die Medienberichterstattung zu Beate Zschäpe und ihren VerteidigerInnen beschränkt sich zumeist auf interne Streitigkeiten und haltlose Spekulationen, ob die Angeklagte doch noch »reden« werde. Wenig ist hingegen über die Verteidigungsstrategie Zschäpes und ihrer AnwältInnen zu lesen.

von Björn Elberling



Der dunkle Fleck mag auch daher rühren, dass es nicht leicht ist, am Handeln der VerteidigerInnen Heer, Stahl und Sturm eine Strategie festzumachen. Und der neu berufene vierte Verteidiger Grasel ist bisher nur wenig in Erscheinung getreten.

Einen möglichen Grund hierfür hat Zschäpe vor kurzem gegenüber dem Gericht offenbart: Zur Begründung ihres Antrags, Rechtsanwältin Sturm zu entpflichten, zitiert sie aus einem Brief der drei VerteidigerInnen an sie. Darin beschweren sich diese, die Verteidigung werde dadurch erheblich erschwert, dass Zschäpe ihr exklusives Wissen nur sehr eingeschränkt mit ihnen teile. Die Angeklagte spricht somit auch mit ihren VerteidigerInnen nur wenig über das Leben im Untergrund, über Struktur und Taten des NSU. Diese fehlende Offenheit verstärkt nicht nur den Eindruck vieler ProzessbeobachterInnen, dass Zschäpe im Prozess sehr kontrolliert und kontrollierend vorgeht – was wiederum Aufschluss über ihre Rolle im Verhältnis zu ihren toten Komplizen Mundlos und Böhnhardt geben kann. Gleichzeitig könnte dieses Verhalten erklären, warum in ihrer Verteidigung nur selten ein ›roter Faden‹ erkennbar ist.

Klar ist hingegen, dass die VerteidigerInnen Zschäpe ausdrücklich geraten haben, zu den Vorwürfen zu schweigen – mehr noch, sie haben ihr »verboten«, durch Mimik oder Gestik auf das Geschehen im Gerichtssaal zu reagieren. Der Rat zu schweigen scheint konsequent, denn was sollte sie mit einer Aussage erreichen? Eine politische Verteidigung, die sich zu den Taten und der Ideologie bekennt, oder eine wie die von Wohlleben, welche die bestehenden Beweismittel anzugreifen versucht und dabei auch mitunter zu rechten Verschwörungstheorien greift, will Zschäpe offenbar nicht. Das hat sie schon mit der Wahl ihrer politisch farblosen VerteidigerInnen deutlich gemacht.

Bleibt nur der Versuch, ihre eigene Rolle innerhalb des NSU, ihre mittäterschaftliche Verantwortung für dessen Taten, in Frage zu stellen und sich als weitgehend ahnungslos darzustellen. Dazu darf sie aber nicht reden, kein Wort, denn sonst sähe sie sich Nachfragen von Gericht, Bundesanwaltschaft und Nebenklage ausgesetzt. Und im Strafprozess gilt: Wenn eine Angeklagte konsequent schweigt, darf dies nicht gegen sie verwendet werden. Wenn sie aber zu bestimmten Punkten aussagt, zu anderen nicht, darf das Gericht aus diesem ›Teilschweigen‹ belastende Schlüsse ziehen. Diese Situation wollen die VerteidigerInnen wohl vermeiden – nachvollziehbar anhand der Fülle sachlicher Beweismittel für eine mittäterschaftliche Rolle Zschäpes, die sie nicht würde wegerklären können.

Aus diesem Grund muss die Verteidigung versuchen, ihre These von Zschäpe als »Hausfrau im Untergrund« ohne eine Einlassung der Angeklagten zu verfechten; und das versucht sie. Dabei stellt die Verteidigung nicht wirklich in Frage, dass Zschäpe wie Böhnhardt und Mundlos natürlich Neonazi war – von Rechtsanwalt Stahl fiel in einer Stellungnahme zu den Aufklärungsbemühungen der Nebenklage einmal der Satz, dass das damals »alles stramme Rechtsradikale« gewesen seien, bezweifle doch niemand.

Aktiv wird die Verteidigung, wenn es darum geht, einzelne Beweisaspekte anzugreifen, welche die Rolle Zschäpes innerhalb des Trios betreffen. So stützt sich die Anklage unter anderem darauf, sie habe bei gemeinsamen Reisen das Geld verwaltet – keine Urlaubsbekanntschaft, welche die Verteidigung hierzu nicht befragt hätte. Zur angeblich mangelnden Gewaltbereitschaft und Durchsetzungsfähigkeit Zschäpes werden alte Neonazibekanntschaften als ›Leumundszeugen‹ befragt.

Gleichzeitig hat die Verteidigung den sonstigen Beweismitteln zur Rolle ihrer Mandantin wenig entgegenzusetzen. So wurde in der NSU-Wohnung in der Zwickauer Frühlingsstraße 26 eine Datei mit einer Wette aus dem Jahr 2006 gefunden, bei der Zschäpe den Wetteinsatz »200x Videoclips schneiden« bot. Doch Videoschnitte enthielt einzig das NSU-Bekennervideo. Verteidiger Stahl präsentierte mit Getöse die Alternative dazu: Zschäpe habe bei Mitschnitten der Fernsehserie »Dr. House« die Werbung rausgeschnitten. Dass die Aufnahmen gar nicht beim Trio gefunden wurden und die Serie zum Zeitpunkt der Wette noch gar nicht in Deutschland ausgestrahlt wurde, war ihm anscheinend entgangen.

Anders liegt der Fall bei der Brandlegung in der Frühlingsstraße. Hier ist Zschäpe wegen versuchten Mordes angeklagt, denn in der Nebenwohnung lebte eine schwer hör- und gehbehinderte alte Dame, deren Leben in Gefahr war. Gegenüber ihrem damaligen Verteidiger hat Zschäpe wohl schon im November 2011 darauf gedrängt, dass die Nachbarin aussagt, sie habe noch bei ihr geklingelt, damit sie das Haus verlasse. Diese Verteidigungsstrategie verfolgen Heer, Stahl und Sturm mit Nachdruck. Ob dies sinnvoll ist oder eben gerade Zschäpes Wissen um die Gefährdung der Nachbarin und damit ihren Tötungsvorsatz bestätigt, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Damit kommen wir zurück zur oft gestellten Frage: »Wird Zschäpe reden?« In einer Stellungnahme gegenüber dem Gericht hat sie lediglich angekündigt, sie überlege zu einzelnen Tatvorwürfen auszusagen. Angesichts dessen, was bisher von der Verteidigungsstrategie erkennbar ist, spricht vieles dafür, dass es sich dabei vor allem um die Explosion in Zwickau handelt. So wird es weiter auch an den NebenklägerInnen bleiben, Zschäpe gerichtsfest als Neonazi-Terroristin zu überführen.

Berichte dazu unter www.nsu-nebenklage.de, Dr. Björn Elberling ist Rechtsanwalt und Vertreter eines Nebenklägers.

Sachsen-Anhalt: »Die Rechte« im Wahlkampf

»Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« tönt es am 15. August immer wieder vielstimmig durch die Straßen von Oschersleben, einer Kleinstadt nahe Magdeburg. Selbstbewusst wird die Parole auch von den zum Teil überregional angereisten Kadern der Partei »Die Rechte« angestimmt. Deren AnhängerInnen haben ihre Kundgebung beendet und demonstrieren nun auf Umwegen zurück zum Bahnhof.

von Silke Heinrich



^ *Ingo Zimmermann (rechts im Bild), Landesvorstand und Platz 2 der Landtagswahlliste für »Die Rechte«*

Seit Anfang Juli meldet die Partei »Die Rechte« (DR) in Sachsen-Anhalt fast wöchentlich Infostände und als »Mahnwache« deklarierte Kundgebungen gegen »Asyl(anten) heime« und »Überfremdung« an. Mit diesen Aktionen versucht sie nicht zuletzt die benötigten 1.000 Unterstützungsunterschriften für ihren Antritt zur Landtagswahl im März 2016 zu bekommen. Die Partei um den Gründer und Bundesvorsitzenden Christian Worch will zeitgleich in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen antreten. Seit März 2015 steht die Landesliste für Sachsen-Anhalt. Auf den Plätzen eins bis drei befinden sich Roman Gleißner (Wittenberg), Ingo Zimmermann (Magdeburg/Jerichower Land) und Ulf Ringleb (Harz).

Landesverband

Der Landesverband gründete sich im November 2014 in Wittenberg. Wie in anderen Bundesländern rekrutiert sich DR auch in Sachsen-Anhalt vornehmlich aus dem »freien« Spektrum. Was die Anzahl ihrer Kreisverbände oder ihre Mitglieder und FunktionsträgerInnen angeht, hält sich die Partei bedeckt. Auf ihrer Internetseite finden sich kaum Informationen. Öffentlich treten nur zwei Kreisverbände mit einer überschaubaren Personenanzahl auf. Der Landesvorsitzende Gleißner war Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre in der »Deutschen Volksunion« (DVU) aktiv, danach in deren Abspaltung »Freiheitliche Deutsche Volkspartei« (FDVP). Er ist einer der beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden und zusammen mit den beiden Kreisvorsitzenden Zimmermann und Ringleb im Landesvorstand von DR. Fünf weitere Listenplatz-InhaberInnen und eventuelle weitere VertreterInnen bleiben ungenannt.

Kundgebung in Oschersleben

In Oschersleben hielt DR eine Kundgebung keine 200 Meter entfernt von der örtlichen Unterkunft für Geflüchtete ab. Unter den 120 bis 150 TeilnehmerInnen waren angereiste Parteikameraden aus Niedersachsen und Sachsen ebenso wie die örtliche Neonazi-Szene. Auch Dirk Zitzelsperger, der noch im März 2015 für die »Alternative für Deutschland« (AfD) zur Bürgermeisterwahl antrat, war zugegen. In ihren Reden verunglimpften Johannes Welge von »Die Rechte Hildesheim« und Matthias Langer von »Die Rechte Bautzen« Asylsuchende auf zynische Weise. Währenddessen versuchte Anmelder Ringleb, dem taktische Zurückhaltung fremd ist, mit körperlichem Einsatz einen Fotografen zu vertreiben.
Im Verlauf der Kundgebung versammelten sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite nach und nach etwa 20 GegendemonstrantInnen mit einem »Refugees welcome«-Transparent. Als sie den Sprechchor »Say it loud, say it clear, refugees are welcome here!« anstimmten, überquerte ein großer Teil der Rechten die Straße und versuchte mit ihren Transparenten die kleine Gruppe einzukreisen. Den wenigen PolizistInnen vor Ort gelang es, die Neonazis wieder auf Distanz zu bringen, bis sich die GegendemonstrantInnen zurückgezogen hatten.
Die Versammlungsleitung musste die Versammlung daraufhin auflösen. Stattdessen dürfe man aber spontan unter dem Motto »Gegen linke Hetze und Gewalt« demonstrieren, wurde über Lautsprecher erfreut mitgeteilt. Das Motto prangte bereits auf einem der Transparente bei der Kundgebung. Laut Aussage eines Ordnungsamt-Mitarbeiters sei dies keine Demonstration, »sondern nur ein geordneter Rückzug zum Bahnhof« – ein Rückzug auf Umwegen durch die Stadt mit Transparenten, Fahnen und »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!«-Sprechchören. Zumindest die Sprechchöre haben ein juristisches Nachspiel.

Nicht zum ersten Mal spontan

Schon der gemeinsame Hinweg vom Busbahnhof zum Auftaktort war ein Aufzug mit Fahnen und Sprechchören gewesen. In den Vorwochen wurden bereits ein Infostand in Wernigerode und eine »Mahnwache« in Magdeburg mit einer »spontanen Demonstration« beendet. Bei einem lange angekündigten, aber nicht angemeldeten Spaziergang der Kameradschaft »Brigade Halle/Saale« zu den Flüchtlingswohnungen in Halle-Silberhöhe fand sich Ringleb spontan als Anmelder vor Ort. Die Polizei hatte im Anschluss Probleme, die aufgeheizte Demonstration unter Kontrolle zu halten.
Mit diesem Vorgehen unterlaufen die DR-AktivistInnen derzeit erfolgreich das Versammlungsgesetz, das eine Anmeldung 48 Stunden im Voraus vorschreibt. Obwohl die Bedingungen für eine Spontandemonstration in diesen Fällen nicht erfüllt waren, haben sich Ordnungsbehörden und Polizei darauf eingelassen. Dass hinter diesen Fällen eine Strategie steckt, zeigt auch ein Facebook-Post, der in den Kreisen von DR kursiert. Hier wird zur Anmeldung von »Spontandemonstrationen« aufgerufen und das nötige Vorgehen beschrieben.

Und nun?

Spannend bleibt, ob es der Partei in Sachsen-Anhalt in den kommenden Monaten gelingt, fähiges Personal zu finden und ob sie ähnlich der NPD 2005/2006 mittelfristig weitere Neonazis aus dem »freien« Spektrum oder ganze »Kameradschaften« als Kreisverbände an sich binden kann. Der Landesvorsitzende Gleißner, der auf der Gründungsversammlung wohl einige AnhängerInnen mit seiner »gemäßigt-konservativen« Art verärgert hatte, blieb bisher farblos und im Hintergrund. Bei den »Freien Kräften«, der »Division Sachsen-Anhalt«, den »Gida«-Regionalgruppen, den »Brigaden« und den Ablegern von »Der III. Weg« und »Europäischer Aktion«, möglicherweise auch unter NPD- und AfD-Abtrünnigen gibt es in Sachsen-Anhalt allerdings gerade einiges Potential.

Zuschauen – dulden – wundern

Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) steht exemplarisch für neonazistische Gewalttaten in Kleinstädten. In erster Linie sind MigrantInnen und Linke betroffen, aber auch Parteibüros und Jugendzentren werden zur Zielscheibe. In Bitterfeld steht besonders das »Alternative Kulturwerk« (AKW) im Visier der Neonazis. Mit Denis Ziermann von der »Arbeitsgemeinschaft Neofaschismus und Recherche« aus dem AKW sprach Toni Brandes von »der rechte rand«.



^ *Aufmarsch von Neonazis in Bitterfeld im April 2015*

drr: Kaputte Scheiben, Überfälle, Brandanschläge – die Liste ist lang. Gab es Anzeichen für diese Eskalation?

Denis Ziermann: Die ersten Angriffe ereigneten sich im März, bis zu diesem Zeitpunkt waren in Bitterfeld zwar Neonazis und auch Rassismus oder rechte Gewalt in einem Ausmaß vorhanden, wie es für eine ostdeutsche Provinz wohl leider »normal« zu sein scheint. Eine wirklich organisierte Neonazistruktur, die gezielt Menschen angreift oder sogar Brandanschläge plant und durchführt, war allerdings nicht zu erkennen. Es waren Personen aus dem Umfeld der »Alternative für Deutschland« (AfD), VerschwörungstheoretikerInnen und sogenannte »Reichsbürger«, die Anfang des Jahres mit ihren »Montagsmahnwachen für den Frieden« begannen, Stimmung, vor allem gegen geflüchtete Menschen, zu machen. Diese eher kleinen Kundgebungen wurden relativ schnell auch von stadtbekannten Neonazis besucht. So waren es auch diese Kundgebungen, bei denen die ersten Auftritte der rechten Kleinstpartei »Der III. Weg« zu beobachten waren. Unter anderem durch den Zuzug von alten Neonazikadern wie Maria-Luise Süß-Lindert – heute »Der III. Weg« – oder Hans Robert Klug – zeitweise im Bundesvorstand der Partei »Die Rechte«. Beide waren auch schon in der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) aktiv. Danach war recht schnell der Ansatz einer neuen Strukturierung der rechten Szene zu erkennen. Opfer der ersten Angriffe waren dann auch gezielt Menschen, die sich den wöchentlichen »Mahnwachen« entgegengestellt haben. Durch die Zusammenarbeit unorganisierter Bitterfelder Neonazis mit der »Brigade Halle/Saale« wurde das Bedrohungsszenario in der Stadt dann weiter ausgebaut. Fast zeitgleich mit der Gründung der »Brigade Bitterfeld« war auch erstmals das Label »Freie Nationalisten Bitterfeld« (FNB) öffentlich wahrzunehmen.

Im Frühjahr gab es in Bitterfeld eine Serie rechter Angriffe auf das »Alternative Kulturwerk« (AKW), die jedoch kaum Beachtung in der Öffentlichkeit fanden. Dies änderte sich, als die Wahlkreisbüros von »DIE LINKE« und »Bündnis 90/Die Grünen« ebenfalls mehrfach angegriffen wurden. Wie verlief die Debatte um rechte Gewalt in Bitterfeld seither?

Besonders regionale Medien wie die »Mitteldeutsche Zeitung« (MZ) verkannten die Situation völlig. Das Thematisieren der ersten Wohnungsüberfälle, besonders durch die MZ, wurde in keinerlei politischen Kontext gestellt. Antifaschistische Spontandemonstrationen, welche die Überfälle zum Thema machen wollten und darüber hinaus auch noch von Neonazis angegriffen wurden, wurden dagegen sofort als extremistische Gewalt von Links bezeichnet und vor allem auch durch die Polizei verklärt dargestellt. Erst der Brandanschlag auf das AKW ließ in den Medien die ersten öffentlichen Überlegungen nach rechter Gewalt zu. Die Vielzahl und ‹Qualität› der mittlerweile mindestens fünfzehn schweren Angriffe, bei denen auch billigend der Tod von Menschen in Kauf genommen wurde, belegte das Neonazi-Problem in Bitterfeld sehr deutlich. Auch überregionale Medien wie »Frontal21« berichteten seitdem über die Welle rechter Gewalt und zwangen damit förmlich zum Umdenken oder ließen Polizei und Landkreis nur noch wenige Möglichkeiten, die Vorkommnisse kleinzureden. Besonders in sozialen Netzwerken wütet allerdings weiterhin ein virtueller Mob, der linke Gewalttaten herbeihalluziniert, gegen geflüchtete Menschen bis hin zu Mordphantasien hetzt oder sich immer weiter in rechte bis neonazistische Verschwörungswelten ergibt. Demgegenüber steht die Gründung eines Bündnisses gegen Rechts, für Zivilcourage, bestehend aus verschiedenen Parteien, Gewerkschaften, der AG NeoFa sowie Einzelpersonen auch aus dem AKW. Mit ihrem erklärten Ziel, nachhaltig gegen rechte und rassistische Tendenzen innerhalb der Bitterfelder Bevölkerung ankämpfen zu wollen, hat sich zum ersten Mal eine breite zivilgesellschaftliche Struktur gegründet, die besonders auch das Thema Alltagsrassismus oder die Relativierung rechter Tendenzen in ihrem Fokus sieht.

Welche Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima der Stadt hatten diese Angriffe?

Die nun besser organisierten Neonazis, die in der Mitte der Bevölkerung auch früher schon angekommen waren, verbreiten gezielt und vor allem ungehemmter und selbstbewusster ein Klima der Angst.
So patrouilliert die »Brigade Bitterfeld« beispielsweise durch die Stadt, um deutsche BürgerInnen vor vermeintlich linker Gewalt und kriminellen »Ausländern« schützen zu wollen. Die wirkliche Intention dahinter scheint jedoch eher die Bedrohung und Einschüchterung eben jener zu sein, die sich ihnen in den Weg stellen könnten oder einfach nur nicht in ihr Weltbild zu passen scheinen. Parallel dazu versuchen die Neonazis, sich weiter als Opfer einer frei erfundenen linken Gewalt zu stilisieren. Dazu kommt, dass auch ein großer Teil der ‹normalen› Wutbürger-Gesellschaft das Märchen von linker Gewalt oder »kriminellen Ausländern« gerne aufgreift, um ihr rechtes und rassistisches Weltbild in die Welt zu posaunen. Besonders durch die verklärende bis falsche Berichterstattung war es im ersten Moment viel Verwirrung, die von den rechten Strukturen zur Um-



deutung der eigentlichen Angriffe genutzt wurde. Es wurden immer wieder diffuse Ängste geschürt, die nur langsam abgebaut werden können. Dies erschwert natürlich eine öffentliche Debatte zum Thema, besonders für linke Strukturen wie uns. In der Bevölkerung selbst ist zum einen ein Rechtsruck, auch durch die Umdeutung der eigentlichen rechten Angriffe, zu verzeichnen, zum anderen setzt eine augenscheinliche Ignoranz ein. Oft auch, um nicht selbst in den Fokus zu geraten. So scheinen viele nicht direkt betroffene Menschen das Problem der rechten Gewalt bewusst ignorieren zu wollen.

Zunächst war in Politik und Öffentlichkeit viel von Extremismus von Links und Rechts die Rede, der sich gegenseitig hochschaukeln würde. Hat sich seitdem etwas getan in Bezug auf die Wahrnehmung rechter Gewalt?

In Zusammenarbeit mit dem im Juli gegründeten zivilgesellschaftlichen Bündnis »Gemeinsam gegen rechts, Bündnis für Zivilcourage« wurden dem Märchen der linken Gewalt erstmals in einer breiten Öffentlichkeit Fakten entgegengesetzt. Demgegenüber stehen vor allem die Polizei, die in diesem Fall mehrfach als politischer Akteur zur Verklärung der Situation beigetragen hat, die örtliche AfD sowie einzelne VertreterInnen der CDU auf Kreis- und Stadtebene. Dabei versuchen sie weiterhin gegen jede belegbare Faktenlage – ganz im Sinne der Extremismustheorie – auch weiterhin eine nicht vorhandene linke Gewalt herbeizureden. Damit relativieren sie vor allem die tatsächliche Bedrohungslage durch rechte Strukturen in Bitterfeld.

Welche Handlungsspielräume hat ein alternatives Jugendzentrum in Ostdeutschland, um sich in seiner Existenz zu behaupten? Was ist künftig nötig, um alternative Jugendkultur vor Ort zu stärken?

Bitterfeld ist eine überalterte Region, in der besonders junge Menschen wenig hält. Im gesellschaftlichen Querschnitt einer strukturschwachen Region bleibt demnach auch ein Milieu zurück, bei dem rechte Ideologien auf fruchtbaren Boden fallen und linke Positionen wenig AdressatInnen finden. Alltagsrassismus und Hetze sind somit nicht erst seit PEGIDA auch in Bitterfeld allgegenwärtig spürbar. Unter dem Deckmantel, sich gegen jede Form von Gewalt und Extremismus zu positionieren, wird vor allem gegen linke Strukturen gehetzt und Vorurteile aufgebaut. Es bieten sich also nur wenige Möglichkeiten, dieser Grundstimmung etwas entgegenzusetzen. Durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit versuchen wir auch weiterhin, einer Kriminalisierung mit Fakten zu begegnen. In Bitterfeld war es dadurch möglich, zumindest einen Teil der Zivilgesellschaft zu erreichen, die sich dann mit einem eigenen Bündnis auch gegen die Extremismustheorie positionierte. Diese Art von Bündnisarbeit ist allerdings auch eine Zerreißprobe linker Position gegenüber Parteien wie »DIE LINKE«, »Grünen« oder gar der SPD. Für uns ist es wichtig, sich rechter Gewalt nicht nur punktuell zu stellen, sondern vielmehr nachhaltig zum Thema zu machen. Wir wollen den Finger in die Wunde legen und die Probleme klar beim Namen nennen. Ob nun mit einem von uns organisierten »Kein Bock auf Nazis«-Open-Air mitten in der Stadt, einzelnen öffentlichen Veranstaltungen zum Thema rechte Gewalt oder der Beteiligung an den Debatten des »Bündnis gegen rechts«, versuchen wir der Verklärung der Situation unsere Analyse und Recherche entgegenzusetzen. Dabei steht vor allem das Entzaubern der rechten Hetze im Vordergrund. Dadurch kann eine linke Struktur auch zum Motor zivilgesellschaftlicher Entwicklungen werden.

Bitterfeld steht in einer langen Reihe von Übergriffen durch die extreme Rechte auf Einrichtungen wie Jugendzentren und Infoläden. Findet eine Vernetzung statt, um gemeinsam Öffentlichkeit zu schaffen und sich über die vor Ort gemachten Erfahrungen mit Politik und Zivilgesellschaft auszutauschen?

Natürlich versuchen wir, uns mit anderen in ähnlichen Lagen zu vernetzen, uns gegenseitig zu unterstützen oder einfach nur gemeinsam Öffentlichkeit für unsere Situationen zu schaffen. Leider ist dies auch immer ein großer – nicht nur organisatorischer – Kraftakt. Für die Angegriffenen ist es oft eine Zerreißprobe. Es ist nicht leicht, in einer besonders emotionalen Ausnahmesituation den Spagat zwischen Wut, Angst und füreinander da sein auf der einen Seite, und Analyse der Situation sowie dem Erarbeiten von Handlungsoptionen auf der anderen Seite, zu schaffen. Vor allem in der Provinz ist da eine überregionale Vernetzung oft schon personell ein schwieriges und zeitaufwändiges Unterfangen. Wir in Bitterfeld hatten sehr viel Support von »externen« Strukturen, für den wir uns an dieser Stelle ganz besonders herzlich bedanken wollen. Es hat aber auch gezeigt, dass die Kommunikation ein nicht zu vernachlässigender Faktor ist. Die Sicht von ‹außen› unterscheidet sich grundsätzlich von den Einschätzungen der betroffenen Strukturen, die ja mit der Bedrohung auch zukünftig konfrontiert sein werden. Vor allem die Erarbeitung von Handlungsspielräumen ist in der Provinz daher etwas, das auf Nachhaltigkeit angelegt sein sollte. Punktuelle Interventionen können auch zu einem Bumerang werden, wenn die Unterstützung irgendwann nicht mehr da ist und die Menschen in ihrer Provinz wieder allein zurückbleiben. Daher ist es wichtig, auf der einen Seite die eigenen Analysen, Recherchen und auch Ängste transparent zu machen, auf der anderen Seite sollten diese auch ernst genommen werden, um dann gemeinsam etwas an der Situation zu verändern. Sich zu vernetzen ist – bei allen Schwierigkeiten – ein absolut notwendiger Schritt, der einer anfänglichen Schadensbegrenzung folgen sollte. Besonders vor dem Hintergrund kleinerer Provinzstrukturen ist die Weitergabe von Erfahrungen und das gemeinsame Agieren notwendig, um nicht immer wieder bei Null anfangen zu müssen.

Vielen Dank für das Interview!

Der lange Streit

Machtkämpfe in der Partei und die Abspaltung des Flügels um Bernd Lucke mit der »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« haben die »Alternative für Deutschland« (AfD) geschwächt. Doch erledigt ist die Rechtspartei noch lange nicht.

von Kai Budler

Der lange Streit, die Spaltung und die Radikalisierung der Rumpf-AfD haben der Partei in der öffentlichen Wahrnehmung geschadet. Nach der Gründung der neuen Partei des ehemaligen AfD-Chefs Bernd Lucke, der »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (Alfa), erreicht die AfD unter Frauke Petry in Umfragen nun nur noch drei bis vier Prozent. Das schwächt die Partei auch auf Länderebene, wo sie im kommenden Jahr zu vier Landtagswahlen antreten wird. In zwei Bundesländern im Osten und in zwei in Westdeutschland will die AfD 2016 in die Parlamente einziehen. Doch nach den Wahlumfragen kann sie nur in Sachsen-Anhalt die Fünf-Prozent-Hürde knapp überspringen und bleibt ansonsten bei drei bis vier Prozent.

Austritte

Auch beim Personal muss die AfD Abstriche machen. Abgesehen von Brandenburg und Sachsen haben sich die Reihen in anderen AfD-Landtagsfraktionen bereits gelichtet. Die ursprünglich elfköpfige Fraktion in Thüringen zählt nur noch acht Abgeordnete und von vier AfD-Abgeordneten in der Bremer Bürgerschaft ist nur noch einer übrig. Die Dissidenten haben dort die Gruppe »Bremer Bürgerliche Reformer« gegründet. Besonders hat es die AfD-Fraktion im Europaparlament getroffen. Von anfangs noch sieben MandatsträgerInnen sind ihr mit Beatrix Storch und Markus Pretzell nur noch zwei geblieben. Jetzt sitzen in Brüssel auf einmal fünf Abgeordnete der Alfa. In Rheinland-Pfalz trat gar der halbe Landesvorstand um Uwe Zimmermann zurück, die Mitglieder zerschnitten ihre Ausweise. Auch die Landeschefs der AfD in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg traten aus der Partei aus. Weitere Mandatsverluste muss die AfD auf kommunaler Ebene hinnehmen. Doch von den anfänglich angekündigten Massenaustritten aus der AfD nach dem Bundesparteitag in Essen ist in der Partei wenig zu spüren. Die Rede ist von etwa einem Fünftel ehemaliger Mitglieder, die das Parteibuch abgegeben haben. Damit hat sich die Zahl der AfD-Mitglieder nach Luckes Austritt von 21.000 auf 16.800 verringert. Geärgert haben dürfte die Partei jedoch, dass ihr besonders Mitglieder aus dem finanzkräftigen UnternehmerInnenflügel den Rücken gekehrt und so dem Renommee der AfD geschadet haben.

Rechtskurs der AfD

Die AfD konstituiert sich nach der Spaltung der Partei neu und will sich angeblich von ihrem rechtspopulistischen und teils extrem rechten Image lösen. Parteichefin Petry versprach öffentlichkeitswirksam, bis Ende des Jahres den Nachweis zu erbringen, »dass wir unsere AfD inhaltlich und organisatorisch auf Kurs halten werden«. Dabei ist der Durchmarsch der Rechten in der AfD unübersehbar, die nun ihre Belohnung dafür einfordern, dass sie Petry zur Macht verholfen haben. Thematisch wird dies besonders in den Stimmen zur Flüchtlingspolitik deutlich, wie sich am Beispiel des Thüringer Fraktionschefs Björn Höcke zeigt. In seiner Rede während einer Landtagssitzung Ende August 2015 erweckte er – gekleidet in eine Frage – den Eindruck, die USA seien dafür verantwortlich, die »Flüchtlingsströme« zu forcieren, um damit Europa zu schaden. Dieselbe Ansicht vertrat vor ihm auch der Thüringer Regionsleiter des HolocaustleugnerInnen-Netzwerks »Europäische Aktion«, Axel Schlimper, öffentlich auf den »Thügida«-Aufmärschen. Auch der Brandenburger AfD-Chef Alexander Gauland zeigt immer wieder, welchen »inhaltlichen Kurs« der Partei er für richtig hält. Kurz nach dem Brandanschlag auf eine als Flüchtlingsunterkunft vorhergesehene Turnhalle in Nauen im Havelland übte er sich in der Relativierung der Tat: »Wären die Bürger einbezogen worden und hätten sie das Gefühl, dass nicht nur sie und die Kommunen gefordert werden, sondern auch die Politik auf Bundes- und Landesebene alles tut, um der Situation Herr zu werden, ließen sich Reaktionen wie jetzt in Nauen sicherlich verhindern«, erklärte Gauland. In Sachsen macht die AfD gleich mit einem eigenen Aufmarsch »Gegen das Asylchaos« mobil und wirbt mit Schildern wie »NPD ist keine Lösung« um AnhängerInnen vom rechten Rand.

Auch die »Patriotische Plattform« in der AfD wittert derzeit Morgenluft. In der Flüchtlingsdebatte macht sie »für Kriegsflüchtlinge (…) in erster Linie die Kriegsparteien verantwortlich«. Die Plattform will »die Diskussion von ihrem pseudomoralischen Muff befreien und wieder zu einer unbelasteten und sachlichen Erörterung der eigenen Interessen und Möglichkeiten finden«. Verbündete findet sie bei den PEGIDA-OrganisatorInnen, wenn sich die »Patriotische Plattform« den Forderungen anschließt, die Tatjana Festerling im August 2015 bei PEGIDA in Dresden verkündet hatte. Dazu gehört unter anderem die Forderung nach einem »Asyl-Notstandsgesetz«.

Bis zur Holocaust-Leugnung

Dabei darf natürlich die »Junge Alternative« (JA) nicht fehlen, die den Kurs nach rechts ebenso befeuert, wie zum Beispiel der Verband in Nordrhein-Westfalen zeigt. In einem Antrag für den Landesparteitag Ende August 2015 fordert der AfD-Nachwuchs eine »Asylpolitik nach australischem Vorbild« und meint damit das Zurückweisen von Flüchtlingsbooten aufs offene Meer und Flüchtlingslager mit Stacheldraht auf den pazifischen Inseln. Hinzu kommen immer wieder extrem rechte Äußerungen von einzelnen Parteimitgliedern, wie beispielsweise dem früheren Vorstandsmitglied des AfD-Kreisverbandes Weserbergland Gunnar Baumgart aus Bad Münder. Gegen ihn wurden zwei Strafanzeigen wegen Holocaust-Leugnung gestellt, nachdem er auf Facebook einen Link zu einem antisemitischen Blog gepostet hatte. In dem Text heißt es: »Zyklon B diente zum Schutze des Lebens. Kein einziger Jude ist durch eine Tötungs-Gaskammer oder einen Tötungs-Gaswagen umgebracht worden«.

Gegen Gender-Mainstreaming

Auch bei der personellen Besetzung der Ämter zeigt sich der Kurs nach rechts außen, nachdem die Spaltung teils empfindliche Lücken im Personal hinterlassen hatte. Zwei Drittel der auf dem Bundesparteitag in Essen gewählten Vorstände und SchiedsrichterInnen stammen von der Vorschlagsliste der »Initiative Bürgerliche AfD«, die in scharfer Gegnerschaft zu Lucke steht. Nicht auf der Liste standen das trotzdem gewählte ehemalige Mitglied der Partei »Die Freiheit«, Thomas Seitz, sowie Alexander Heumann, der PEGIDA-Initiator in Nordrhein-Westfalen. Auch in den AfD-Landesverbänden zeigt sich der Griff des rechten Flügels nach der Macht. In Vorbereitung der Landtagswahlen musste sich der Landesvorstand Baden-Württemberg neu sortieren und droht nach rechts außen zu driften. Dem Vorstand dort gehören gleich drei Unterzeichner der »Erfurter Resolution« an, die die AfD als »Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands« sieht. Als eine der ersten Aktivitäten stoppte der neue Landesvorstand das Parteiausschlussverfahren gegen den Stuttgarter AfD-Gemeinderat Heinrich Fiechtner, der den Koran mit Adolf Hitlers »Mein Kampf« verglichen hatte. Thematisch widmet sich die Partei in dem Bundesland dem



^ *AfD-Führer Konrad Adam (rechts) und Alexander Gauland*

antifeministischen Kampf gegen Gender-Mainstreaming. Für den Landesverband im Südwesten ist diese Gleichstellungspolitik ein »unzulässiger Eingriff des Staates«, der »überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt« sei. Weitere AnhängerInnen versucht der Verband offenbar auch in konservativen Kreisen bei den GegnerInnen der Reform des Sexualkundeunterrichts in Baden-Württemberg zu finden. In einem Parteitagsbeschluss der AfD ist in diesem Zusammenhang die Rede von »sexuellem Experimentieren«, das einen »sittenwidrigen Eingriff in die Kinderseelen« darstelle. Gleichzeitig propagiert der Verband ein Bild der Frauen als Mütter, »die sich ihren Kindern in Vollzeit widmen wollen« und fordert eine staatliche Unterstützung ausschließlich für die »Förderung der klassischen Familie«. Der Beschluss könnte eine Blaupause für die Programmatik sein, über die Ende November 2015 auf einem Bundesdelegiertenparteitag der AfD entschieden werden soll. Im kommenden Jahr soll dann ein Programmparteitag für alle Mitglieder folgen.

Luckes neue Partei

Derweil ist es um die neu gegründete »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« um den aus der AfD ausgetretenen ehemaligen Bundesvorsitzenden Bernd Lucke ruhig. Mit 70 früheren AfD-AnhängerInnen hatte Lucke die Partei im Juli 2015 nach dem verlorenen Machtkampf auf dem AfD-Parteitag in Essen gegründet. Mit den bisherigen Landesverbänden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz rüstet sich Alfa zu den bevorstehenden Landtagswahlen im März 2016 in den beiden Bundesländern. Beim bundesweit ersten Gründungsparteitag auf Landesebene in Baden-Württemberg stimmte die überwiegende Mehrheit für den früheren AfD-Landeschef Bernd Kölmel als Vorsitzenden des neuen Alfa-Landesverbandes. Der ehemalige Polizist war 2014 für die AfD ins Europäische Parlament eingezogen und ist nun stellvertretender Bundeschef der neuen Lucke-Partei. 300 Alfa-Mitglieder soll es in Baden-Württemberg geben, die AfD verfügt dagegen über neun Mal so viele Mitglieder im Bundesland. In Rheinland-Pfalz gründete Alfa Anfang September einen Landesverband und stellte die Landesliste für die Landtagswahl auf. Mit der Gründung beauftragt war der frühere AfD-Landeschef Uwe Zimmermann, der von 180 Alfa-Mitgliedern in Rheinland-Pfalz sprach. Bei potenziellen Parteimitgliedern will Alfa offenbar die Fehler aus der AfD-Vergangenheit vermeiden. Nur persönliche Bekannte oder Personen mit einjährigem Gaststatus können das Parteibuch erhalten. Ende August hatten nach Parteiangaben etwa 2.300 Personen Mitgliedsanträge gestellt, bis Ende des Jahres soll es in allen Bundesländern Alfa-Landesverbände geben. Bei der Organisation baut die »Allianz« auf die finanzkräftigen Mitglieder Hans-Olaf Henkel und den Berliner Unternehmer Hans Wall; ähnlich wie in den Anfängen der AfD existiert noch kein Parteiprogramm. Die Parteispitze hat sich erst einmal Nahziele wie die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt im März 2016 gesetzt. »Die entscheiden über unsere Zukunft«, sagt Pressesprecher Christian Schmidt.

Hat Alfa eine Chance?

Parteichef Lucke versucht sich derweil in der schwierigen Verortung zwischen CDU und AfD und überrascht wie Kölmel in der Flüchtlingsdebatte mit moderaten Tönen. Offenbar zielt die Partei auf WählerInnen der CDU und der FDP sowie auf die große Zahl der NichtwählerInnen ab, die sie nicht mit populistischen Sprüchen wie zu AfD-Zeiten verprellen will. Das heißt jedoch nicht, dass die populistische Rede vom »Asylmissbrauch« aus Luckes Wortschatz verschwunden ist. In einem Interview mit der Website »The Huffington Post« sagt er: »Ich wäre dafür, dass wir Menschen ohne Ausweise unverzüglich in ein sicheres Drittland außerhalb der EU bringen. Da können sie sich erst mal um ihre Papiere kümmern.« WahlforscherInnen bezweifeln, ob es der neuen Partei gelingen wird, bis zu den drei Landtagswahlen im März 2016 flächendeckend schlagkräftige Parteistrukturen aufzubauen. Brandenburgs AfD-Landeschef Gauland merkte hämisch an, Alfa habe kein Alleinstellungsmerkmal und daher keine großen Chancen. Offensichtliche Häme schimmert auch durch die Bemerkung der »Patriotischen Plattform«, Alfa sei »die politische ‹bad bank› der AfD, in der wir unsere unbrauchbaren Ansätze ausgelagert haben«.

Gegen Gleichberechtigung in Stuttgart

Über 4.000 Menschen versammelten sich Ende Juni in Stuttgart, um gegen den baden-württembergischen Bildungsplan und die gleichgeschlechtliche Ehe zu protestieren. Es war die mittlerweile siebte homophobe Demonstration in der Landeshauptstadt seit Beginn der rechtskonservativen Kampagne im letzten Jahr.

von Lucius Teidelbaum



^ »Demo für Alle« in Stuttgart

Der Widerstand, der am 21. Juni 2015 in Stuttgart auf der Straße zum Ausdruck kam, war eine Mischung aus altbekannten Ressentiments. Zum einen wetterten die Protestierenden gegen den Bildungsplanentwurf der rot-grünen Landesregierung, der unter anderem eine »Verankerung der Akzeptanz sexueller Vielfalt« vorsieht. Zum anderen rückte die gleichgeschlechtliche Ehe in ihren Fokus. Sie sehen die traditionelle »Ehe zwischen Mann und Frau« bedroht und haben neben den Demonstrationen eine Unterschriften- und Postkarten-Kampagne an die Bundeskanzlerin initiiert, mit der die »traditionelle Ehe« als einzige Form der offiziellen Eheschließung anerkannt bleiben soll. Unter dem Eindruck des Volksentscheides im katholisch geprägten Irland, bei dem im Mai 62 Prozent für die Öffnung der Ehe stimmten, wird diese auch in Deutschland wieder verstärkt zum Politikum.

Die Verantwortlichen der »Demo für alle« sind das CDU-Mitglied Hedwig von Beverfoerde aus Magdeburg und ihre Mitarbeiterin Kerstin Kramer. Von Beverfoerde ist Sprecherin der »Initiative Familienschutz« in der »Zivilen Koalition« (ZK) – eine Art deutsches Pendant zur US-amerikanischen »Tea Party«-Bewegung. Sie gehören zum Umfeld der nationalkonservativen MultifunktionärInnen Beatrix und Sven von Storch. Erstere sitzt derzeit für die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Europaparlament und gemeinsam sind sie die Führungsfiguren der ZK. Doch die AnhängerInnenschaft ist wesentlich breiter aufgestellt.

Von der extremen Rechten bis zur CDU

Die meisten TeilnehmerInnen gehören zum konservativen bis fundamentalistisch-christlichen Milieu. Aber auch die extreme Rechte wird durch das Thema mobilisiert. So verteilte die frühere Funktionärin der »Republikaner« (REP), Heilwig Holland aus Biberach an der Rieß Flugblätter ihres Vereins »Schutzbund für das deutsche Volk« und von der »Jungen Freiheit«, die mit einem eigenen Wagen vor Ort war, gab es Anti-Gender-Pamphlete. Die Mitglieder der »Identitären Bewegung« traten mit dem Transparent »Genderterror raus aus den Köpfen« und »Still not loving Antifa«-T-Shirts auf.

Neben von Beverfoerde trat ihr Parteifreund Christopher Scharnweber vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU Heilbronn als Moderator auf. Dr. Malte Kaufmann, Mitglied im CDU-Landesvorstand und Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung Rhein-Neckar, warnte vor der »geplanten Indoktrination, die unseren Kindern droht« und bezeichnete den Bildungsplan als »Angriff auf Glaubensfreiheit«. Auch die CSU, die AfD und das »Bündnis C« ergriffen das Wort. Der stellvertretende Sprecher des »Konservativen Aufbruchs« in der CSU, Dr. Thomas Jahn, fürchtete, dass die Schule »für Genderexperimente missbraucht« werde und endete mit den Worten: »Gott schütze unser Land«. Und Lukas Kuhs, Vertreter des christlich-fundamentalistischen »Pforzheimer Kreis« in der AfD forderte das Publikum auf, sich »nicht davon abhalten zu lassen Ehe und Familie zu schützen und Zerstörendes zu bekämpfen«. Die Bundesvorsitzende der neu gegründeten Splitterpartei »Bündnis C«, Karin Heepen, mahnte indes, dass die »68er Neomarxisten Politik, Medien und Bildung unbemerkt unterwandert« hätten und befand, »Gender« sei »zerstörerischer als jede totalitäre Ideologie zuvor«. Darüber hinaus traten konservative Bürgerinitiativen wie der Verein »Zukunft Verantwortung Lernen« auf, der mit einer Online-Petition gegen das Vorhaben der Landesregierung die Anti-Bildungsplan-Proteste 2014 ins Rollen brachte. Für ein Novum sorgte Weihbischof Thomas Maria Renz. Er sandte ein Grußwort, womit sich erstmals ein Mitglied der baden-württembergischen Landeskirche öffentlich auf die Seite der Demonstrationen schlug.

Der ideologische Brückenschlag

Aus Frankreich, wo bereits im Jahr 2013 Hunderttausende gegen das neue Adoptionsrecht für Homosexuelle auf die Straße gingen, war eigens Jérôme Brunet angereist, Sprecher der dortigen »La Manif Pour Tous« (»Demo für alle«). Vom französischen Vorbild haben die »Reaktionären von Stuttgart« nicht nur Name und Logo abgekupfert, auch ideologisch kommt es zu konservativ-fundamentalistischen Brückenschlägen in der Bundesrepublik und über die Ländergrenzen hinweg. Wie im Nachbarland sehen sich die ProtestlerInnen in Baden-Württemberg durch den Bildungsplan und die Öffnung der Ehe in die Ecke gedrängt. Der Pluralismus ist für sie Werteverfall und Verschwörung. Dazu zählen auch die »Pille danach« oder »Gender-Mainstreaming«. Im Gegensatz zu Frankreich ist die Beteiligung in Deutschland aber deutlich geringer, und auch die Kirchen halten sich zurück.

Protestziel Landtagswahl

Zurück nach Stuttgart: Dass man sich nicht nur pragmatisch nahesteht, dafür stand sinnbildlich eine angeregte Unterhaltung zwischen AfD-Stadtrat Heinrich Fiechtner, REP-Funktionär Michael Paulwitz und Karl-Christian Hausmann von der CDU am Rande der Demonstration. Doch es geht um mehr als nur persönliches Netzwerken. Die Proteste sind gegenwärtig das einzige polarisierende Mobilisierungsmoment, mit dem die CDU die verlorene Macht wiederzuerlangen versucht und sich dabei mit aller Couleur rechts von ihr gemein macht. Und so werden die Themen Bildungsplan und gleichgeschlechtliche Ehe im Landtagswahlkampf 2016 sicherlich erneut aufs Tableau gebracht. Der Fortgang ist zumindest gewiss: Die nächste Demonstration ist für den 11. Oktober angekündigt.

Ehre, Feigheit, Vaterland!

Die »Hamburger Burschenschaft Germania« versucht sich reinzuwaschen. Die Farbe braun passte schon immer gut zu der schlagenden Verbindung aus der Sierichstraße, doch seit sie jetzt erstmals im Hamburger Verfassungsschutzbericht Erwähnung findet, bemüht sie sich mit allerlei Halb- und Unwahrheiten, den Makel los zu werden.



^ Polizeiabsperrung vor Hamburger Burschenhaus

von Felix Krebs

Dass die Hamburger »Germanen« extrem rechts sind, auch innerhalb des Dachverbandes »Deutsche Burschenschaft« (DB), ist eigentlich nichts Neues. Und auch die fünfseitigen Ausführungen im Hamburger Verfassungsschutzbericht 2014 bringen wenige neue Tatsachen, sondern meist schon längst veröffentlichte Erkenntnisse. Die Ausführungen im Geheimdienstpranger dürften auch mehr mit dem Regierungswechsel in Hamburg zu tun haben, als mit einer aktuellen Rechtsentwicklung im »Germanenhaus«. Schließlich gab es schon 1993 einen vertraulichen Bericht der Hamburger Schlapphüte, in dem deutlich Brisanteres stand – bis hin zu Wehrsportübungen gingen damals die Verstrickungen der Waffenstudenten.

Trotzdem ist die offizielle Beobachtung durch den Verfassungsschutz (VS) nun ein harter Schlag, besonders für die »Alten Herren«, die teilweise als vermögende Freiberufler, Beamte oder einflussreiche Angestellte tätig sind. »Zumindest von der Aktivitas (...) gehen rechtsextremistische Bestrebungen aus« und sie »beeinflussen die politische Ausrichtung der HB! Germania maßgeblich«, heißt es im Bericht und weiter: »Dass aktive Mitglieder und auch Alte Herren weiterhin Verbindungen zu Gruppierungen und Einrichtungen der rechtsextremistischen Szene unterhalten, wird unter anderem daran deutlich, dass die HB! Germania mehrfach bekannte Rechtsextremisten zu Vortragsveranstaltungen in ihr Haus einlud oder ankündigte.«

In einer Erwiderung von »Aktivitas« und »Altherrenverband« der »Germania«, versucht man nun, die Argumente des VS dezidiert zu widerlegen, wobei man es mit der Wahrheit nicht ganz so genau nimmt. Möglich ist das unter anderem, weil genau unterschieden werden muss, ob braune Referenten nur eingeladen wurden oder auch auftraten, ob sie persönlich angekündigt wurden oder nur ihr Referatsthema. So erklärt die »Germania« entrüstet, dass der Neonaziideologe Jürgen Schwab 2012 weder in ihrem Haus referiert habe, noch namentlich angekündigt worden sei. Beides stimmt. Eine Schwab nahe stehende Homepage verkündete jedoch: »Auf Einladung der Burschenschaft Germania Hamburg sowie der NPD-Unterbezirksverbände Hildesheim und Stade war Jürgen Schwab vom 5. bis 7. Januar in Norddeutschland unterwegs.« Insider munkeln, dass er sein Referat dann nicht halten konnte, weil die feigen »Germanen« Schwab einen Maulkorb erteilten, da während des fraglichen Abends JournalistInnen vor dem Haus warteten. Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, dass sich am 25. Oktober 2014 beim Regionalseminar der DB im Haus unter den Teilnehmern kein Referent befand, der früher der NPD oder ihrer Jugendorganisation angehört hatte. Richtig ist jedoch, dass Bernd Kallina, um den es hier ging, zum Thema »Umgang mit Medien« eingeladen war. Warum der Redakteur des Deutschlandfunks nach Bekanntwerden der Einladung absagte, kann jede und jeder selbst spekulieren.

Dreister sind da schon die Unwahrheiten, die im Kontext mit der neofaschistischen »Pennalen Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg« von den »Germanen« verbreitet werden. Man behauptet, keine engen Kontakte zur »Chattia« zu pflegen und »schon im WS 2006/07 ein Hausverbot ausgesprochen« zu haben. Der bekannteste Alte Herr der »Chattia«, André Busch, durfte allerdings im Sommersemester 2010 einen gut besuchten burschenschaftlichen Abend zum Thema »Politischer Kampf in der Weimarer Republik« bei »Germania« bestreiten. Busch hatte einen braunen Bestseller in einem neofaschistischen Verlag herausgebracht, in dem die vor 1933 umgekommenen Straßenkämpfer von NSDAP und SA verherrlicht und zu »Blutzeugen« des Regimes erklärt werden. Als Busch Ende 2010 starb, chargierten »Germanen« nicht nur mit einer Ehrenformation auf dem Friedhof, sondern kündigten auch eine Trauerkneipe im Haus an, für die explizit das Hausverbot aufgehoben wurde.

Ferner erklärt die »Germania«, sie habe im Juli 2013 ihr Verbindungshaus in Winterhude der »PB! Chattia« nicht für einen Pennälertag (PT) zur Verfügung gestellt. »Wir beehren uns aber mitzuteilen, daß wir dem Allgemeinen Pennäler Ring (APR), damals vertreten durch die »Erste Pommersche und erste Greifswalder Pennale Burschenschaft! Ernst Moritz Arndt«, erlaubt haben, anläßlich einer Tagung unsere Räumlichkeiten zu benutzen.« Die »pB Ernst Moritz Arndt« schrieb jedoch in ihrer Einladung zum Jahrestreffen völkischer Schülerburschenschaften: »Der diesjährige PT wird dankenswerter Weise durch die Vbr²! (Verbandsbrüder F.K.) der pB! Chattia Friedberg zu Hamburg ausgerichtet und findet auf dem Haus e.s.v. Hamburger B! Germania in der Sierichstraße 23, 22301 Hamburg statt.«

In den vergangenen Jahrzehnten hatte die »Germania« aus ihren völkischen Ansichten keinen Hehl gemacht, den politischen Gegner verspottet oder gar denunziert und sich sehr sicher gefühlt. Nun ist der Katzenjammer groß. Statt zu der eigenen Politik zu stehen, versucht man lieber Tatsachen zu verdrehen. Ob das wohl zum Begriff der burschenschaftlichen Ehre passt? Wenn Akademiker versuchen, mit solch dreisten Behauptungen durchzukommen, was soll man da noch von dem feierlichen Bekenntnis halten, die »Germania« stehe »vorbehaltlos zur FDGO«?

Burschen am Boden

200 Jahre nach ihrer Gründung ist die burschenschaftliche Bewegung zersplittert. Die »Deutsche Burschenschaft« ist geschwächt und vertritt offen extrem rechte Positionen. Die ausgetretenen Bünde kündigen einen neuen Verband an.

von Jörg Kronauer

Zwei peinliche Sekunden lang herrschte unsichere Stille. In seinem monotonen, pastoral leiernden Singsang hatte Götz Kubitschek gerade einen Satz ins Mikrofon gelesen, der wohl anfeuern sollte: »Füllen Sie die alten Krüge mit jenem immer jungen Wein, der Generation um Generation aufs Neue berauscht: an der Spitze zu stehen, wenn es darum geht, diese Nation, dieses Volk zu verteidigen.« Pause. Was nun? Wartete Kubitschek vielleicht auf zustimmenden Applaus? Die Burschenschafter, die da am 30. Mai 2015 in der Eisenacher »Werner-Aßmann-Halle«, einem Bau mit dem Charme und Geruch eines Schuhkartons, den Festkommers zum zweihundertsten Gründungstag der »Jenaer Urburschenschaft« zelebrierten, waren nicht ganz auf der Höhe des Geschehens. Es dauerte einen unbehaglichen Augenblick, bis sie – von den anstrengenden Verhandlungen des diesjährigen Burschentags und dem Konsum des einen oder anderen Biers sichtlich mitgenommen – zu dem Ergebnis kamen, es sei wohl angemessen, den Aufruf zur Verteidigung von Nation und Volk zu beklatschen. Und während sie das artig taten, hielt sich der Verbandsbruder, der dem Rednerpult mit Kubitschek am nächsten saß, beim Gähnen brav die Hand vor den Mund.

Sozialer Abstieg

Sie ist arg runtergekommen, die »Deutsche Burschenschaft« (DB). Was will man auch anderes von einem Verein sagen, der in wenigen Jahren die Hälfte seiner Mitglieder verloren hat, der sich stets als Teil des deutschen Establishments begriff, nun aber von den bürgerlichen Leitmedien nach Strich und Faden verrissen wird der das zweihundertste Jubiläum der burschenschaftlichen Bewegung, der er immerhin historische Bedeutung zuschreibt, in einer Provinz-Turnhalle begehen muss, weil seine Ex-Bundesbrüder ihn von der zentralen Feier in Jena ausgeladen haben und er selbst nicht in der Lage ist, adäquaten Ersatz zu organisieren? Wenn's nur das wäre. Bereits zum zweiten Mal durfte die DB den Festakt im Rahmen ihres »Burschentags« (28.-31. Mai 2015) nicht auf der Wartburg abhalten. Ein Eisenacher Gärtner weigerte sich gar, dem Verband einen Kranz für die Totenehrung am »Burschenschaftsdenkmal« zu liefern. Ab 2017 wird die DB womöglich nicht einmal mehr die Eisenacher »Werner-Aßmann-Halle« für den Burschentag nutzen dürfen. Der soziale Abstieg der deutschen Burschenherrlichkeit ist nicht zu übersehen.

Der Niedergang der DB, der den Skandalen um ihren »Ariernachweis« (»Der Spiegel«) und um diverse extrem rechte Aktivitäten folgte, hat vor allem zweierlei Konsequenzen – strukturelle und politische. Strukturell ist der Verband in einer ziemlich schwierigen Lage. Die nach dem Austritt des konservativen Verbandsflügels in den letzten Jahren auf offiziell 7.000 Männer gesunkene Mitgliederzahl – die Angabe ist möglicherweise noch immer deutlich überhöht – führt zunächst einmal dazu, dass die Finanzen nicht mehr stimmen, denn der organisatorische Rahmen der DB stammt noch aus der Zeit, zu der sie doppelt so viele Mitglieder hatte. Bereits der »Burschentag« 2014 musste sich mit der Thematik beschäftigen, die durchaus heikel ist, denn auch der burschenschaftliche Verteidiger von Nation und Volk klatscht zwar bereitwillig, wenn es denn sein muss, gibt aber sein Geld im Zweifelsfalle lieber selbst aus. Die Finanzprobleme sind bislang noch nicht wirklich gelöst, wenngleich es zum Beispiel Erleichterung bringen könnte, sollte die Eisenacher Halle tatsächlich nicht mehr zur Verfügung stehen – der Umstieg auf kleinere und billigere Räumlichkeiten wäre dann möglich. Schwer wiegt auch, dass die DB, die so großen Wert auf Tradition legt, an einigen besonders traditionsreichen Universitäten – in Göttingen, Tübingen und demnächst wohl auch Gießen – gar nicht mehr und an anderen – etwa in Heidelberg – nur noch sehr schwach vertreten ist – das ist für sie ein herber Rückschlag.

Keine Hemmungen mehr

Andererseits muss, wer nichts mehr zu verlieren hat, auch keine besonderen Rücksichten mehr nehmen. Vor dem diesjährigen »Burschentag« wies »Zeit Online« darauf hin, dass noch im Jahr 1999 kein Geringerer als Ex-Kanzler Helmut Kohl (CDU) die Festrede beim »Festkommers« im Rahmen des Events gehalten hatte. Mitglieder von den Parteien NPD und »Die Republikaner« unter den Burschenschaftern mussten damals die Zähne fest zusammenbeißen, um ihn nicht auszubuhen, und ein Verbandsbruder, der während Kohls Rede Soldatenlieder grölend durch die Vorhalle torkelte, wurde schwer gerüffelt. Heute sehen die Dinge ganz anders aus. Statt Kohl hielt dieses Jahr Kubitschek, eine Modegestalt der sich intellektuell wähnenden extremen Rechten, die Festrede, und aufrechte NPDler hätten zwar wohl bei der einen oder anderen Passage Diskussionsbedarf anmelden können – prinzipieller Widerspruch ergab sich jedoch nicht. Schon ein oberflächlicher Blick in das Verbandsorgan »Burschenschaftliche Blätter« genügt, um festzustellen: Eine Notwendigkeit, sich inhaltlich-politisch irgendwie zurückzuhalten, besteht für die DB nicht mehr. Da findet sich ein sympathisierendes Interview mit dem »Kultursprecher« der neofaschistischen »Casa Pound«-Bewegung aus Italien neben einem Beitrag, dessen Autor sich eine stärkere Präsenz der »Identitären« in Deutschland wünscht. Da schreibt Felix Menzel, Gründer der neu-rechten »Blauen Narzisse«, neben Akif Pirincci, da gibt Martin Sellner von den »Identitären« in Österreich einen Überblick über die extreme Rechte in Frankreich »von Nouvelle Droite bis Front National«. Und natürlich darf in der allgemeinen sommerlichen Urlaubszeit der Hinweis auf der DB-Website nicht fehlen: »Südtirol ist nicht Italien! Seit 1919 hält Italien völkerrechtswidrig Südtirol besetzt.«

Wundert sich jemand, dass DB-Mitgliedsbünde, vom Zwang zur Rücksichtnahme auf konservative Verbandsmitglieder befreit, inzwischen zu den Hauptausrichtern der extrem rechten »Zwischentage« geworden sind? Nachdem die Veranstaltung am 6. September 2014 kurzfristig in die Räumlichkeiten der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« verlegt werden musste, wurde als Veranstaltungsort für den diesjährigen »Zwischentag« am 4. Juli von vornherein das Haus der Erlanger »Burschenschaft Frankonia« genannt. Neben Rednern wie Felix Menzel, Peter Feist von »Compact« und Nils Altmieks, dem obersten deutschen »Identitären«, konnten die burschenschaftlichen Hausherren einschlägig bekannte Gäste wie den Bundesvorsitzenden der Partei »Die Freiheit«, Michael Stürzenberger, und den Gründer der verbotenen »Wehrsportgruppe Hoffmann«, Karl-Heinz Hoffmann, begrüßen. »Raus aus den Kommentarspalten, raus auf die Straße!«, forderte Altmieks im Haus der »Erlanger Frankonia« - und erhielt, wie das RassistInnenportal »PI-News« berichtete, nach einem »Einspieler« über die Besetzung von SPD-Parteizentralen in Hamburg und Berlin durch Rechte »tosenden und anhaltenden Applaus«.



^ *jährliches Treffen auf der Wartburg*

Ein neuer Dachverband

Während die DB sämtliche Hemmungen verliert – damit allerdings für extrem rechten Nachwuchs immer attraktiver wird – konnten die in den vergangenen Jahren aus der DB ausgetretenen Burschenschaften, die sich in der »Initiative Burschenschaftliche Zukunft« (IBZ) zusammengetan haben, ihren ersten großen Auftritt absolvieren: ihre Feier zum zweihundertsten Jahrestag der Gründung der Urburschenschaft am 12. Juni 2015 in der festlich geschmückten Aula der »Friedrich-Schiller-Universität« Jena. Zum Festakt gab's Grußworte des Jenaer Oberbürgermeisters und der CDU-Fraktion im thüringischen Landtag; beim Festkommers tags drauf hielt der FDP-Europaparlamentarier Alexander Graf Lambsdorff die Rede. Die Kontakte ins Establishment sind bei den IBZ-Burschenschaften, anders als bei der DB, intakt. Philip Stein, ein Rechtsausleger von der »Marburger Burschenschaft Germania« aus der DB, ätzte denn auch auf der Website der neu-rechten Zeitschrift »Sezession«, »Salven des BRD-Sprechs, also Toleranz, Vielfalt, Demokratie, Verantwortung und Freiheit«, seien in Jena »durch den festlichen Saal« gefeuert worden. Doch nicht allen habe das gefallen. So habe etwa »eine meßbare Anzahl einer ausrichtenden Burschenschaft« bei Lambsdorffs Rede den Raum verlassen und »den Schutz des verlassenen Foyers« gesucht: »Augen und Ohren zu, ein Bier und eine Zigarette später wird der Spuk schon vorbei sein.« Rechtsaußenpositionen finden sich also auch in der IBZ. Und auch wenn sich die IZB von der DB distanziert, die Teilnahme von DB-Mitgliedern an der Veranstaltung in Jena wurde toleriert.

Unabhängig davon haben die IBZ-Burschenschaften für den Herbst dieses Jahres die Gründung eines neuen burschenschaftlichen Dachverbandes angekündigt. Es wäre der dritte insgesamt: Das burschenschaftliche Spektrum ist nicht nur gespalten, es ist inzwischen ziemlich zersplittert. Ein Beitritt zur konservativen »Neuen Deutschen Burschenschaft« (NDB), die sich schon 1996 von der DB abspaltete, weil ihre Mitglieder deren Rechtsaußen-Exzesse nicht mehr mittragen wollten, ist für die IBZ-Burschenschaften nie wirklich in Frage gekommen; schließlich stehen sie eindeutig rechts von ihr. Glaubt man Michael Schmidt vom IBZ-Gründungsmitglied »Burschenschaft Hilaritas Stuttgart«, dann wird der neue Dachverband, der im Herbst in Jena entstehen soll, um die 50 Mitgliedsverbindungen haben. Damit wäre er fast so stark wie die alte DB. Der wohl wichtigste Unterschied: Der neue Verband wird auch rechten Männern mit Migrationshintergrund offenstehen. Voraussetzung ist natürlich: Sie müssen sich, wie Schmidt bekräftigt, »zum deutschen Vaterland bekennen«.

Ein modus vivendi

Bei alledem wollen es zumindest Teile der DB für die Zukunft nicht ausschließen, in Einzelfällen mit dem neuen Dachverband zu kooperieren. In der Frühjahrsausgabe der »Burschenschaftlichen Blätter« ließ sich Daniel Stock von der »Münchener Burschenschaft Stauffia«, immerhin Beisitzer im Verbandsrat, mit dem Appell vernehmen, es gelte trotz all des Streits der vergangenen Jahre nun »einen Modus zu finden, wie die Deutsche Burschenschaft fallweise und zu bestimmten Rahmenbedingungen mit jenen außerhalb unseres Verbandes stehenden Burschenschaften einen modus vivendi finden kann«. Bei der NDB sei wohl »wegen ihres etatistischen Vaterlandsbegriffs als Einengung auf die Bundesrepublik Deutschland« alles verloren; schließlich ist für die DB das »deutsche Vaterland« größer als die Bundesrepublik. »Leichter sollte es aber mit diversen verbandsfreien Burschenschaften und auch jenen Bünden« fallen, »die im Herbst dieses Jahres einen neuen Verband gründen wollen«. »Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, daß bei vernünftigem, respektvollem Umgang miteinander beim 200. Wartburgfest 2017 zumindest ein gemeinsamer Festakt, eine ebensolche Festakademie und ein Großkommers möglich sein könnten«, schlug Stock vor. Man wird abwarten müssen, wie weit die demonstrative Abgrenzung der IBZ-Burschenschaften von der DB in der Praxis wirklich trägt.

Waldorfschulen auf Rechtskurs

Wiederholt fielen zuletzt völkische LehrerInnen, »Reichsbürger« und VerschwörungstheoretikerInnen an Waldorfschulen auf. Die Anziehungskraft dieser Schulen auf die extreme Rechte ist auch Resultat der anthroposophischen Ideologie von Rudolf Steiner.

von Peter Bierl

Die Waldorfschulen kommen derzeit aus den Negativ-Schlagzeilen nicht heraus. So gab es im vergangenen Jahr gleich mehrere Fälle von Kontakten zur Szene der »Reichsbürger«. Unter anderem wurde der Geschäftsführer der Waldorfschule Rendsburg im September 2014 entlassen, weil er mit Gruppen wie »NeuDeutschland«, »Reichsbürger« und »Deutsches Polizeihilfswerk« in Verbindung stand. Der Mann klagte auf Wiedereinstellung, man einigte sich im Frühjahr vor dem Arbeitsgericht in Kiel auf eine Abfindung. Der »Bund der Freien Waldorfschulen« sah sich schließlich veranlasst, im Januar 2015 eine Broschüre zur »Reichsbürger«-Bewegung zu veröffentlichen. Man müsse sich damit auseinandersetzen, weil die alternative Szene, zu der anthroposophisch inspirierte Initiativen in der Landwirtschaft, der Medizin und Pädagogik gehören, eine »große Anziehungskraft auf Reichsbürger« hätten. Dabei ginge es nicht um Ausgrenzung oder Diffamierung Andersdenkender, sondern um »klare Begriffsbildung und die notwendige Abgrenzung zu rechtsextremen Positionen«, heißt es in der Einleitung der Broschüre unter dem Titel »Die Reichsbürgerbewegung – eine kritische Auseinandersetzung mit dem Neu-Deutschtum«.

Verschwörungstheoretiker

Diese Veröffentlichung hat jedoch wohl wenig genutzt. Im Juli 2015 sah sich der Vorstand des Bundesverbandes erneut genötigt zu intervenieren. Anlass waren SchülerInnen der Einrichtung Filstal in Göppingen, die den Verschwörungstheoretiker und Mitinitator der »Friedensmahnwachen« Ken Jebsen, selbst ein ehemaliger Waldorfschüler, sowie den österreichischen Rapper Kilez More zu Projekttagen eingeladen hatten. Die LehrerInnen sollten doch darauf achten, dass man sich nicht irgendwelche Verschwörungstheoretiker ins Haus hole, mahnte der Vorstand. Die SchülerInnen-Mitverwaltung hingegen unterstellte den Journalisten, die den Vorgang publik gemacht hatten, sie wollten Menschen, die eine »ungewohnte und provozierende Meinung vertreten, »mundtot machen«.

Die Veranstaltung mit Jebsen in der Schule wurde abgesagt. Der sprach daraufhin vor mehr als 100 TeilnehmerInnen in einer Vereinsgaststätte. Dann stellte sich heraus, dass More ebenfalls bei den Projekttagen der Schule auftreten sollte. Die »Landeszentrale für Politische Bildung« in Baden-Württemberg warnte vor ihm, die »Schulführungskonferenz« der Waldorfschule verteidigte jedoch den Auftritt. Zwar könne die »Radikalität seiner Aussagen« Erwachsene schockieren, sie sei aber »Stilmittel des Rap«, in dem sich »der Unmut der Jugend« ausdrücke, hieß es in einer Stellungnahme. Der Rapper leugnet in seinen Songs den Klimawandel, behauptet, die Menschheit werde durch so genannte »Chemtrails« aus Flugzeugen vergiftet und zieht auch gerne KZ-Vergleiche.

Völkische Gruppen

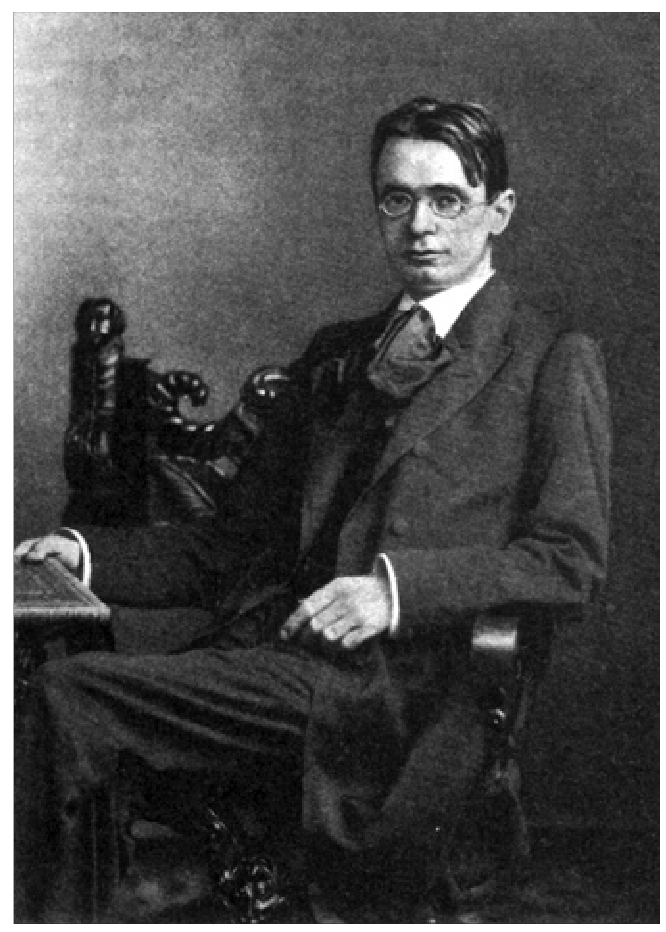
Über Monate zog sich eine Auseinandersetzung an der Waldorfschule Minden um Wolf-Dieter Schröppe hin, nachdem die Verbindungen des Lehrers zu völkisch-neuheidnischen Gruppen bekannt wurden. Demnach war Schröppe beim »Bund Deutscher Unitarier« (BDU) aktiv und fungierte bis 2005 jahrelang als stellvertretender Vorsitzender der Gruppe Mittelhessen. Diese neuheidnisch-pantheistische Gruppe formierte sich 1989 um Sigrid Hunke, eine wichtige Ideologin der »Neuen Rechten«, die das Christentum als einen Europa aufgezwungenen, fremden, im Kern jüdischen Glauben verwirft und durch eine »arteigene Religion« ersetzen will. Der BDU stand so in der Tradition der »Deutschen Glaubensbewegung« aus der NS-Zeit. Außerdem hatte Schröppe Kontakte zur »Artgemeinschaft«, einer rassistischen Organisation, und ist Vorsitzender des »Ahnenstättenvereins Conneforde« bei Oldenburg, einem Sammelbecken von Alt- und Neonazis.

Zwar forderten der »Bund der Waldorfschulen« und die »Arbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen« in Nordrhein-Westfalen die Mindener Schule auf, den Mann zu entlassen, aber eine Schulversammlung im Juni 2015 zeigte sich gespalten. Zu dem Zeitpunkt lag bereits eine Studie der »Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus« in Herford vor. Darin heißt es, Schröppe müsse als »Aktivist innerhalb eines extrem rechten völkischen Netzwerkes gesehen werden«. Dennoch wollte nur ein Drittel der Teilnehmenden der Schulversammlung Schröppe entlassen, ein Drittel ihn vom Dienst suspendieren und die Vorfälle prüfen und ein Drittel den Mann sogar weiter beschäftigen. Der »Bund der Waldorfschulen« reagierte prompt und stellte ein Ultimatum: Sollte die Einrichtung sich nicht bis zum Schuljahresbeginn in Nordrhein-Westfalen von Schröppe trennen, drohe der Waldorfschule ein Ausschlussverfahren. Schließlich wurde das Arbeitsverhältnis von Schröppe in beidseitigem Einvernehmen Anfang August aufgelöst.

Anziehungskraft auf Rechte

Diese aktuellen Beispiele sind nicht die ersten Vorfälle dieser Art. 2004 kündigte Andreas Molau seinen Job an der Waldorfschule Braunschweig, wo er jahrelang Deutsch und Geschichte unterrichtet hatte, weil er als schulpolitischer Experte für die neue NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und für die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« arbeiten wollte. Die Waldorfschule feuerte Molau und erteilte ihm Hausverbot. Der Waldorflehrer Bernhard Schaub aus der Schweiz veröffentlichte im Oktober 1992 ein Buch mit dem Titel »Adler und Rose«. Darin behauptete er, der Zweite Weltkrieg sei ein Präventivkrieg gewesen und stellte auch die Existenz der Gaskammern in Auschwitz in Frage. Nach Presseberichten über Schaub entließ die »Rudolf-Steiner-Schule« in Adliswil im Januar 1993 den Deutsch- und Geschichtslehrer.

In dem Brief des Waldorfbund-Vorstandes vom Juli 2015 wegen der Vorgänge um Jebsen ist davon die Rede, dass Waldorfschulen eine »gewisse Anziehungskraft auf Menschen auszuüben scheinen, die dem rechten oder verschwörungstheoretischen Spektrum angehören«. Warum das so ist, wird jedoch nicht untersucht. In Minden scheint Schröppe nicht aufgefallen zu sein, ähnlich wie Jahre zuvor Molau in der Braunschweiger Schule. Das könnte daran liegen, dass die Anthroposophie von Rudolf Steiner, auf der die Waldorfpädagogik beruht, einige Anknüpfungspunkte für Rechte und VerschwörungstheoretikerInnen bietet. Steiner vertrat eine spezifische Rassenlehre, verkündete eine besondere spirituelle Mission der Deutschen und beklagte einen negativen Einfluss der Jüdinnen und Juden. In der Analyse der »Mobilen Beratungsstelle Herford« heißt



^ *Rudolf Steiner*

es, in den Texten von Schröppe fänden sich wesentliche Denk- und Argumentationsmuster völkischer Ideologie, darunter ein verklärendes Germanenbild sowie eine Abneigung gegen die moderne Zivilisation und den Intellekt.

Antisemitische Stereotype

Nötig wäre eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der Anthroposophie. Denn bis heute werden zum Beispiel auf den Homepages der Waldorfschulen Minden und Filstal Aufführungen der »Oberuferer Weihnachtsspiele« angekündigt, in Minden mit Verweis auf Rudolf Steiner und seinen Mentor, den deutschnationalen Germanistikprofessor Karl-Julius Schroer, der das Stück angeblich bei deutschen Siedlern in Ungarn entdeckt haben soll. Steiner und Schroer galt dieses Bauerntheater als Ausdruck des deutschen Volksgeistes. Im Stück finden sich klassische Stereotype des christlichen Antisemitismus. Die Juden berichten Herodes von Jesu Geburt und stacheln ihn damit zum biblischen Knabenmord auf. Sie sind nach Steiners Regieanweisung servil und schmeichlerisch darzustellen. Selbst unter AnthroposophInnen regt sich gelegentlich Unmut über die Aufführungen. Es handle sich um eine »stereotypische, antisemitische Darstellung von Juden«, wie sie heutzutage »außerhalb des anthroposophischen Zusammenhangs höchstens noch Applaus im Lande von Ahmadinedschad bekommen hätte«, äußerte Sebastian Gronebach vor einigen Jahren in der Zeitschrift »Info 3«, einem anthroposophischen Blatt.

Erzengel und Elementargeister

Auch die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien kommt nicht von ungefähr. Die Anthroposophie lehrt die Existenz von höheren Mächten, von Erzengeln, Volksgeistern und Götterboten, die das Leben der Menschen lenken. In der Waldorfpädagogik spielen sogenannte Elementargeister eine große Rolle. Zeitgeschichtliche Ereignisse werden durch das Wirken der Dämonen Ahriman und Luzifer erklärt, die für Materialismus und Intellektualismus stehen. Den Ersten Weltkrieg deuteten Steiner und sein Anhang als Verschwörung finsterer Mächte gegen Deutschlands Mission, insbesondere einer Allianz aus britischen Freimaurern, Jesuiten und jüdischen Bankern. Nach dem Ersten Weltkrieg wehrten sich Anthroposophen deshalb gegen den Vorwurf der Kriegsschuld Deutschlands sowie gegen den Versailler Vertrag. Die Galionsfigur der späteren Ostermarschbewegung, Renate Riemeck, Anthroposophin und vormaliges NSDAP-Mitglied, wiederholte diese abstruse Sichtweise in einer Artikelserie, die unter dem Titel »Mitteleuropa – Bilanz eines Jahrhunderts« (1965) veröffentlicht wurde und inzwischen vier Auflagen erlebt hat.

Der anthroposophische »Perseus-Verlag« in der Schweiz hat sich auf dieses Thema seit vielen Jahren spezialisiert. Dessen Chef Thomas Meyer deutet den Ersten Weltkrieg wie auch den aktuellen Ukraine-Konflikt als Versuche der angloamerikanischen Mächte, die Mission Mitteleuropas zu torpedieren. Diese bestehe darin, den »aus der Tyrannei des Bolschewismus befreiten Ostvölkern« neue spirituelle Entwicklungen zu vermitteln. Meyers Zeitschrift »Der Europäer« bietet VerschwörungstheoretikerInnen ein Forum. »Wer sich genauer informierte, weiß, dass die US-Regierung selbst die Hand im Spiel hatte«, schrieb Meyer im Vorspann zu einem Interview mit Gerhard Wisnewski über die islamistischen Anschläge des 11. September 2001 in den USA.

Zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914 schrieb Lorenzo Ravagli in der Zeitschrift »Erziehungskunst«, die der »Bund der Waldorfschule« herausgibt, Steiners Äußerungen zum Ersten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte hätten sich allesamt als wahr erwiesen. Das gelte insbesondere für die »esoterischen, okkulten und spirituellen Tatsachen«, etwa die Fähigkeiten der angelsächsischen politischen Elite mit Verstorbenen zu kommunizieren, sowie das Wirken maurerischer und pseudo-maurerischer Bruderschaften in der britischen, lateinischen, russischen und slawischen Welt (Heft Juli/August 2014). Ravagli hatte mit dem damaligen NPD-Funktionär Molau zusammen ein Buch verfasst, es aber vor der Veröffentlichung zurückgezogen, nachdem das Magazin »stern« im Herbst 2007 darüber berichtete. Ravagli ist bis heute Redakteur der »Erziehungskunst«.

Nur »vereinnahmt«?

Der »Bund der Waldorfschulen« wird dem Anspruch von Aufklärung und Auseinandersetzung nicht gerecht, wenn er braune Flecken in der Anthroposophie leugnet. So heißt es in der »Reichsbürger«-Broschüre lediglich, einige AnthroposophInnen hätten sich 1933 von den NationalsozialistInnen blenden lassen und die Waldorfschulen hätten nach Kompromissen mit dem NS gesucht. So wird zum Beispiel die aktuelle Studie des US-Historikers Peter Staudenmaier »Between Occultism and Nazism: Anthroposophy and the Politics of Race in the Fascist Era« (Brill Academic Pub, Leiden 2014) über ideologische und personelle Überschneidungen nicht berücksichtigt. Das Fazit in der »Reichsbürger«-Broschüre lautet stattdessen, die kosmopolitisch-individualistischen Ideen Steiners seien von völkischen Ideologen »vereinnahmt« und »missbräuchlich verwendet« worden. Bei solcher Verdrängungsleistung dürften die nächsten Coming-Out-Fälle rechter LehrerInnen an Waldorfschulen wohl vorprogrammiert sein.

Späte Pflichterfüllung

Im Lüneburger »Auschwitz-Prozess« hat das Landgericht Mitte Juli das Urteil gegen den ehemaligen SS-Mann Oskar Gröning verkündet. Wegen Beihilfe zu Mord ist er zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Mit Thomas Walther, einem Vertreter der Nebenklage, sprachen Toni Brandes und Barbara Manthe von »der rechte rand«.



^ *Auschwitz-Überlebende Max Eisen (v.l.n.r.) und William Glied mit Anwalt Thomas Walther im Gerichtssaal*

drr: Wie zufrieden sind Sie mit dem Ausgang des Verfahrens?

Thomas Walther: Das Urteil ist in vielerlei Hinsicht ein Meilenstein in der Geschichte der Strafverfahren gegen die am Massenmord in Auschwitz Beteiligten. Die bundesdeutsche Justiz hat nach 1945 jahrzehntelang selbst dafür gesorgt, die große Zahl all jener, die den Holocaust ausgeführt haben, in aller Ruhe alt werden zu lassen und deren strafrechtliche Verfolgung zu vermeiden. Wenn nun 50 Jahre nach dem Frankfurter Auschwitzprozess endlich ein Urteil gefällt wurde, mit dem für die Beteiligung an diesem Menschheitsverbrechen die allgemein verbindlichen Regeln des Strafrechts Anwendung finden, so ist dies der von mir gewollte Erfolg. So bin ich mit dem Ausgang dieses Verfahrens gegen Oskar Gröning »zufrieden«.

Ein Gefühl umfassender »Zufriedenheit« stellt sich jedoch nicht ein. Die Pflichterfüllung der Justiz kommt zu spät. Ihre Verweigerungshaltung wurde Jahrzehnte im Einklang mit dem gedanklichen Mainstream der Gesellschaft stillschweigend akzeptiert. Dabei war für die »Beihilfe zum Mord« der Wortlaut der Gesetze stets klar und unmissverständlich. Gerichte und Staatsanwaltschaften haben sich lediglich durch verwirrende und verschleiernde Interpretationen aus der Verantwortung gezogen. Lange Zeit haben sich die Verantwortlichen in Politik und insbesondere in der Justiz um den internationalen Flurschaden nicht gekümmert. Man lehnte sich zurück.

Sie waren in dem Prozess Anwalt der Nebenklage. Wie gehen die NebenklägerInnen nun aus dem Prozess heraus?

In Lüneburg ist für die von mir vertretenen NebenklägerInnen eine schmerzhafte Entwicklung mit einem befreienden Ergebnis abgeschlossen worden. Zu Beginn der Kontakte sind sie mir mit großer Zurückhaltung begegnet. Es bedurfte vieler Gespräche mit den Überlebenden und ihren Angehörigen, um die Basis dafür zu finden, den Sinn und Wert dieses Strafverfahrens für ihr eigenes Leben kritisch erörtern zu können. Diejenigen MandantInnen, die mir schließlich die notwendigen Vollmachten erteilten, haben erkannt, dass vor dem Gericht in Lüneburg 70 Jahre später ihren ermordeten Familien Stimme, Gesicht und Identität gegeben wird. So haben die Lebenden und Überlebenden eine Aufmerksamkeit seitens unseres Landes erfahren, die sie niemals mehr erwartet hätten. Das Gericht in Lüneburg ist mit hoher Anteilnahme den Aussagen der ZeugInnen gefolgt.

Bereits dieses »Zuhören« ist in früheren Jahrzehnten nicht selbstverständlich gewesen, als ZeugInnen, die den Holocaust überlebt hatten, sehr oft von Richtern und Anwälten allein deshalb im Redefluss unterbrochen wurden, weil sie von ihren Gefühlen und Schmerzen sprachen, die – aus damaliger Sicht – nicht zu den verwertbaren Tatsachen einer Aussage gehörten.

Die vernommenen NebenklägerInnen und auch diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht angereist sind, hatten hinsichtlich des Prozessverlaufs Hoffnungen und Erwartungen, die nicht nur erfüllt sondern deutlich übertroffen wurden. Viele von ihnen haben die Ängste der Vergangenheit nach Deutschland begleitet. Die Atmosphäre in Lüneburg war jedoch positiv. Das Zusammenwirken aller Beteiligten und der Öffentlichkeit sowie der Medien aber auch uniformierter Polizei- und JustizbeamtInnen sowie RepräsentantInnen der Stadt hat dazu geführt, dass niemand das Gefühl entwickelte, es handle sich um Menschen, die der Gedankenwelt aus Auschwitz oder aus den Jahren des Wegschauens und Verharmlosens nahe stünden.

Manche der vernommenen NebenklägerInnen sprachen davon, sich nach dem Erlebnis von Lüneburg wie in einem neuen Leben zu fühlen. Welch stärkerer Ausdruck des Respekts und der Anerkennung wäre auf Seiten der jüdischen Menschen unserem Land gegenüber möglich?

Wie bewerten Sie den Prozessverlauf?

Das Gericht hatte einen Prozess zu leiten, der viele Besonderheiten aufweist, die in der Summe das Verfahren zu einem nahezu einzigartigen Strafprozess hatten werden lassen. Nur wenn man diese Kriterien in den Blick nimmt, kann man den Prozessverlauf bewerten:

So stand 50 lange Jahre nach dem ersten Frankfurter Auschwitzprozess wieder Auschwitz im Mittelpunkt eines deutschen Strafverfahrens. Ferner war da ein Angeklagter, der 93 Jahre alt und gesundheitlich geschwächt war und sich aber dennoch diesem Verfahren stellen wollte. Die Verteidigung suchte für Gröning nicht das Schlupfloch der Verhandlungsunfähigkeit. Und es lag eine Anklageschrift vor, die rechtlich von der funktionalen Beihilfe zum Massenmord in Auschwitz ausging und damit nach geltendem Recht jede Unterstützung der Haupttat als strafbare Beihilfe wertete. Schließlich hatte das Gericht 72 NebenklägerInnen zugelassen, von denen ich mit Professor Nestler und drei weiteren Kollegen allein 51 vertrat; 14 von ihnen kamen als ZeugInnen ausführlich zu Wort.

Diese Verfahrenskonstellation sowie das hohe Interesse der Medien aus aller Welt stellte das Gericht vor viele Herausforderungen, insbesondere den Strafprozess in möglichst kurzer Zeit zu einem Urteil zu führen. Dabei musste auf den Gesundheitszustand des Angeklagten geachtet werden, weil ohne ihn nicht verhandelt werden kann. Eine Verurteilung »in Abwesenheit« gibt es im deutschen Strafrecht nicht. Die anwesenden und als ZeugInnen zu vernehmenden NebenklägerInnen waren in aller Ruhe und mit hohem Respekt zu befragen, ohne sie in eine quälend-inquisitorische



Verhörsituation zu bringen, wie dies in früheren Jahrzehnten häufig geschah. Und über all diesen Verfahrensdetails schwebte das Interesse der Welt unter dem Motto: In Lüneburg steht 70 Jahre nach dem Holocaust ein Tatbeteiligter von Auschwitz vor Gericht.
Die Antwort kann daher zusammenfassend nur lauten: Das Verfahren hätte in manchen Passagen auch scheitern können. Nahezu alle Beteiligten haben konstruktiv daran mitgewirkt, den Prozess erfolgreich – das heißt mit einem Urteil – enden zu lassen.

Gab es Unterstützung vor Ort?
Wenige Tage vor Prozessbeginn meldete sich die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel mit einem Internetaufruf zu Wort, doch zahlreich den Gröning-Prozess in Lüneburg zu besuchen. Sie wollte dem früheren SS-Unterscharführer Solidarität zukommen lassen und die Justiz bloßstellen.
Ich nahm Kontakt mit AktivistInnen der »Antifa Aktion Lüneburg/Uelzen« auf. Innerhalb weniger Tage wurden viele Personen über die bevorstehende und angekündigte Naziaktion informiert. Zugleich wurden so viele Menschen angeregt, sich bereits sehr früh an jedem Verhandlungstag vor dem Gerichtssaal in der Ritterakademie einzufinden, so dass die für die Öffentlichkeit reservierten 60 Sitzplätze jeweils deutlich vor Saalöffnung bereits »vergeben« waren.
Als sich unmittelbar vor dem ersten Verhandlungstag herausstellte, dass einige Angehörige von NebenklägerInnen aus Kanada, die nicht offizielle Begleitpersonen waren, nicht bei der Nebenklage sitzen durften, waren sofort einige Antifa-AktivistInnen bereit, als »Platzhalter« für diese Angehörigen zu fungieren und ihre bereits gesicherten Plätze zur Verfügung zu stellen. Dies war deshalb insbesondere an den ersten Tagen so wichtig, weil jede Begegnung mit den Nazi-Gruppierungen außerhalb des Gerichts im Wartebereich unbedingt vermieden werden musste. So konnten wir zeitnah zur Öffnung des Saales mit einem Bus als geschlossene Gruppe anfahren, wo wir von wohl über 80 wartenden Menschen mit Unterstützungsbannern der Antifa empfangen wurden.
Die Platzhalteraktion wurde während des gesamten Prozesses fortgesetzt. Zahlreiche Menschen aus USA, Kanada, Ungarn und Deutschland, die ansonsten keinen Sitzplatz bekommen hätten, konnten auf diese Weise am Prozess teilnehmen. Eine spürbare Anwesenheit von Nazi-Sympathisanten und Holocaustleugnern konnten wir aus diesen Gründen nicht an einem einzigen Tag feststellen.

Wie hat sich die juristische Aufklärung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik im Laufe der Jahrzehnte verändert?
In Zeiten des Wiederaufbaus nach dem Krieg und des Wirtschaftswunders waren die Deutschen nicht gewillt, auf die eigene hässliche Vergangenheit zurückzublicken. Man schaute weg. Wir dürfen nicht vergessen, dass es eine Zeit gab, in der Auschwitz und der Holocaust keinen Platz im historischen Selbstverständnis der Deutschen hatten. Wenn auch 1964/65 beim ersten Frankfurter Auschwitzprozess durch die Anklage der Frankfurter Staatsanwaltschaft eine wichtige Zäsur gesetzt wurde, hat die Justiz bis 2008 grob fahrlässig nicht richtig hingeschaut auf die funktionale arbeitsteilige Organisation und Durchführung des Massenmords an den Juden und Jüdinnen und all den anderen Opfern der Nazis. Die Namen der Beteiligten waren seit Jahrzehnten bekannt.
Erst nach 2008 wurde das fahrlässige Nicht-Hinsehen beendet und zögerlich blicken nun einige engagierte StaatsanwältInnen und Gerichte – wie im Fall Gröning – unter zutreffender rechtlicher Würdigung auf die Verbrechen des Mordes. Die Rechtsanwendung hat sich also sehr spät gewandelt. Die Anzahl derjenigen, die noch verurteilt werden können, kann naturgemäß nur gering bleiben.
Es fällt nicht allzu schwer, die Gründe für den Wandel auszumachen. Die Generation derjenigen, die Mitte der 1960er Jahre noch die Weichen in die falsche Richtung stellten, war selbst noch »beteiligt« am Dritten Reich. Die Schwerfälligkeit der Justiz unter dem institutionellen Einfluss der Politik benötigte Jahrzehnte, um eine juristische Wende zu ermöglichen, die nichts anderes bedeutete als eine korrekte Rechtsanwendung, die immer schon der einzig richtige Weg gewesen wäre.

»Kalte« oder »heimliche Amnestie« wird die unterlassene oder verschleppte Strafverfolgung von NS-Verbrechen manchmal genannt. Halten Sie den Begriff für passend?
Heute wissen wir, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit eines Unrechtregimes stets hohe Anforderungen an die Justiz stellt, deren ProtagonistInnen oft ja noch selbst im Unrechtsstaat geboren sind. Je weiter das Unrecht entfernt scheint, umso leichter fällt es uns, das politisch zentral Notwendige zu erkennen. RichterInnen und StaatsanwältInnen müssen auch politischen Verstand haben und diesen anwenden.
Und innerhalb dieser Berufsgruppe wissen wir das selbstverständlich auch alle. Wenn das Recht angeblich als so »unpolitisch« und »neutral« in seiner Anwendung beschrieben wird, verkümmert Rechtsanwendung oft zur »heimlichen Amnestie« – und zwar in einem allein politischen Sinne, ohne vom Recht getragen zu sein. Wenn wir aber in offener Eigenverantwortung unseres Berufsstandes erkennen, dass Justizgewährung auch stets einen politischen Aspekt in sich trägt, kann das Ergebnis als Urteil überzeugen und trägt nicht den Charakter einer verkappten Amnestie in sich, für die die Justiz sich nicht missbrauchen lassen darf.

Wie schätzen Sie die gesellschaftspolitische Dimension des Prozesses ein? Dient er als eine Art »Schlussstrich«?
Die gesellschaftspolitische Dimension des Prozesses kann jetzt nur schwer bewertet werden. Wenn er als »Schlussstrich« dienen würde, wäre es das falsche Signal. Wir werden abwarten, welche Wirkungen von diesem Verfahren ausgehen. Ich würde mir wünschen, dass nicht nur eine juristische Debatte und wissenschaftliche Auseinandersetzung angestoßen wird, sondern dass die Materialien dieses Prozesses dazu dienen mögen, der jungen Generationen den Umgang mit Auschwitz als Ort des großen Menschheitsverbrechens unter dem Aspekt einer strafrechtlich verantwortlichen Aufarbeitung näherzubringen.

Vielen Dank für das Interview!



^ *Fans der Band wussten es schon immer …*

Absolution

Abhandlungen über die Band »Frei.Wild« gibt es mittlerweile zu Genüge. Die jüngste Veröffentlichung mit dem Untertitel »Südtirols Konservative Antifaschisten« von Klaus Farin hat der Band rechtzeitig zum neuen Album Aufmerksamkeit außerhalb ihrer Fangemeinde verschafft.

von Nico Werner

Das 1998 von Klaus Farin mitgegründete »Archiv der Jugendkulturen«, beziehungsweise die Partnerinstitution »Archiv der Jugendkulturen Verlag« – bei dem »Frei.Wild – Südtirols Konservative Antifaschisten« erscheint – forscht, sammelt und veröffentlicht als Schnittstelle zwischen eigener Szenenähe und Wissenschaft zu dem, was Jugendkulturen in Deutschland zu bieten haben. Gegen allen Kulturpessimismus werden Jugendkulturen als positive Sozialisierungsinstanzen verteidigt, ohne dabei problematische Entwicklungen zu beschönigen.
Der Jugendforscher Klaus Farin wird als Experte für Jugend(sub)kulturen gehandelt. In den vergangenen Jahrzehnten hat er sich intensiv mit Skinheads und Gruftis beschäftigt. Dabei hat er sich nicht gescheut, Kontakte zu problematischen Szenen und deren musikalischen VertreterInnen zu knüpfen. Die Einblicke, die er dabei gewonnen hat, sind integraler Bestandteil seiner Veröffentlichungen.
Das neue Buch von Farin ist geeignet, den guten Ruf des »Archivs der Jugendkulturen« zu schädigen. Das »Archiv der Jugendkulturen« legt deshalb trotz der anhaltenden Verquickung mittlerweile Wert auf die Feststellung, dass Archiv und Verlag zwei eigenständige Institutionen sind und Farin seit 2011 nur noch Mitglied und nicht mehr Leiter des Archivs ist. Grundregeln seriöser journalistischer oder wissenschaftlicher Arbeit hat Farin über Bord geworfen. Das Buch ist PR, es geht keineswegs nur darum, Bands und Fans »selbst zu Wort kommen« zu lassen, damit sich ein jeder »ein eigenes Urteil« bilden kann. Stattdessen beschönigt es und verfolgt damit einen Zweck: die Band gegen Kritik zu immunisieren. Dass auch ein paar »Frei.Wild«-Kritikerinnen zu Wort kommen, ändert nichts an dieser Grundkonstellation. »Frei.Wild« haben jetzt eine prominente Verteidigungsschrift auf dem Markt. Und Farin selbst hat mit dem Buch einen Kassenschlager. Die Band bewirbt das Buch großzügig; die Verkäufe laufen gut. Eine zweite Auflage ist in Arbeit. Es gab sogar eine gemeinsame Buchpräsentation des Autoren und der Band, inklusive Autogrammstunde.

Ein schönes Buch

Schon der erste Eindruck des Buchs »Frei.Wild – Südtirols Konservative Antifaschisten« macht klar, dass es hier nicht um eine objektive Annäherung an eine umstrittene Band geht. 400 Seiten, Hardcover mit geprägtem Bandlogo, lassen eher auf ein Fanbuch schließen. Die Aufmachung erinnert an das »Buch der Erinnerungen – Die Fans der Böhsen Onkelz« aus dem Jahr 2000 von Farin. Beim Durchblättern verfestigt sich dieser Eindruck. Unzählige Fotos – sowohl von Fans als auch den Musikern beigesteuert – zeichnen den Werdegang der 2001 gegründeten Band nach. Der Textanteil wird von der Bilderflut in den Hintergrund gedrängt. Zu Wort kommen Fans, die Bandmitglieder, verschiedene AutorInnen und natürlich äußert sich auch Klaus Farin selbst. »Wenn es gegen ‹rechts› geht, sind viele schnell dabei«, kritisiert er gleich zu Beginn. Zwei Sorten Menschen seien beim Kampf gegen Rechts laut Farin besonders engagiert: »moralisch-emotional motivierte« Gutmenschen, die immer alarmiert sind, vom Thema aber leider keine Ahnung haben. Und dann gebe es die »Profiteure«, »Geschäftsleute«, für die ihre Kampagnen eine »Gelddruckmaschine« seien, denen es um Macht und die »Selbsterhaltung ihrer aufgeblähten Strukturen« gehe. Dass Farin und das »Archiv der Jugendkulturen« selbst schon so manchen Förder-Euro aus den Programmen gegen Rechts eingeworben haben, bleibt unerwähnt. 2010 kassierte das »Archiv der Jugendkulturen« für die Erforschung der »Autonomen« hingegen mehr als 20.000 Euro aus Fördertöpfen zur Bekämpfung des »Linksextremismus«. 2015 brachte Klaus Farin zum gleichen Thema ein Buch heraus. Die in düsteren Farben gemalte Anti-Rechts-Industrie mit ihren naiven Fußtruppen sei schuld, so legt es Farin im »Frei.Wild«-Buch nahe, dass eine durch und durch anständige und obendrein »antifaschistische« Musikgruppe Verfolgungen ausgesetzt sei. Farin geriert sich als Meinungsrebell und biedert sich mit solchen Passagen dem Anti-Gutmenschen-Lamento und »Lügenpresse«-Gerufe der entsprechenden Milieus an.
Das Ergebnis seiner »Frei.Wild«-Forschung präsentiert Farin am Ende des Buches: »Frei.Wild distanzieren sich eindeutig und glaubwürdig von Faschismus jeglicher Art und sind auch als Personen nicht Teil der rechten Szene.« Ihr »Patriotismus« sei »konservativ, aber nicht ausgrenzend und nicht nationalistisch«. Der schale »Kern« der »Frei.Wild«-Kritik sei, »dass sie keine ‹linke› Band sind«. Sänger »Philipp Burger geht mit



seiner Vergangenheit als rechter Skin (…) vor rund 15 Jahren offensiv und geradezu vorbildhaft um und verschweigt nichts.« Tatsächlich war Philipp Burger bis 2001 Sänger der Neonazi-Band »Kaiserjäger« – inklusive Hitlergrußposen. Burger insistiert jedoch beharrlich, beispielsweise gegenüber den »Ruhr Nachrichten«: Kaiserjäger »war keine Naziband, sondern eine Band von drei Jugendlichen.« Auch gegenüber Farin gab er die gleiche Auskunft: »Philipp sieht seine Zugehörigkeit zur rechten Skinhead-Szene heute noch als ‹unpolitische› Phase.« Burger selbst: »Man hat sich die Hörner abgestoßen, nicht mehr und nicht weniger.« Kann man solche Äußerungen wirklich als »offensive und geradezu vorbildhafte« Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit adeln?

Nichts Neues

Beliebtes Thema bei »Frei.Wild« ist der selbst verliehene Opferstatus (s. drr Nr. 152). So auch im Song »Wir reiten in den Untergang«. Die Band werde verfolgt, so wie damals die Nazis die Juden verfolgt hätten. Einziger Unterschied zu damals: »Heut gibt es den Stempel, keinen Stern mehr.« Gitarrist Jonas Notdurfter entschuldigt im Buch diese Entgleisung als ein Versehen, die Provokation sei nicht beabsichtigt gewesen: »Wenn wir das im vornherein geahnt hätten, hätten wir es anders formuliert.« Philipp Burger wird die gleiche Frage gestellt. Seine Antwort: »Ich habe mir natürlich schon gedacht, dass es ein paar Leute stören könnte, aber damit kann ich leben.« Überhaupt ärgern ihn die ständigen Sprechverbote: »Selbst das Wort Jude darfst du in Deutschland nirgendwo mehr nennen, dabei ist es doch eine der Weltreligionen überhaupt und ein ganz normales Wort.« Himmelschreiend, aber von Farin wieder nicht kommentiert: Plattenmillionäre tun in einem Lied so, als stünden sie kurz vor der Deportation ins Konzentrationslager und der Sänger sieht in der Kritik an einer solchen Geschmacklosigkeit ein angebliches Verbot, das Wort »Jude« in den Mund zu nehmen. Und: War der Song nicht als Provokation gedacht, wie Jonas Notdurfter sagt, oder eben doch, wie es Philipp Burger beschreibt? Warum fragt Farin nicht nach? Lieber arbeitet er mit Suggestivfragen, beispielsweise an Burger: »Gibt es für dich einen Unterschied zwischen Patriotismus und Nationalismus – abgesehen davon, dass ihr als Südtiroler eigentlich gar keine Nationalisten sein könnt – ihr seid ja nicht mal eine…«. Der Sänger greift die Vorlage dankbar auf: »Nein, Südtirol ist kein Staat, uns wegen unseren Texten über dieses Land Nationalismus vorzuwerfen, grenzt schon an politisch-geschichtliche Missbildung.« Seit wann braucht es einen eigenen Staat, um Nationalist zu sein? Noch suggestiver ist eine spätere Frage an Burger. Der ehemalige RechtsRock-Bandleader und regionale Neonazi-Skin-Anführer wird von Farin allen Ernstes gefragt: »Warum bist du kein Neonazi geworden?« Burger antwortet: »Allein schon von meinem Herzen aus könnte ich das nicht vereinbaren.«

Südtirol gegen Gutmenschen

Das professionelle und bewusst gewählte Image von »Frei.Wild« fußt auf einem starken Bezug auf die »Liebe« zur Heimat Südtirol, auf die eigene »Bodenständigkeit« und auf die »patriotischen« Texte. Die entsprechenden Lieder zählen bei »Frei.Wild«-Fans zu den populärsten. Genauso gehört zu »Frei.Wild« ein Bekenntnis, irgendwie »unpolitisch« zu sein sowie eine aggressive Abwehr jeder Kritik. Leute, die »Frei.Wild« kritisieren, seien »die größten Kokser, die zu Kinderstrichern gehen«, geifert es im Lied »Gutmenschen und Moralapostel«. Der »Frei.Wild«-Erfolg in Deutschland beruht auch darauf, dass die Fans mit ihrer Band den unverdächtigen »Patriotismus« der Südtiroler gern für sich selbst in Anspruch nehmen. Im bei Fans beliebten Lied »Südtirol« heißt es: »Ich dulde keine Kritik an diesem heiligen Land, das unsere Heimat ist«. Ein Land für »heilig« zu erklären und keine Kritik daran zu dulden, das ist radikaler Nationalismus. Farin hingegen umschreibt das Lied mit der Nullvokabel »umstritten« und findet im Text lediglich einen »religiös-patriotischen Pathos«. Ein Argument von »Frei.Wild«-VerteidigerInnen ist, dass Südtirol eine andere Geschichte als Deutschland habe. Die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols habe unter dem – italienischen – Faschismus gelitten und sei darum mehr oder minder immun gegen jede Sorte von Totalitarismus. Eines der besseren Kapitel im Buch ist der Geschichte Südtirols gewidmet. Die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol habe in den 1930er Jahren gehofft, dass die von vielen verehrte Lichtgestalt Adolf Hitler Südtirol »heim ins Reich« holen würde, ist dort zu erfahren. Am Mussolini-Faschismus störte weniger dessen faschistischer Charakter, als der Fakt, dass er italienisch war und die deutsche Minderheit mit Repressionen belegte. Als die Wehrmacht 1943 Südtirol besetzte, wurde sie als Befreierin begrüßt. Kurzum: Der Antifaschismus in Südtirol ist ein Mythos. Farin schreibt: »Südtirols antifaschistische Haltung ist zu erheblichen Teilen zugleich eine pro-nationalsozialistische. So werden bezeichnenderweise zum Zeichen des Widerstandes gegen die FaschistInnen Hauswände mit Hakenkreuzen verziert.« Diese historischen Einordnungen sind hilfreich und verdeutlichen den Kontext der leeren »Frei.Wild«-Abgrenzungen gegen »Faschismus«. Warum nur trägt das Buch trotzdem den Titel »Südtirols konservative Antifaschisten«? Eine mögliche Erklärung für diesen Wirrwarr wäre übrigens, dass Farin gar nicht alleiniger Autor des Buches ist. Selbst der Sprachstil weicht in unterschiedlichen Kapiteln des Buches auffallend stark voneinander ab. Entsprechend zieht sich das begriffliche Chaos durch das ganze Buch. So lässt Farin kaum eine Gelegenheit aus, den Begriff der »Grauzone« als Bezeichnung für das Lavieren von Bands wie »Frei.Wild« als ungeeignet zu denunzieren. Das Wort diene Linken nur dazu, alle Nicht-Linken als »irgendwie doch rechts« abzuqualifizieren. Andererseits wird der der Begriff im Farinbuch selbst verwendet: Der SPD-Sachbuchmillionär Thilo Sarrazin, der MigrantInnen für weniger intelligent als Deutsche hält, wird als ein »Grauzone-Autor« kritisiert.
Farin beschreibt in seinem Buch alles Mögliche. Umso spannender ist darum, dass er die zentralen Begriffe Rassismus und Nationalismus nicht diskutiert, geschweige denn definiert. Im Zweifel segelt alles unter Labeln wie »Patriotismus« und »Konservatismus«. Fängt Rassismus denn erst beim Ku-Klux-Klan an und Nationalismus erst bei Hakenkreuzen? »Frei.Wild« ist keine Neonazi-Band. Die allermeisten »Frei.Wild«-Fans sind keine Neonazis. Die Band ist in erste Linie eine auf hohem Niveau geführte Marke für als Rebellion verpacktes Kleinbürgertum – allen Tätowierungen und Piercings zum Trotz – und: ein ökonomischer Erfolg. Leider wird hier die Gelegenheit verpasst, mit den Fans über ihre Ängste, Wünsche und Projektionen kritisch zu diskutieren. Stattdessen wird weiter am Produkt »Frei-Wild« gearbeitet. Zur Selbstbestätigung der »Frei.Wild«-Fans mag es taugen, als Bildungsmaterial ist es völlig ungeeignet.

Der vorliegende Text ist eine Überarbeitung einer zuvor im Blog »Störungsmelder« von »Zeit Online« veröffentlichten Rezension.

10 Jahre Trauermarsch

Bad Nenndorf. Am 1. August jährte sich der von Neonazis ausgerufene geschichtsrevisionistische Trauermarsch zum zehnten Mal. Wie schon in den letzten Jahren gelang es der extrem rechten Szene nicht, eine größere Zahl von TeilnehmerInnen zu mobilisieren. Lediglich 200 Neonazis fanden ihren Weg nach Bad Nenndorf und standen dort mehr als 1.000 GegendemonstratInnen gegenüber. Deren Blockaden wurden von der Polizei geräumt und somit konnten sich die Neonazis mit deutlicher Verspätung auf die angemeldete Route zum Wincklerbad begeben.

»Freies Netz Süd« klagt gegen Verbot

München. Mehr als 40 Neonazis klagen vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof gegen das Verbot der Kameradschaft »Freies Netz Süd« (FNS). Aus Sicht der Kläger ist das im Juli 2014 von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) erlassene Verbot der Gruppe rechtwidrig. So handle es sich beim »Freien Netz Süd« nicht um einen Verein sondern lediglich um eine Internet-Plattform. Das bayerische Innenministerium stufte das FNS als »Ersatzorganisation« der 2004 nach Vereinsgesetz verbotenen »Fränkischen Aktionsfront« ein. Unter den Klägern sind auch führende Aktivisten wie Matthias Fischer oder Tony Gentsch, die den »Final Resistance Versand« betrieben hatten und mit diesem das »Freie Netz Süd« unterstützten. Die Kläger fordern zudem die Herausgabe eines Anwesens im oberfränkischen Oberprex, das im Zuge des Verbotes beschlagnahmt worden war. Ab Mitte Oktober will sich der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit der Klage beschäftigen.

Waffendeal geplatzt

Kassel/Augsburg. Ende Juli wies die »Autonome Antifa Freiburg« auf einen geplanten Waffendeal des Neonazi-Rockers Michel F. aus Kassel hin. F. hatte versucht, Ende Juli zwei halbautomatische Pistolen samt Munition zu verkaufen. Er galt in Nordhessen lange Zeit als führender Neonazi aus dem Umfeld von »Combat 18« und der Security-Gruppe »Oidoxie Streetfighting«. Wenige Wochen vor dem Mord des NSU an Halit Yozgat hatte F. für die Dortmunder Band »Oidoxie« ein Konzert organisiert. Auf diesem Konzert sollen auch Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt anwesend gewesen sein. Gegenüber dem BKA gab F. an, beide gekannt zu haben. Im Herbst soll F. im hessischen Untersuchungsausschuss zum NSU befragt werden. Mutmaßlicher Empfänger des geplanten Waffendeals war der ehemalige Bassist der Band »Oidoxie«, Alexander G., der mittlerweile in der Nähe von Augsburg wohnt. Offenbar plante G. die Waffen in Neonazi-Kreisen weiterzuverkaufen. Infolge der Veröffentlichung des geplanten Deals folgten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen bei F. und G.

Rechte Tendenzen in der »Hayek-Gesellschaft«

Berlin. Die Vorsitzende Karen Horn sowie 50 Mitglieder der »Hayek-Gesellschaft« haben den Verein am 14. Juli 2015 verlassen, nachdem sie in den Wochen zuvor eine Auseinandersetzung um dessen Ausrichtung geführt hatten. Horn hatte die vehemente Abgrenzung liberaler Positionen nach rechts gefordert und vor einer Unterwanderung durch »Reaktionäre« gewarnt. Einige Mitglieder würden hasserfüllte und rassistische Positionen vertreten. Daraufhin forderten 26 Mitglieder in einem offenen Brief ihren Rücktritt und warfen ihr vor, die Meinungsfreiheit der Mitglieder einschränken zu wollen und sich an »linksliberale Denkweisen« und »politische Korrektheit« anzubiedern. Gerd Habermann, Sekretär des Vereins, sprach von einer »geistigen Phantomfront«: Horns Versuch, der Hayek-Gesellschaft ein »sehr enges, im Zweifel eher ‹linkes› Liberalismus-Verständnis zu oktroyieren« habe den Widerspruch provoziert.

Rechter »Stadtschutz« patrouilliert in Dortmunder U-Bahnen

Dortmund. Die Dortmunder Ortsgruppe der Partei »Die Rechte« zeigt seit rund einem Jahr als selbsternannter Stadtschutz »als bewusste Ergänzung zur kapitulierenden, staatlichen Ordnung, die ihrer Schutzpflicht gegenüber dem Bürger häufig nicht mehr gerecht wird« Präsenz in Dortmund. Durch Patrouillen an öffentlichen Orten, die sie mit Kriminalität in Verbindung bringen, wollten sie »notfalls Sicherheit, Recht und Ordnung (…) selbst durchsetzen«, heißt es. Im August 2015 sorgten die Neonazis erneut für Aufsehen, weil sie in gelben T-Shirts uniformiert in U-Bahnen patrouillierten und auf einem Parkplatz Jagd auf Homosexuelle machten. Foto- und Videoaufnahmen der Aktionen veröffentlichten sie im Internet.

Wachmann in Heidenau NPD-Sympathisant

Heidenau. Unter den Wachleuten, die die Unterkunft für Geflüchtete in Heidenau während der gewalttätigen Ausschreitungen bewachen sollten, befand sich auch ein NPD-Anhänger. Am 21. und 22. August 2015 versammelten sich organisierte Neonazis und rassistische AnwohnerInnen vor dem ehemaligen Baumarkt, um den Einzug von 250 Geflüchteten zu verhindern und lieferten sich schließlich Straßenschlachten mit der Polizei. Einer der Mitarbeiter der Security-Firma war bekennender NPD-Anhänger und Mitglied der Hooligan-Gruppierung »Army of Dresden West«. In sozialen Netzwerken nannte er Geflüchtete »Asylschmarotzer«. Noch im Juli 2015 stand er während Protesten gegen die geplante Unterkunft auf Seiten der NPD.

International

Gewalttätige Proteste gegen Geflüchtete in Italien

Italien. In mehreren italienischen Städten kam es am 16. und 17. Juli 2015 zu gewaltsamen Protesten gegen Geflüchtete. AnwohnerInnen und Mitglieder extrem rechter Gruppen blockierten zunächst die Zufahrt zu einer geplanten Unterkunft in Rom und bewarfen anschließend PolizistInnen mit Steinen und Stühlen. Die Unterbringung solle laut der Verwaltung aber wie geplant erfolgen. In einer Kleinstadt bei Venedig errichteten AnwohnerInnen Materialblockaden und zündeten diese an. Die Geflüchteten wurden daraufhin an anderen Orten untergebracht.

Jean Marie Le Pen kündigt neue Partei an

Marseille. Der Parteigründer des »Front National« (FN), Jean-Marie Le Pen, hat angekündigt, eine neue Vereinigung gründen zu wollen. Dies verkündete Le Pen am 5. September 2015 vor etwa 300 AnhängerInnen in Marseille. Le Pen war Ende August 2015 wegen antisemitischer Äußerungen und Verharmlosung der Shoah aus dem FN ausgeschlossen worden. Le Pens neue Partei solle den Namen »Rassemblement Bleu Blanc Rouge« (Zusammenschluss Blau Weiß Rot) tragen und solle sowohl unorganisierte AktivistInnen wie auch FN-Mitglieder vereinen, die Le Pen die Treue halten wollen.

Französischer Abgeordneter lobt Krim-Regierung

Paris. Eine französische Delegation um den Abgeordneten Thierry Mariani (Republikaner) sorgt durch einen Besuch bei den pro-russischen Machthabern auf der Krim für Empörung. Zuvor hatte Mariani in Moskau Station gemacht und traf auf der Krim mehrere Politiker, die innerhalb der EU als höchst umstritten gelten, wie den Premier Sergej Axjonow, der wegen seiner Funktion als treibende Kraft der Annexion auf den europäischen Sanktionslisten steht. Der Anschluss der Krim an Russland gilt als Verstoß gegen internationales Völkerrecht. Mariani lobte hingegen die Krim-Regierung, sie habe durch den Einmarsch eine Eskalation verhindert. Bisher hatten vor allem EU-kritische Politiker die Besetzung der Halbinsel durch Russland als legitim bezeichnet und eine Aufhebung der Sanktionen gefordert.

Ungarn bekämpft Geflüchtete

Budapest. Die ungarische Regierung geht massiv gegen Geflüchtete vor. Am 1. September wurde ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der der Armee Befugnisse zur Verhinderung »illegaler Grenzübertritte« einräumen will. Seit Ende August kommt es im Budapester Bahnhof zu chaotischen Szenen. Er wurde zeitweise gesperrt und geräumt, um Tausende Geflüchtete an der Weiterreise zu hindern. Ministerpräsident Orbán bezeichnete die Verhältnisse in Budapest als »deutsches Problem«. Derzeit befindet sich an der 175 Kilometer langen Grenze zu Serbien ein vier Meter hoher Zaun im Bau, der nach Vorstellung des Verteidigungsministers mit Drohnen gesichert werden soll. Die Regierung um Viktor Orbán hatte schon zuvor gezielte Abschreckungsmaßnahmen ergriffen, beispielsweise die Unterbringung in Zeltlagern außerhalb der Städte oder eine ausländerfeindliche Plakatkampagne, die auf Strafen für illegale Einwanderer »hinweist«.

Demonstration gegen Rassismus in Finnland

Helsinki. Etwa 15.000 Menschen demonstrierten am 28. Juli in Helsinki für eine weltoffene Gesellschaft. Die Demonstration war eine Reaktion auf Äußerungen des Abgeordneten der rechtspopulistischen Partei »Wahre Finnen«, Olli Immonen. Dieser hatte auf Facebook verkündet: »Ich träume von einer starken, mutigen Nation, die diesen Albtraum mit Namen Multikulturalismus besiegt. Diese hässliche Blase, in der unsere Feinde leben, wird schon bald in eine Million von Einzelteilen zerplatzen.« Die »Wahren Finnen« wurden im April bei den Parlamentswahlen zweitstärkste Kraft und gingen mit der Zentrumspartei eine Regierungskoalition ein.

Gericht akzeptiert Vergleich Straches mit Hitler

Wien. Heinz-Christian Strache muss sich vorläufig den Verglich mit Hitler und den Vorwurf als »Volkshetzer« gefallen lassen. Strache hatte nach der Amokfahrt eines bosnischen Staatsbürgers in Österreich über einen terroristischen Hintergrund spekuliert. Daraufhin hatte Arash R. alias DJ Mosaken über sein privates Konto bei einem sozialen Netzwerk in Bezug auf Straches Äußerung »Kein Respekt für Volkshetzer« gefordert. Dazu hatte R. eine Fotocollage veröffentlicht, auf der Strache und Adolf Hitler zu sehen waren. Strache klagte auf Beleidigung und forderte eine medienrechtliche Entschädigung. Der Verteidiger des DJ begründete den Vergleich wie folgt: »Wir leben in einer Zeit, in der öffentlich junge Menschen Flammenwerfer statt Wasser für Flüchtlingskinder fordern. Und dieses Klima hat Herr Strache maßgeblich mitgeprägt!« Dieser Argumentation folgte Richter Romstorfer und sprach R. frei. Strache liefere für diesen Vorwurf »laufend ein Tatsachensubstrat«. »Das muss sich Herr Strache gefallen lassen«, so Richter Romstorfer. Zumindest bis das Oberlandesgericht über die von Strache eingelegte Berufung entschieden hat.

Rechtsruck in Dänemark

Bei der Wahl zum dänischen Parlament, dem Folketing, am 18. Juni 2015 wurde die rechtspopulistische »Dänische Volkspartei« zweitstärkste Partei. Die ersten Gesetzesverschärfungen – sogenannte Soforteingriffe – gegen AsylbewerberInnen beschloss die neue bürgerliche Regierung schon wenige Tagen nach dem Regierungsantritt.

von Anne Jessen



^ *Thulesen Dahl*

Obwohl bei den dänischen Parlamentswahlen im Juni 2015 die dänische Sozialdemokratie unter dem Vorsitz von Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt gute Wahlergebnisse erzielte, wurde sie abgewählt. Ihr Herausforderer, Lars Løkke Rasmussen von der bürgerlich-liberalen Partei »Venstre«, steht nun an der Spitze einer knappen Mehrheit von Parteien rechts von der Sozialdemokratie, dem bürgerlichen Spektrum. Nach missglückten Koalitionsverhandlungen innerhalb dieses Lagers ist die Regierung nun eine reine »Venstre«-Minderheitsregierung. Neben »Venstre« und der rechtspopulistischen »Dänischen Volkspartei« (DVP) gehören dem bürgerlichen Spektrum die neoliberale »Liberal Alliance« und die »Konservative Volkspartei« an.

Die »Dänische Volkspartei« als der große Sieger

Die DVP unter der Leitung von Kristian Thulesen Dahl erhielt 21,1 Prozent der Stimmen und 37 Mandate. Das sind im Vergleich zu 2011 7,8 Prozent der Stimmen und 15 Mandate mehr. Im bürgerlichen Spektrum ist die DVP nun die stärkste Partei. Trotzdem entschied sie sich dazu, der Regierung nicht beizutreten.

Bei den Koalitionsverhandlungen hatte sie drei ultimative Forderungen gestellt: Die Ausgaben im öffentlichen Sektor sollten um 0,8 Prozent steigen, eine verschärfte Grenzkontrolle sollte eingeführt und die Ausländergesetzgebung revidiert werden, um zur Gesetzeslage während der bürgerlichen Regierungszeit (2001 – 2009) des Hardliners und späteren NATO-Generals Anders Fogh Rasmussen zurückzukehren. Die öffentlichen Ausgaben und die verschärften Grenzkontrollen blieben Streitthemen. Konsens besteht jedoch in der verschärften Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Dass die DVP bei der Regierungsbildung außen vor blieb, muss ihr nicht zum Nachteil gereichen. Ihre Strategie ist, dass sie maximal Einfluss und Macht ausüben kann, wenn sie außerhalb der Regierung steht und somit keine Regierungsverantwortung übernehmen muss. Denn das könnte ihre Popularität schwächen.

Flüchtlinge und MigrantInnen als Wahlkampfthema

Das ganz große Wahlkampfthema, das beide StaatsministerkandidatInnen von »Venstre« und SozialdemokratInnen behandelten, war die Flüchtlingsfrage. Beide wetteiferten darum, wer die schärfsten Asylregeln aufbieten konnte, um Flüchtlinge abzuschrecken, in Dänemark um Asyl zu bitten. Schmidt und Rasmussen drückten genau dasselbe aus, was auch die DVP meint. Somit musste sich die DVP gar nicht so viel dazu äußern, sondern konnte sich auf die RentnerInnen, die Arbeitslosen und Kranken konzentrieren und so ihr soziales Image aufputzen. Dass dies auf Kosten der Flüchtlinge und MigrantInnen geschehen ist, haben viele WählerInnen entweder einfach akzeptiert, ignoriert oder erst gar nicht wahrgenommen, weil Ressentiments gegen Asylsuchende im Wahlkampf Mainstream geworden waren.

Vom Wahlkampfthema zur Realpolitik

Die große Schwäche der neuen Regierung ist, dass sie jeden neuen Gesetzesentwurf mit anderen Parteien entweder im linken oder rechten Flügel des Parlaments verhandeln muss. Dies bedeutet eine zum Teil unvorhersehbare Politik zumindest im finanz- und sozialpolitischen Bereich. In der Kultur-, Werte- und Ausländerpolitik jedoch kann die Regierung mit den übrigen bürgerlichen Parteien rechnen – insbesondere mit der DVP. Diese nutzt ihre Position aus, um ihre Ressentiments gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, besonders diejenigen mit muslimischem Hintergrund, in die Regierungspolitik zu kanalisieren. Die DVP legt vor, und die Integrationsministerin Inger Støjberg von »Venstre« folgt. Am 1. Juli wurde ein Soforteingriff beschlossen, welcher die finanzielle Hilfe für AsylbewerberInnen halbiert. Die Begründung hierfür ist unter anderem eine beabsichtigte abschreckende Wirkung: Dänemark solle kein Asyl- oder Einwanderungsland sein. Um diese Botschaft im Ausland zu vermitteln, schlug die DVP vor, nach australischem Vorbild Abschreckungsvideos zu verbreiten. Das war der Regierung zu kontrovers. Stattdessen plant Støjberg eine Zeitungskampagne unter anderem in der Türkei. Dies hat zu heftiger Kritik auch innerhalb der Regierung geführt. Die Ministerin jedoch bleibt bei ihrer Idee. Darüber hinaus hat sie angekündigt, dass weitere Verschärfungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik folgen werden.

Kulturpolitische Vorschläge der DVP

In ihrem 20-jährigen Bestehen hat die DVP viele kulturpolitische Vorschläge gemacht. Einige davon waren für die jetzige Führung zu rabiat, aber diese Vorschläge könnten durchaus Realität werden: Die DNA aller AsylbewerberInnen solle beispielsweise registriert werden. Bei Verdacht auf kriminelles Verhalten sollten sie elektronisch überwacht werden – ohne Gerichtsverfahren. Die Hälfte der Musik, die im nationalen Radio gespielt wird, solle auf Dänisch sein; MigrantInnen sollten zu Hause Dänisch reden.

Auch Dänemarks Verhältnis zur EU könnte neu definiert werden. Die DVP ist eine sehr EU-kritische Partei und wird versuchen, die Regierung auf einen solchen Kurs zu bringen. Schon jetzt nähert sich Løkke Rasmussen der EU-Politik des britischen Premiers David Cameron.

2015 ist das Jubiläumsjahr der »Dänischen Volkspartei«, denn sie kann ihr 20-jähriges Bestehen feiern. Und gefeiert wird – besonders nach dem Wahlerfolg. In diesen 20 Jahren ist es der Partei gelungen, Dänemark in eine Richtung zu schieben, in der Nationalismus, Neoliberalismus, Ethnozentrismus und Rassismus zum Alltag gehören.

PEGIDA auf Tschechisch

»IvČRN« ist seit 2009 in sozialen Netzwerken aktiv. Heute bringt die Gruppierung Hunderte zu antimuslimischen Aufmärschen auf die Straße. Weitere extrem rechte Gruppen in Tschechien entdecken die Themen Islam und Zuwanderung für ihre Propaganda. Präsident Miloš Zeman können sie auf ihrer Seite sehen.

von Lara Schultz



^ *Aufmarsch gegen den Islam in Prag im Januar 2015*

0,1 Prozent – das ist der geschätzte Anteil der in Tschechien lebenden Muslime an der Gesamtbevölkerung. Prozentual leben in Tschechien also weniger Muslime als in Sachsen (0,4 Prozent), wo die rassistische PEGIDA-Bewegung gegen eine herbeifabulierte »Islamisierung des Abendlandes« stark werden konnte und zu Hochzeiten 18.000 Menschen auf die Straße brachte. Hier wie dort gilt: Ressentiments greifen trotzdem.

2014 wurden in Tschechien 900 Asylanträge gestellt. Anfang Juli 2015 hat die tschechische Regierung nun angekündigt, bis 2017 freiwillig 1.500 AsylbewerberInnen aufzunehmen. Damit will sie vor allem eines: der von der EU-Kommission angekündigten Quotenregelung zuvorkommen. Gegen die Aufnahme demonstrierten Ende Juni rund 700 IslamgegnerInnen in Prag. Angesichts von 150.000 Likes auf Facebook mag dies wenig erscheinen, für einen Spontanaufmarsch an einem Werktagsnachmittag kann dies jedoch als Erfolg verbucht werden. Neben rassistischen Transparenten und Fahnen der »Identitären Bewegung« hielten die Teilnehmenden auch gezimmerte Galgen in die Höhe – eine eindeutige Morddrohung an Geflüchtete. Die Polizei griff nicht ein.

Die Hetze gegen den Islam und vor allem gegen Flüchtlinge aus muslimischen Ländern sind auch jenseits von IvČRN (»Islám v České republice nechceme«, »Wir wollen in der Tschechischen Republik keinen Islam«) längst ein fester Bestandteil der tschechischen Politik geworden. Auch Präsident Miloš Zeman wettert regelmäßig gegen Muslime und die angebliche Gefahr, die von ihnen ausgehe. Seit Jahren verkündet er, dass er keine Muslime in seinem Land wünsche.

»Extremistische islamophobe Szene«

Der tschechische Inlandsgeheimdienst »Bezpečnostní informační služba« (»Sicherheitsinformationsdienst«, BIS) hatte im Anschluss an die antiziganistischen Ausschreitungen 2009 in Janov einen engen Schulterschluss zwischen Neonazis und der breiten Bevölkerung als das größte Sicherheitsrisiko dargestellt. Nun bewertet er antimuslimische Aufmärsche gerade nicht als Bindeglied zwischen extremer Rechter und so genannter Mitte. Der antimuslimische Rassismus und die Hetze gegen Flüchtlinge werden auch von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern getragen. Im aktuellen Extremismus-Quartalsbericht findet sich zu den bisherigen zwei Unterkapiteln »Extrem rechte Szene« und »Extrem linke Szene« kurzerhand eine dritte Kategorie: »Extremistische islamophobe Szene«. Immerhin: Das tschechische Innenministerium rechnet damit, dass einwanderungs- und islamfeindliche Gruppierungen ihre Aktivitäten erhöhen und dass »traditionelle Rechtsextremisten« das Thema aufgreifen könnten. Zwar seien »die radikalen politischen Forderungen und Vorschläge ebenso wie die Methoden der Mobilisierung von SympathisantInnen praktisch ununterscheidbar« von der extremen Rechten, dennoch würden, so der Bericht weiter, antimuslimische Gruppen von einer Vereinigung mit der ultrarechten Szene absehen.

Vereinigung mit der extremen Rechten

Diese Einschätzung erweist sich bereits jetzt als falsch. Die extrem rechte »Dělnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«, DSSS) hat längst unter dem Namen »Nechceme utečence v České republice« (»Wir wollen keine Flüchtlinge in der Tschechischen Republik«) ihr eigenes antimuslimisches Label geschaffen und Hunderte zu Aufmärschen überall in der Republik mobilisiert. In einer Pressemitteilung der Partei vom 13. August äußert sich Parteivize Jiří Štěpánek unmissverständlich: »Persönlich ist es mir vollkommen gleichgültig, in welchen Umständen die so genannten Flüchtlinge leben. Es ist mir herzlich egal, welche Krankheiten ihnen dort drohen. Diese Krankheiten dürfen aber nicht unser Volk bedrohen. (…) Jeder Flüchtling bei uns soll auf jedem Schritt Ablehnung erfahren. Kein Tropfen Wasser und kein Bissen zu essen für die Flüchtlinge!« Genau solche Statements scheinen die DSSS anschlussfähig zu machen.

Spaltung, fehlende Logik und Gewalt – Parallelen zu Pegida

Ebenso wie in Deutschland spaltet sich die antimuslimische Bewegung vor allem an zwei Fragen: der Haltung zu Israel und zu Homosexualität. Während aus taktischen Gründen viele eine israelsolidarische Haltung vorgeben und Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten heucheln, sehen andere Teile der Bewegung hier die »tschechischen nationalen Interessen« verletzt. Auch mit der Logik nimmt es IvČRN nicht allzu genau. Für den 19. August 2015 rief die Gruppierung zu einem »Schweigemarsch der Frauen« auf, dem 80 TeilnehmerInnen folgten. Da im Islam die Rechte der Frau grausam mit Füßen getreten würden, wolle man nicht länger schweigen, so die Ankündigung.

Dass die Zunahme rassistischer Hetze und Aufmärsche, ebenso wie in Deutschland, auch zu einem Anstieg von Übergriffen und anderen Hassverbrechen führt, ist zu befürchten. Bereits im Anschluss an den Aufmarsch in Ostrava am 25. Juli unter dem Motto »Wir verteidigen uns! Ostrava gegen die Invasion der Immigranten« zog ein gewalttätiger Mob in den hauptsächlich von Roma bewohnten Stadtteil Přívoz, wo die Polizei 63 Rechte in Gewahrsam nahm, um Angriffe zu verhindern.

»Das Unwort erklärt die Untat«

von Ernst Kovahl

Hunderte Artikel und Fotos aus deutschen und türkischen Zeitungen und Zeitschriften zu den Taten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) wurden für die kommunikationswissenschaftliche Studie »Das Unwort erklärt die Untat« ausgewertet. Das Ziel der AutorInnen Elke Grittmann (Universität Lüneburg), Tanja Thomas (Universität Tübingen) und Fabian Virchow (Fachhochschule Düsseldorf, »Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus«) war es, das Versagen der Medien im Kontext der rassistischen Mordserie des NSU zu dokumentieren und zu analysieren. Unkritisch wurden von fast allen Medien die Verdächtigungen, Spekulationen und letztlich falschen Ermittlungsansätze zu den Morden übernommen und nicht hinterfragt. Als »Dönermorde« wurden die Taten bezeichnet, die Verdächtigen wurden in den Familien oder dem persönlichen Umfeld vermutet. Drogendelikte, Schutzgeld, organisierte Kriminalität oder Abrechnungen zwischen verfeindeten Clans, all das fand sich in Zeitungsartikeln oder TV-Berichten. Die deutschen Medien trügen »maßgeblichen Anteil« daran, dass die NSU-Opfer und ihre Familien bis 2011 »öffentlich verdächtigt wurden, in kriminelle Aktivitäten verstrickt zu sein, die angeblich den Hintergrund der Morde bildeten«. An Neonazis als Täter oder einen rassistischen Hintergrund der Morde dachte de facto niemand. Investigative Recherchen? Fehlanzeige. Vielmehr habe der WDR sogar die Aussage einer Angehörigen, bei dem Mord an ihrem Vater handele es sich um eine rassistische Tat, aus einem Interview mit ihr »rausgeschnitten und nicht gesendet«. Die Studie zeigt, dass es bei den Berichten kaum einen Unterschied zwischen Lokalpresse und bundesweiten Medien oder zwischen Boulevard und Qualitätsjournalismus gab. Nachdem dann im November 2011 ans Licht kam, wer offenbar die wirklichen TäterInnen waren, gab es in den Medien auch selbstkritische Töne zu hören – zu spät. Die AutorInnen der materialreichen Arbeit resümieren, dass es ein »strukturelles Merkmal« in den deutschen Medien sei, MigrantInnen vor allem als »Bedrohung« zu beschreiben. Die verdienstvolle Studie, herausgegeben von der »Otto Brenner Stiftung«, ist ein Muss für alle, die sich mit dem NSU, mit der Verfestigung und Wirkmächtigkeit von Rassismus und mit Fragen kritischen Journalismus auseinandersetzen.

Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann: »Das Unwort erklärt die Untat«. Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik, Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung, 96 Seiten, 2015, kostenloser Bezug über www.otto-brenner-stiftung.de

»AfD, PEGIDA & Co.«

von Stefan Schneider

Die Autoren verfolgen mit diesem Buch das Ziel, PEGIDA, die Alternative für Deutschland (AfD) sowie weitere rechte Gruppierungen als Ausdruck einer neuen »bürgerlichen Protestbewegung in Deutschland« unter die Lupe zu nehmen. Neben PEGIDA und der AfD stehen die »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa), die »Pro-Bewegung« und die Proteste gegen die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen im Fokus. Die Autoren nehmen sich vor, mit Bezug auf Reinhard Kühnls Studien zur NPD, die genannten Gruppierungen auf ihre »Struktur, Funktion und Ideologie« hin zu untersuchen und zu beschreiben.
Zunächst werden die Ereignisse rund um PEGIDA Dresden knapp dargestellt. Daran anschließend nehmen die Autoren einen Vergleich von PEGIDA mit deren lokalen Ablegern in Köln und Leipzig sowie mit den HoGeSa-Demonstrationen, der »Pro-Bewegung« und den Protesten gegen Rot-Rot-Grün in Thüringen vor. Hierbei werden inhaltliche Schnittmengen ebenso nachgezeichnet wie personelle Überschneidungen und soziostrukturelle Differenzen innerhalb der unterschiedlichen Protestbewegungen.
Die Auseinandersetzung mit der AfD nehmen die Autoren zunächst mit Blick auf den sich seit 2010 abzeichnenden Niedergang der FDP und die damit einhergehenden veränderten parteipolitischen Kräfteverhältnisse vor. Schließlich folgt eine Betrachtung des Verhältnisses von AfD und PEGIDA zu Teilen der Neuen Rechten und der »Schweizer Volkspartei«. Zudem werden fließende ideologische Übergänge von AfD und PEGIDA zu Personen des »Besitzbürgertums« beleuchtet. In einem abschließenden Exkurs stellen die Autoren (extrem) rechte Gruppierungen und Bewegungen in Großbritannien (English Defense League), Frankreich (»La Manif pour tous« – »Die Demo für alle«) und Italien (Lega Nord) vor.
Als Einführung in die Thematik über »AfD, Pegida & Co.« kann das Buch einen ersten Überblick verschaffen. Die anvisierte Darstellung der »Struktur, Funktion und Ideologie« gelingt nur für die »neue Bewegung« als Ganzes. In Anbetracht des weitgesteckten thematischen Feldes und mit Blick auf das Format kann das Buch keine tiefer gehende Analyse für die einzelnen Gruppierungen und Parteien liefern. Leider gerät auch der Vergleich von PEGIDA, AfD & Co. mit den skizzierten Bewegungen im internationalen Kontext zu kurz.

Phillip Becher, Christian Begass, Josef Kraft: Der Aufstand des Abendlandes – AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße. Münster: Papy Rossa Verlag, 2015, 130 Seiten; 11,90 Euro

Elitär & reaktionär

von Lucius Teidelbaum

Jena stellt für Studentenverbindungen, insbesondere für Burschenschaften, einen wichtigen Ort dar. Hier wurde vor 200 Jahren die so genannte Urburschenschaft gegründet. Das Referat gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und der Arbeitskreis Politische Bildung an der Uni Jena haben dazu die Broschüre: »Elitär & reaktionär seit 1815 – 200 Jahre Urburschenschaft in Jena« herausgegeben. Diese steht in der Tradition linker Broschüren, die kritisch über Studentenverbindungen in einzelnen Universitätsstädten aufklären.
Auf über 120 Seiten wird in 14 Kapiteln in den Themenbereichen Geschichte, Theorie und Rituale über Studentenverbindungen im Allgemeinen und in Jena informiert. Angefangen wird mit der Geschichte der Urburschenschaft, der Beteiligung an der 1848/49er Revolution und ihren Funktionen im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Dabei werden die korporierten Geschichtsmythen dekonstruiert und gezeigt, welche Leichenberge Studentenverbindungen, unter anderem über ihre Freikorps-Verstrickung, im Keller haben.
Dargelegt wird, dass es in der DDR erst gegen Ende wieder Studentenverbindungen gab, sich diese nach der Wende jedoch schnell wieder etablieren konnten. In Jena gelang es, die Lokalprominenz, unter anderem aus CDU und FDP, mit einzubinden. Zu dieser Zeit war aber auch eine offene Flanke zum Neonazismus zu beobachten: »Eine sichtbare Abgrenzung zwischen Studentenverbindungen und Neonazis gab es in dieser Zeit nicht.« Besonders die »Burschenschaft Normannia Jena« stellt eine Brücke zur extrem rechten Szene, bis ins NSU-Unterstützungsnetzwerk, dar. Weitere Kapitel widmen sich dem Militarismus der Burschenschaften und den jüngeren Entwicklungen im Dachverband »Deutsche Burschenschaft«. Im Abschnitt über Rituale werden korporationsübergreifende Fecht- und Trinkrituale einer Kritik unterzogen. Insgesamt eine lesenswerte Broschüre, die die bisherige Lücke in Bezug auf den Hochschulstandort Jena weitgehend schließt.
Ein finales Lektorat hätte der Broschüre aber gut getan.

Referat gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Arbeitskreis Politische Bildung: »Elitär & reaktionär seit 1815 – 200 Jahre Urburschenschaft in Jena«, 2015, 125 Seiten.



Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 1, 3, 4, 6, 23)
Christian Ditsch (Seiten 9 (3), 28)
Peter Juelich (Seite 12)
dpa (Seiten 5, 14, 26)
Polizei (Seite 10)
Mario Bialek (Seite 16)
Felix Huesmann (Seite 18)
indymedia (Seite 20, 21)
Wikipedia (Seite 25)
AP (Seite 32)
PM Cheung (Seite 33)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.



Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN

abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand